

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Austr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 8,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Verkaufsstelle für 1893 unter Nr. 6708.

Inferations-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeitschriften oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 8. Dezember 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Weihnachtliche Sozialreform.

Schamloser als je ist in den letzten Wochen die Profitgier einer bestimmten Klasse von Unternehmern an den Tag getreten: diejenige eines großen Theils der Ladeninhaber und kaufmännischen Prinzipale. Dabei meinen wir nicht die unglücklichen Verbergriffe, die aus der „Geschäftsordnung“ eines großen Berliner Kleiderbazaars bekannt wurden und unter der Spitzmarke „Europäisches Elavenleben“ sogar durch die ganze bürgerliche Klasse gingen; wir meinen auch nicht die brutalen Kundengebungen, welche namentlich Berliner Prinzipalsvereinigungen gegen die Einführung eines Maximalarbeitstages für Ladengeschäfte losließen. Wir meinen vielmehr den Ansturm, welchen große Gruppen von Ladeninhabern in Berlin, Breslau, Halle, Frankfurt a. M. etc. gegen die sogen. „Sonntagsruhe“ während der „fröhlichen, seligen“ Weihnachtszeit gemacht haben und der ihnen bei der Rückgratlosigkeit unserer Bureaucratie auch bereits halb geglättet ist. Die Schamlosigkeit des Unternehmergehebens steht bei diesem Anlauf in so schreiendem Widerspruch mit der salbungsvollen Betrachtungsweise, welche die Bourgeoisie für gewöhnlich in der Weihnachtszeit beliebt, daß man sich gar kein besseres Beispiel kapitalistischer Skrupellosigkeit denken kann.

Eines der größten Vöcher, welches die Gewerbenovelle von 1891 von vornherein in die sogenannte kaufmännische Sonntagsruhe gemacht hat, besteht in der Bestattung beinahe schrankenloser Ausbeutung des Personals vor Weihnachten. Was schon die allgemeine Bestimmung, daß die kaufmännische Sonntagsruhe an gewöhnlichen Sonntagen aus fünf Stunden — Arbeit bestehen soll, eine starke Zumuthung an das Vertrauen des kaufmännischen Personals auf die offizielle Sozialreform, so schlug der Zusatz, daß an Dezembersonntagen bis zu 10 Stunden gearbeitet werden dürfe, dem Faß den Boden aus. An den Wochentagen des Dezember wird die Ausnutzung des Personals in den Ladengeschäften erfahrungsgemäß von den Prinzipalen aufs Höchste getrieben. Da hat der Ladenhilfe seine Kräfte aufs Aeußerste anzustrengen, die Kunden bis spät in die Nacht zu bedienen, dann bis Mitternacht aufzuräumen, auf jede nennenswerthe Pause am Mittag und Abend zu verzichten, überall zuzugreifen, beim Packen, beim Schauensterbedekorieren, ja womöglich beim Austragen der Waaren, wenn das mit äußerster Sparsamkeit angestellte Geschäftsdienerpersonal nicht ausreicht. Der Ladenhilfe ist in diesen Zeiten kein Mensch mehr, sondern einfach ein Lastthier. Denn Hilfskräfte einzustellen fällt den meisten Prinzipalen nicht ein; im Gegentheil, wenn es nach Neujahr still wird im Geschäft, fliegen möglicherweise die untersten der Kommiss, auf welche vor Weihnachten Alles abgeladen worden ist, zum Lohn dafür auf die Straße in das Elend der Stellenlosigkeit. Die für die Weihnachts-sonntage gesetzlich zugelassene zehnstündige Arbeitszeit nimmt

diesen Ladenkulis nun auch noch extra jede sonntägliche Erholungspause. Zum Lohn dafür, daß sie an den Wochentagen ausgepreßt werden, wie die Zitronen, fällt Sonntags jede Ruhe weg. Mit anderen Worten: Die Gesetzgebung begünstigt die Ausbeutungswirtschaft noch ganz besonders; sie sagt dem Prinzipal ungefähr: „Du hast ganz Recht, Deine Leute in der Weihnachtszeit zu schinden bis aufs Blut; Du hast ganz Recht, keine Anstaltskräfte einzustellen und die Arbeitszeit auszudehnen, soweit es nur geht; ich gebe Dir deshalb noch 10 Stunden am Sonntag zu, dann wirst Du schon das Mark Deiner Leute genügend ausfangen können.“

Eine volksthümliche Arbeiterschuh-Gesetzgebung hätte natürlich umgekehrt verfahren müssen. Die Ausdehnung der Ladenzzeit hat mit der Dringlichkeit der Einkäufe des Publikums gar nichts zu thun. Im Gegentheil: je stärker die Nothigung für die Einkäufer ist, bis zu einer bestimmten Zeit sich zu versorgen, desto mehr werden sie sich mit der Deckung ihrer Bedürfnisse eilen. Zur Weihnachtszeit besteht die Nothigung darin, bis zum Abend der Bescherung Alles bereit zu haben, womit man seine Lieben überraschen will. Weiß man im Voraus, daß der Einkauf bis zu der und der Zeit besorgt sein muß, so richtet man sich danach; weiß man dagegen, daß die Besorgung zu beliebigen Stunden auch noch vorgenommen werden kann, weil die Läden unbeschränkt offen sind, so läßt man es auf die letzte Minute ankommen. Je dringender eben der Bedarf des Publikums ist, desto besser kann man es auch daran gewöhnen, zu einer vernünftigen Zeit einzukaufen. Gerade zur Weihnachtszeit wäre also die Sonntagsruhe für Ladengehilfen, die ihrer zu dieser Zeit doppelt bedürftig sind, am leichtesten ohne jeden Schaden für das Verkaufsgeschäft durchführbar gewesen. Kein Mensch hätte den Einkauf eines Geschenkes deshalb unterlassen, weil dasselbe am Sonntag nicht zu haben gewesen wäre. Kein Bruchtheilchen des Weihnachtsumsatzes wäre den Prinzipalen verloren gegangen, weil Jedermann seinen Bedarf bis zum Fest decken will und muß, auch wenn die offizielle Sozialreform den Muth gehabt hätte, mit einem alten Schlandrian zu brechen und gerade auch zur Weihnachtszeit mit seiner Ueberanstrengung ordentliche Sonntagsruhepausen für das Personal einzuführen. Der Verfasser der preussischen Ausführungs-Verordnung zur kaufmännischen Sonntagsruhe hat eine leise Ahnung von dieser wirklichen Sachlage gehabt: er legte den elenden § 105b in strenger Weise dahin aus, daß 10 Stunden nur im äußersten Nothfall für die Dezembersonntage zu bewilligen seien, und daß die Arbeit niemals über 6, höchstens 7 Uhr Abends dauern dürfe. Das war eine kleine Einschränkung der Ausbeutungsfreiheit, freilich eine höchst schwächliche, der man die Angst vor den Unternehmern ebenfalls anmerkte. Und darauf ist denn auch der verdiente Lohn erfolgt.

Die Ladeninhaber der genannten großen Städte haben gerochen, daß die Stellung der Regierung in Sachen der kaufmännischen Sonntagsruhe eine schwächliche sei. Und so haben sie kaum ein Jahr nach Einführung der neuen Vorschriften Sturm geblasen gegen die „Beschränkung“ der Betätigung ihrer Profitgier auch nur auf die Zeit bis 6 oder 7 Uhr Abends an den Dezembersonntagen. Die vollen Dezembersonntage wollen sie zur Ausnützung ihres Personals haben, bis 8, 9 und 10 Uhr Abends, d. h. unbeschränkt, und zu Pontius und Pilatus, zum Polizeipräsidenten, zu den Ältesten der Kaufmannschaft, zu den Handelskammern, zu den kaufmännischen Vereinen, zu den Stadtbehörden, zu den Ministern, zu den bürgerlichen Zeitungsredaktionen sind sie gelaufen, um Alles, Alles mobil und rebellisch zu machen für ihre Profitgier. Und sie haben es fertig gebracht, durch ihre Schamlosigkeit und Brutalität Eindruck zu machen. Wenn es auch an den ersten drei Dezembersonntagen in Preußen beim 6 oder 7 Uhr Schluß Abends geblieben ist — welche Stärke des „christlich-sozialen“ Staats, die Entweihung der Weihnachts-sonntage durch Arbeit wenigstens von 7 Uhr ab zu schützen! —, so verlautet doch, daß einzelne Polizeibehörden für den 24. Dezember, für den „heiligen Abend“, für den Sonntag, an welchem die Ladengehilfen „sozusagen auch Menschen“ sein und von den beispiellosen Strapazen der vorhergehenden Wochen ausruhen könnten, die Entscheidung über eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit sich vorbehalten haben. Diese Entscheidung mag nun ablehnend oder zustimmend ausfallen, die Thatsache allein, daß preussische Regierungsbehörden eine solche Ausdehnung der Weihnachtsarbeit in Frage kommen lassen können, redet Bände über ihre Volks-freundlichkeit. Es wäre offenbar eine Schande für den größten deutschen Staat, wenn er sich durch Hamburg, Bremen und einige andere Quodezestanten, die bereits die Weihnachts-sonntage bis 9 oder 10 Uhr freigegeben haben, an Unternehmerfreundlichkeit übertrumpfen ließe.

Unter diesen Zeichen der Zeit gehen wir wieder einmal dem „Freuden-, Friedens- und Familienfeste“ Weihnachten entgegen. Salbungsvolle Prinzipale und fromme Arbeiter werden dann dem abgeraderten Gehilfen, wenn er fertig ausgebeutet ist, zum Feste ein Douceur mit scheinheiliger Redensarten von Geschäftsinteresse und Rehmlichem in die Hand. Wer lacht da? ...

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. Dezember.

Aus dem Reichstage. Endlich ist nach dreitägiger Dauer die Redebeschlacht über die Börsen- resp. Quittungssteuer zu Ende geführt.

Wenn man bedenkt, daß für diese Vorlage von dem dreiköpfigen Steuerbouquet noch die meiste Aussicht auf Ausnahme vorhanden ist, so muß es Wunder nehmen, daß

Ardaljon ein Sozialist war: da er mit ihnen Hand in Hand ging, waren andere Beweise überflüssig.

In Petersburg theilte man Ardaljon mit, daß ein neues Attentat gegen Alexander II geplant wurde und forderte ihn auf, daran theilzunehmen. Aber Ardaljon schlug das entschieden ab — er wollte mit Niemanden sich in den Ruhm einer erfolgreichen That theilen.

„Ich werde allein vorgehen, sagte er, Andere sollen sich nicht hineinmischen, wenn einer allein das Ziel erreichen kann; und das erreiche ich. Ich bringe die Zeitung fort, lehre dann hierher zurück und im Laufe eines Monats wird Alles gemacht sein.“

Man hat ihn, seinen Plan auseinander zu sehen.

„In einer Woche lehre ich zurück, dann werde ich Alles mittheilen, jetzt liegt noch keine Nothwendigkeit dazu vor“, antwortete Ardaljon.

Die Sache war aber die, er hatte keinen Plan, war aber überzeugt, daß er es am besten machen würde. Nur im äußersten Falle, wenn es einem Einzelnen nicht möglich sein sollte, das Attentat zu vollbringen, war er entschlossen, es mit Hilfe einiger Kameraden zu übernehmen, aber nur unter der Bedingung, daß er die Hauptsache auszuführen hätte.

Ardaljon lehrte noch hochmüthiger aus Petersburg zurück, als er es bei der Hinreise gewesen war. Seine Kameraden erzählten ihm, daß unterdessen mehrere Personen, darunter auch Frau Isjumkin, arretrirt worden seien und empfahlen ihm sehr vorsichtig zu sein. Er lächelte nur verächtlich zu dieser Warnung; die ersten Erfolge hatten ihn geblendet — er verließ sich auf seinen guten Stern, der über ihm wachen mußte, wie über den vom Schicksal Auserwählten.

Von der Reise ermüdet, legte sich Ardaljon mit Vergnügen auf sein ärmliches Bett und gab sich seinen gewohnten Phantasien hin.

Wagen ein und beglückt sein Gefolge, vielleicht mit folgenden Worten:

„Der König wünschte jedem Bauer ein Huhn in den Topf, konnte es aber nicht ausführen; ich aber habe ihm nicht allein ein Huhn, sondern auch noch den Braten und Kuchen gegeben.“

Ardaljons Aussprüche erhielten eine historische Bedeutung. Der Zug fährt weiter und es erwarten den Wohlthäter des Volkes neue Beweise der Achtung und Verehrung.

Der Egoismus malte ihm alle diese Bilder in lebhaften Farben aus.

Ardaljon hatte keinen klaren Begriff weder vom Sozialismus noch von der Bedeutung des politischen Kampfes der Sozialisten, noch von dessen voraussichtlichen Folgen. Er war aber überzeugt, daß dieser Kampf ein erfolgreicher sein würde, weil er sich an demselben betheiligte, und er gedachte, die Erfolge für seinen eigenen Vortheil auszunutzen. Welche Reformen er einführen und was er in seinem Manifeste sagen würde, damit giebt er sich gar nicht ab.

„Ich werde alles machen...“ sagt er sich. Die Phantasien dieses sinnlosen Egoisten regten seine nervöse Natur dermaßen auf, daß er oft ganze Nächte nicht schlafen konnte.

Einige Tage nach der Berathung bei Frau Isjumkin räumte Ardaljon den Sporn aus dem Wege und reiste nach Petersburg ab. Er war schon früher mit einigen Petersburger Sozialisten bekannt geworden; seine energischen, erfolgreichen Thaten erweckten Interesse für ihn, und niemand fiel es ein, nachzuforschen, welche Eigenschaften dieser Energie zu Grunde lagen, und welcher zweifelte daran, daß

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

[27

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen überseht.)

Ardaljon malte sich in Gedanken seine Reise durch Rußland lebhaft aus, nachdem der sozialistische Staat in seinem Sinne hergestellt worden war. Er reist in einem Extrazuge, welcher aus den kaiserlichen Wagen zusammengestellt ist; seine Kameraden bilden sein Gefolge und achten ihn so, wie der Wohlthäter Rußlands geachtet werden muß. Die Stationen sind mit Blumen geschmückt, auf den Plattformen derselben drängt sich das Volk, die Bauern werfen sich vor ihm auf die Knie und rufen aus:

„Du, Väterchen, bist unser wahrer Vater!“

Die Musik spielt eine neue Hymne, welche selbstverständlich von dem besten Komponisten zu Ardaljons Ehren komponirt wurde. Die Frauen überschütten ihn mit Blumen; viele berühmte Schönheiten verlieben sich sofort in ihn und halten es für ein Glück, wenn sie ihm in das Gesicht blicken und einige Worte von ihm hören können.

Auf dem Bette liegend, das sich in einem ärmlich möblirten Zimmer befand, erhob Ardaljon die Hand und es schien ihm, als ob das jauchzende Volk und die Musik insolge dieser Geste verstummte. Er spricht einige Worte, die von allen begierig aufgefaßt und in alle Welt hin durch den Telegraphen verbreitet werden. Dann, geleitet von den jauchzenden Zurufen, steigt er in seinen

über dieselbe die Debatte drei Tage hingezogen werden konnte.

An sachlichem Inhalt war freilich die Debatte — von einzelnen Rednern abgesehen — auch herzlich arm. Was z. B. heute die Referentienants-Schnodderlein des Herrn Dr. Bohn mit der Steuervorlage zu thun hatten, vermögen wir nicht und vermögen wohl auch sonst Niemand zu errathen.

Herr Dr. Bohn mag sich durch das Arrangement von Bismarck-Deputationen Verdienste um den ehemaligen Kanzler erworben haben, es mögen diese Verdienste auch ihre klingende Anerkennung gefunden haben dadurch, daß der Herr von der Teufchen Bank mit irgend einer kleinen Einkure belohnt wurde; aber damit, daß irgend ein Kellnermacher von einem großen Geldinstitut irgendwie untergebracht wird, ist doch noch kein Anrecht darauf erworben, um in wichtigen Steuerfragen das große Wort zu führen. Herr Dr. Bohn sprach dann auch in ebenso geläufiger wie durch Sachkenntnis nicht getrübler Weise von tausend und einigen Dingen — nur von der auf der Tagesordnung stehenden Steuervorlage sprach er nicht.

Daß der Herr sich auch berufen fühlte, im Namen des Offizierkorps, Protest gegen die Angriffe auf die bei dem Hannoverschen Spielexperimente beteiligten Offiziere einzulegen, macht ja seinem kameradschaftlichen Geiste alle Ehre, seine Schützlinge mögen aber, wenn sie erfahren, von wem und wie sie vertheidigt wurden, andrücken: Der Herr bewahre uns vor unsern Freunden!

Etwas auf derselben Höhe, nur in der Form etwas größer, war die Rede des Antisemitenhaupteingangs Liebermann von Sonnenberg gehalten. Dieser wollte zwar heute ernst genommen sein und er versprach deshalb im Eingange seiner Rede nur sachlich zu sprechen. Bald aber mochte er fühlen, so wenig der ernste Ton sein Element sei, und so verfiel er nach wenigen Sätzen wieder seiner alten Gewohnheit in mehr oder minder ungehobelter Weise sich an den Juden zu reiben.

Ein Zwischenfall, der sich dabei zwischen den Abgeordneten Schmidt (Eberfeld), Singer und dem Redner abspielte, zeigte, daß der Vizepräsident von Buol seinem Posten auch nicht entfernt gewachsen ist.

Wenn es im Reichstag werden soll, daß Vorwürfe, wie die der „bewußten Unwahrheit“ vom Präsidium ungerügt bleiben, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo an stelle der Debatten der Faustkampf treten wird. Der deutsche Reichstag ist ja mit der Befetzung der zweiten und dritten Stellen im Präsidium von jeher nicht verwöhnt worden, so schwache Kräfte, wie in dieser Legislaturperiode haben aber früher an diesen Posten doch nie gestanden.

Soweit dies von einem Nationalliberalen erwartet werden kann, sprach Herr Ojan sehr vernünftig!

Mit ihm sprach der dritte Nationalliberale zu der Vorlage, wobei sich ergab, daß jeder von den drei Rednern dieser Partei eine andere Meinung hat. Jersahrener wie die Nationalliberalen jetzt sind, konnte der polnische Landtag auch nicht sein.

Von unserm Genossen Meist wurde noch besonders auf das drückende der geplanten Quittungssteuer hingewiesen, während Graf von Arnim seinem Schmerz darüber Ausdruck gab, daß von seiten der Regierung die Börse zu sehr geschont werde.

Schließlich wurde die Vorlage an eine Kommission von 29 Mitgliedern verwiesen.

Bundesrat. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde eine Denkschrift über das Patentgesetz vom 7. April 1891 und über das Gesetz, betreffend den Schutz von Gebrauchsgegenständen vom 1. Juni 1891 zur Kenntnis genommen. Eine Denkschrift über die Anwendung des Militärartikels für Eisenbahnen bei der Beförderung von Kriegsgüterbedürfnissen wurde den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Den Vorschlägen des Ausschusses, betreffend die Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, ferner die in Anrechnung zu bringenden Verwaltungsausgaben für das Etatsjahr 1890/91 wurde zugestimmt.

In einem angenehmen Traume sah er sich als sozialistischen König. Er dachte daran, daß, nachdem er den Sozialismus in Ausland eingeführt hatte, er den übrigen Herrschern in Europa den Krieg erklären könnte. Dann warf er plötzlich die Frage auf:

„Aber wo wäre es besser meine Residenz aufzuschlagen — in Petersburg oder Moskau?“

Ueber diesem Gedanken war er eingeschlafen und wurde unfaßt durch das Klopfen an seiner Thür und das Rasseln der Säbel aus seinem Schlaf geweckt.

„Deffnen Sie, sonst schlägen wir die Thür ein,“ rief eine grobe Stimme.

Ardaljon fiel es ein, daß auf dem Tische ein Paket der Zeitung „Der Wille des Volkes“ lag; er suchte die Streichhölzer, konnte sie aber in der Dunkelheit nicht gleich finden.

„Deffnen Sie“... rief es noch lauter. Endlich gelang es Ardalion das Licht anzuzünden, und nun machte er sich daran, die Zeitung zu verbrennen.

Plötzlich stürzte die Thür mit lautem Krachen in das Zimmer hinein, einige Polizisten und Gendarmen drangen unter der Anführung eines Offiziers in das Zimmer. Um die nöthige Zeit zum Verbrennen der Zeitung zu gewinnen, ergriff Ardalion einen Stuhl und schlug damit auf den Offizier los, der sich auf die brennende Zeitung gestürzt hatte, fiel aber selbst dabei zu Boden und im selben Augenblicke fühlte er, daß ihm die Hände gefesselt wurden.

Nachdem man Ardalion tüchtig geschlagen hatte, brachte man ihn in das Gefängniß, stieß ihn in eine Zelle hinein und befreite seine Hände von den Fesseln.

Gar zu schroff war der Uebergang von dem Nachdenken über den besten Ort seiner Residenz, in der er sich als sozialistischer Zar anhalten wollte, zur Gefängniszelle, von dem erhofften Siege über ganz Rußland, zu den empfangenen Schlägen; von der Perspektive einer Weltherrschaft — zu dem Strich, mit dem seine Hände so fest zusammengeschürmt worden waren, daß er tiefe Eindrücke hinterlassen hatte. Ardalion wälzte sich, halb bewußtlos und ohne seine Kleider ausziehen, auf der Pritsche herum; er litt heftig unter dem moralischen Druck, zitterte häufig am ganzen Körper und konnte die ganze Nacht nicht schlafen. Gegen Morgen beruhigte er sich meist, daß er über seine Lage nachdenken konnte.

„Weßhalb hat man mich arretirt?“ fragte er sich.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Frage der Immunität der Abgeordneten. Der Oberstaatsanwalt zu Hamburg hat dem Abgeordneten, Genossen Stadthagen mitgetheilt, daß er die Strafverfolgung so lange aufzögert, bis der Senat als oberste Justizverwaltungsbehörde über die Beschwerde Stadthagens gegen Androhung eventueller Verhaftung entschieden haben wird.

Die Wahl der Kommission für Arbeiterstatistik konnte bis jetzt im Reichstage nicht vollzogen werden, weil zwischen den einzelnen Parteien es noch zu keiner Verständigung über die Vertheilung der Mandate gekommen ist. Im vorigen Reichstage stellten zur Kommission das Zentrum 2 und die Konservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten je einen Abgeordneten. Jetzt beanspruchen die Konservativen ebenfalls zwei Sitze, sodas die anderen Parteien dann ausfallen müßte. Die einfachste Lösung wäre wohl, das Regulativ dahin abzuändern, daß die Zahl der Kommissionsmitglieder vermehrt wird.

Er ist zum lernen zu alt. Der geheime Chef-Redakteur der „Hamburger Nachrichten“ schimpft und wettert wieder einmal wie ein Fischweib gegen die Sozialdemokraten. Es gebe nur ein Mittel, sie unschädlich zu machen und das sei „dafür zu sorgen, daß der unvermeidliche Zusammenstoß unter für den Staat günstigen Bedingungen und namentlich stattfindet, so lange noch auf die Armee mit Zuverlässigkeit zu rechnen ist“. Leichter gesagt als gethan. Der Ex-Gauleiter hat ja das Rezept in Anwendung zu bringen gesucht, als er noch „etwas zu sagen hatte“ — es ist ihm aber nicht gelungen. Und mit seinem Rezept ist er heute nur ein ohnmächtig leiserer Greis. Häßlich aber, daß er sein letztes Wort „Geheimniß können wir nicht sagen“ so offen ausplaudert — und vielleicht auch das U. d. r. —

Die Tabak-Fabriksteuer und die lithographische Industrie. In einer Rede, welche Genosse Sillier aus Berlin in Detmold über die Wirkung der geplanten Tabak-Fabriksteuer hielt, sei folgender Abfah herabgehoben:

Betrachten wir uns nun die Nebengewerbe, welche bei der Tabakfabrikation mitbetheiligt sind. Da ist es zunächst die Lithographie, welche stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Nicht allein, daß bei einem Drittel am Rückgang der Tabaklonsums auch ein Drittel von Zigarettenpackungen (Buntdruck) weniger gebraucht werden, es kommt vielmehr noch als wichtiger Faktor hinzu, daß erstens infolge der vertheuerten Zigaretten zunächst auch die Buntdrucke weniger kostspielig gemacht werden, und zweitens sind gerade diese theueren Lithographien zum Theil auf die mittleren und besseren Zigaretten mit ausländischem Tabak verwendet. Nach der neuen Steuervorlage verschwinden jedoch die jetzigen 5 und 6 Pfennig Zigaretten, weil aus ausländischem Tabak hergestellt, vom Markte. Man wird diese Zigaretten dann wohl von dem so „beliebten“ Pfälzer herstellen müssen, und die Folge ist, daß aus diesem Grunde die besseren Cigaretten immer mehr und mehr verschwinden und dafür andere, vielleicht ein- und zweifarbigere Sachen, mehr verwendet werden. Es sei deshalb nicht zu viel behauptet, daß, wenn die neue Tabak-Fabriksteuer angenommen wird, mindestens 50 pCt. von denjenigen Arbeitstätten brotlos werden, welche bis jetzt die oft kunstvoll ausgeführten Zigarettenpackungen fabriziren. Welche Umsatzen von Werthen alldann auch mit einem Schläge entzweielt werden, ergibt sich daraus, daß Millionen von Mark in Lithographien, Stempeln, Maschinen u. s. w. angelegt sind. Wohl an 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen, Lithographen, Steindrucker und deren Hilfsarbeiter u. s. sind bei der Herstellung von Tabakpackungen direkt oder indirekt gegenwärtig beschäftigt. Es ergibt sich also nach alledem die Thatsache, daß die Tabak-Fabriksteuer nicht nur auf der Masse des Volkes schwer lasten, sondern eine nach Tausenden zählende Volksmenge wird durch dieselbe erwerbs- und brotlos gemacht, sie vermehrt das Heer der bereits Arbeitlosen, welchen zuletzt als „rettender Engel“ Armenpflege, Gefängniß und auch Zuchthaus winkt.

Zur Militärmusiker-Frage. Das Präsidium des Allgemeinen deutschen Musiker-Verbandes hat wegen der Konkurrenz der Militärmusiker eine Petition an den Reichstag gerichtet. Darin wird gebeten, den Militärmusikern den unumschränkten Gewerbebetrieb im Allgemeinen zu verbieten. Sollte das nicht angingig erscheinen, so wird gefordert, daß 1. den Militärmusikern der Gewerbebetrieb im Umherziehen, also das Spielen gegen Entgelt außerhalb des zweimeiligen Umkreises von ihrem Garnisonorte nicht gestattet ist; 2. daß den Militärmusikern das gewerbliche Musizieren in Uniform und in kleineren Abtheilungen, vornehmlich das Spielen auf Bällen, Hochzeiten, Kirchengängen, überhaupt auf Tanzplätzen untersagt wird; 3. daß den Militärmusikern bei ihren rein geschäftlichen Reisen, zu Konzerten u. s. w. ferner nicht gestattet wird, mit Militärpässen die Eisenbahn zu ermäßigten Fahrpreisen zu benutzen; denn vornehmlich damit ist ihnen eine Vergünstigung gewährt, die es ihnen möglich macht, sich überall billiger anzubieten und die Zivilmusiker zu verdrängen.

Gelegentlich der Verathung des Militäretats in der bayerischen Abgeordnetenversammlung bemerkte der sozialdemokratische Abgeordnete Grilleberger zu dieser Frage, daß er eine Zuschrift erhalten habe, in der sich die Münchener Berufsmusiker über die Konkurrenz beschwerten, welche ihnen seitens der Militärkapellen gemacht werde. Die Beschwerde richtete sich hauptsächlich dagegen, daß die Militärmusiker meistens in kleinen Abtheilungen von 5 bis 6 Mann konzertiren und daß hierbei auch Militär-Musikschüler verwendet werden. Die Zivilmusiker werden sich übrigens in einer ausführlichen Petition mit ihrer dringenden Beschwerde an den Landtag wenden, wo sich dann Gelegenheit bieten werde, auf die Angelegenheit näher einzugehen.

Der Kriegsminister erklärt sich bereit, diese Klagen entgegen zu nehmen, wenn die Petition eingereicht werde. Die Casuistische verlangen kleinere Musik-Abtheilungen, wegen des Kostenpunktes. Militär-Musikschüler gebe es in Bayern nicht.

Der Unfugparagrafen-Unfug wird in Deutschland immer ärger. Alles, was man sonst nicht bestrafen kann, wird — dem bekannten Reimsprüche nach — unter den Unfugparagrafen gebracht und bestraft. Was alles ist nicht schon zu „grobem Unfug“ gemacht worden — von einem rothen Schlips an bis zu einer Majestätsbeleidigung. Letzteres ist allerdings eine Neuerung, die wir natürlich, wie alle Neuerungen dieser Art, den „gemüthlichen“ Sachsen verdanken. Vor einigen Wochen feierte, wie der Leser wohl erfahren hat, der König von Sachsen sein 50jähriges Militärjubiläum;

was zu den üblichen, leider sehr kostspieligen und vom Volk zu bezahlenden Lokalitäts-Vorstellungen Anlaß gab. Ueber diese Vorstellungen machte sich u. A. die „Burgener Zeitung“ lustig. Drob großer Lärm im Lager der Lokalitätsfraktion; und auch im Lager der Staatsanwälte. Und eines schönen Morgens erhielt unser erstaunder Genosse Thiele eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung! Das war denn doch selbst einem sächsischen Amtsgericht zu stark — indeß Strafe muß sein, und so wurde Thiele denn vor einigen Tagen von der Majestätsbeleidigung freigesprochen aber auf den Allerwelts-Unfug-Paragrafen hin zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt — der höchsten zulässigen Strafe!

Wie lange wird das öffentliche Rechtsgefühl sich noch eine derartige Praxis gefallen lassen? —

Die „Germania“ kann sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß wir von der besonderen Signung des Herrn Hize zum Universitätslehrer der Sozialpolitik nicht überzeugt werden können. Sonderbar ist die neueste Widerlegung, die sich in folgender Korrespondenz nicht aus Münster, sondern aus — Junsbrud findet:

In diesem Semester hält Professor Dr. Biederlack S. J. (Sequit) sehr lehrreiche und interessante Vorträge über die soziale Frage. Bei dieser Gelegenheit möchten wir den „Vorwärts“, der die Vorlesungen des Professors Hize in Münster nur von einigen Convolutorien besucht wählte, darauf aufmerksam machen, daß die Vorlesungen des Professors Biederlack von 800—400 Zuhörern besucht werden, und zwar nicht nur von Theologen, sondern von Angehörigen aller Fakultäten; ein Beweis, daß die Studenten einerseits von der Wichtigkeit der Sache, andererseits aber auch von der Nichtigkeit des Herrn Professors auf sozialpolitischem Gebiete überzeugt sind.

Es ist auffallend, daß das fromme Blatt uns nicht lieber gleich mitgetheilt hat, wie viel Zuhörer Herr Hize in Münster hat. Es muß damit recht windig ausfallen, wenn selbst im ersten Semester, wo doch jeder neue Lehrer großen Zulauf hat, hierüber nichts Nennenswerthes zu erzählen ist.

Revolverhelden. Ueber einen blutigen Zusammenstoß wird der „Pos. Btg.“ aus Schroda, 5. Dezember, berichtet:

„Seit einiger Zeit war hier das Gerücht verbreitet, daß Herr Rittergutsbesitzer G. aus N. Herrn Rittergutsbesitzer v. M. aus S. und Herrn Rittergutsbesitzer R. aus Gr.-S., letztere beiden dem Offiziersstande angehörig, zum Duell geordert haben soll. Man glaubte allgemein, daß die Duelle nicht stattfinden würden, zumal sich sehr hochgeachtete Persönlichkeiten um ihre Vermeidung bemühten. Diese Bemühungen scheinen indes erfolglos geblieben zu sein, denn als sich die beiden Erstgenannten gestern Abend kurz nach 4 Uhr hier auf dem Hofe eines Hotels begegneten, gab Herr G. nach kurzem Wortwechsel dem Herrn v. M. eine Ohrfeige, worauf dieser sofort einen geladenen Revolver aus der Tasche zog. Herr G. darauf vorbereitet, zog ebenfalls seinen geladenen Revolver, und das geplante Duell fand auf dem Hofe des Hotels ohne Hinzuziehung von Sekundanten oder Kerzen seine Erledigung. Verwundungen haben beiderseits stattgefunden, doch sind diejenigen des Herrn v. M. nach Ausspruch der sofort herbeigeholten Aerzte, die Verbände anlegten, schwerer Natur, denn außer dem Schuß ins Bein ist noch eine Knochenersplitterung durch die Kugel festgestellt worden. Herr G. ist dagegen leicht am Bein verwundet. Nach den Aussagen des Herrn G., die er nach stattgehabtem Zusammenstoß gegeben, findet ein solches mit Herrn R. aus Gr.-S. ebenfalls in nächster Zeit bestimmt statt. Bei der Möglichkeit des Duells wäre noch ein größeres Unglück geschehen, denn auf dem Hofe des Hotels, wo das Duell stattfand, waren mehrere Rauscher beschäftigt, die von dem Vorgang keine Ahnung hatten, als einem derselben eine Kugel dicht am Kopfe vorbeisaukte.“

Hierzu bemerkt die „Bosfische Btg.“ im wesentlichen treffend:

Der fast ungläubliche Vorgang wird auch von anderer Seite bestätigt. Die Veranlassung wird darin gefunden, daß die Rittergutsbesitzer Gregor, Kohnhaat und Mikulski in eine Kommission gewählt wurden. Kohnhaat und Mikulski erklärten, sie könnten mit Gregor, der nicht Offizier ist, gemeinschaftlich nicht arbeiten. Daraus forderte Gregor die beiden anderen zum Duell, und als sie ablehnten, drohte er sie zu ohrfeigen, wo er sie trafe. Das weitere ging dann in der oben geschilderten Weise vor sich. Der Duellunfug hat sich kaum jemals in abschreckenderer Gestalt gezeigt als bei diesem Vorgang. Die hochmüthige Abschließung der Offiziersklasse gegen alle Nichtoffiziere, auch wenn im bürgerlichen Leben beide Theile dieselbe Stellung einnehmen, die Nichtachtung der bürgerlichen Gesetze treten hier in abschreckender Nacht hervor. Man kann die Regierungen von einer Mitschuld nicht freisprechen, wenn, wie es im bayerischen Landtage geschehen ist, ein Minister das Duell zu vertheidigen unternimmt. Hoffentlich sind wenigstens die Richter unbefangener genug, den Revolverhelden klar zu machen, daß in Deutschland nicht ein falscher Ehrbegriff, sondern das Gesetz regiert.

Eines vergißt die „Bosfische Zeitung“, daß zwar im Prinzip die deutschen Richter fast stets Duellanten, wenn auch freilich zu sehr mäßigen Strafen, verurtheilt haben, daß aber auch fast stets die Verurtheilten begnadigt wurden.

Hamburgische Staatsfinanzen. Das Hamburgische Staatsbudget für das Jahr 1894 beziffert die Ausgaben auf 69 909 188 Mark. Das Defizit beträgt 6 771 338 M. Der Senat beantragt zur Deckung desselben einen Zuschlag von 55 pCt. zu der Einkommensteuer mit Ausnahme der Einkommen von 600 bis 1000 M., ferner eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Einführung einer Firmensteuer.

Das ist vernünftiger als die Schuldenwirtschaft und die Vermehrung der indirekten Steuern ins Unermeßliche, wie sie die Finanzgenies Miquel, Nidel und Pojadowsky dem deutschen Volke vorschlagen.

Zu badischen Landtage belämpfte Genosse Ruedt die Miquel'schen Steuerpläne und den Militarismus, den Zichwater der Steuerreform.

Der württembergische Minister des Innern, v. Schmid, bekannt durch seine ungenirten Wahlbeeinflussungen, ist gestern gestorben.

Die Errichtung einer staatlichen „Bundesbank“ wird in der Schweiz beabsichtigt.

Erweiterung der Unfallversicherung in Oesterreich. Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm eine Vorlage der Regierungen, welche nicht bloß die Revision des bestehenden Unfallversicherungs-Gesetzes, sondern die Ausdehnung der Geltung dieses Gesetzes auf Betriebe und Unternehmungen, welche demselben bisher nicht unterstellt waren, beabsichtigt. In erster Linie kommt hierbei der Eisenbahnbetrieb in Betracht, durch dessen Einreihung in die

versicherungspflichtigen Betriebe mehr als 50 000 Arbeiter unter das Gesetz gestellt werden sollen. Als versicherungspflichtige Betriebe werden durch die Vorlage ferner erklärt die Binnen-schiffahrt, die Baggereien, Unternehmungen, die sich gewerbmäßig mit der Reinigung von Straßen und Gebäuden befassen, Waarenlager-Unternehmungen, insbesondere Lagerhäuser und der Großbetrieb von Holz- und Kohlenlagern, ständige Theater, Berufs-Feuerwehren, die Betriebe der Kanalkrämer und Rauchsanglehrer, endlich die Betriebe der Steinmetze, Zimmerleute, Brunnenmacher, Plasterer und Eisenkonstruktoren. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die hier erwähnten Kategorien bildet den Kernpunkt des Gesetzes, während eine vom Ausschusse vorgeschlagene Resolution die Einbeziehung des Post- und Telegraphenbetriebes in die Unfallversicherung fordert.

Gegen den Inhalt der Vorlage ist eine prinzipielle Einwendung nicht erhoben worden. Der Widerstand, welcher namentlich in der liberalen Gruppe sich bemerkbar machte, richtete sich nicht gegen die Gegenwart, sondern gegen die Zukunft, insbesondere gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Landwirtschaft und auf das Kleingewerbe.

Die Anarchistengefänger haben Pech. Einer der Londoner Dynamitwerke hat sich als harmloser Geschäftsreisender, der ein paar Dynamitproben bei sich hatte, entpuppt, und ein anderer wird mit dem Bismarck'schen Oberspiegel Krüger in Verbindung gebracht. Und da aller guten Dinge drei sind, so legt sich jetzt die Presse der russischen Regierung für die Nothwendigkeit eines internationalen Anarchistengesetzes mit obligater „Regelung“ des Asylrechts ins Zeug. John Bull kennt das, und hätte er Schwächenfalle gehabt, durch die russische Offenherzigkeit wäre er geheilt. Kurz — der „Madieschenjamen“ ist auf steinigem Boden gefallen.

Das italienische Ministerium ist noch immer nicht zu Hause gekommen. Der Telegraph hatte uns, wie wir das gleich vermuteten, zum zweiten Male belogen — in dieser Sache. Herr Zanardelli, einer von dem alten politischen Geschäftsforsortium, hat zwar das Ministerium für konstituiert erklärt, aber es fehlt die Hauptperson: der Finanzminister. Italienischer Finanzminister das heißt entweder Minister ohne Finanzen oder Bankrottminister. Und keins von beidem will irgend ein Mensch sein, der noch etwas Ruf zu verlieren hat. Indes auf die eine oder andere Weise wird Herr Zanardelli, der schon seit der „Gründung“ des Königreichs Italien im Geschäft ist — also eine geriebene Hand — der Welt, die betrogen sein will, ein A für ein U vormachen. Was natürlich nicht verhindern kann, daß er bald Bankrott macht — und Italien auch.

Crispi steht lauernd bei Seite und wartet auf Zanardelli's Sturz, hoffend das Portfeuille dann zu erhaschen. Vielleicht — aber auch nur, um es bald zu verlieren. Eine feste Regierung giebt es in Italien nicht mehr vor der Sündfluth, die das Panamino-Gesindel wogeschwemmt und Platz macht für das Volk der Ehrlichen: das Proletariat.

Nach den letzten Nachrichten sollen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem König und Zanardelli zu Tage getreten sein. Es heißt, letzterer hätte die Absicht, gleich nach der Konstituierung des Kabinetts die Kammersektion zu verlassen und das halbe der König für gefährlich. Heute soll eine letzte Besprechung stattfinden und falls diese ergebnislos bleibe, werde Zanardelli auf die Aufgabe, ein Ministerium zu bilden, endgiltig verzichten. Wir wissen nicht, was Wahres an der Sache ist, glauben es aber gern, daß dem König die Lage bedenklich vorkommt. Sie ist wohl noch etwas mehr als bedenklich.

Aus Bulgarien schreibt uns ein Genosse:
Sofia, den 2. Dezember.

Stambulow ist auf seine alten Lieblingssittel zurückgekommen und hat ein Attentat in Szene gesetzt. Er lebt eigentlich von Attentaten, ähnlich wie weiland Jhr Bismard, der ihm auch Vorbild ist. Was hat er nicht seiner Zeit aus der Ermordung Weltschiff's gemacht. Und doch handelte es sich damals garnicht um ein „politisches Verbrechen“, sondern um einen einfachen Akt Mordanschlag (für die Geschichte Panizza's). Weltschiff war beiläufig ein Ehrenmann und allgemein gerachtet, was man von Stambulow nicht sagen kann, der nicht bloß ebenso brutal ist wie sein deutsches Vorbild, sondern auch ebenso habgierig.

Der Aussenhaß, welcher in Bulgarien allgemein ist, bildet das politische Kapital Stambulow's, der jedesmal, wenn er in Verlegenheit sich befindet, den russischen Bismarck aufmarschieren läßt. Jetzt hat er wieder ein russisches Attentat entdeckt — ein gewisser Iwanow soll einen Mordanschlag gegen das Leben unseres Ferdinand gemacht haben. Was Wahres daran ist, weiß ich nicht, aber das steht fest, daß Herr Stambulow unter dem Vorwand, das Land vor russischen Intriguen und Attentaten beschützen zu müssen, das abscheuliche Polizeiregiment organisiert hat und jede oppositionelle und freiheitliche Strömung mit wahrer Wuth verfolgt.

Und vor allem richtet sein Grimm sich gegen die Sozialdemokraten, die in unserem Land mehr und mehr an Boden gewinnen — namentlich unter den Arbeitern und der studirenden Jugend, aber auch unter der elend ausgelegenen Bauernbevölkerung. Mit welcher Hohnheit, — man kann sagen Bestialität — die Polizei hier vorgeht, das kann man aus folgendem Beispiele sehen. Am 15./27. Oktober ds. Jrs. wurden in Nasgrad zwei Kameraden: Ligess und Dionomoff von Polizeialtagenten und Gendarmen auf der Straße überfallen und furchbar mißhandelt. Im Handgemenge wurde einer der Gendarmen in den Taumen gefassen. Einige Tage später rächten sich die Gendarmen hierfür, indem sie einen Arbeiter, Namens Remoriboff, den sie verhaftet hatten, mit ihren Säbeln bearbeiteten und ihm den Arm glatt abzuhauen, so daß dieser aufs Plaster fiel. Um dieselbe Zeit wurde der Redakteur der „Robotnik“ („Arbeiter“) von Spikeln halb todgeschlagen, und drangen in das Klublokal des Sozialistischen Vereins von Tirnowa Polizei-Agenten ein, die alles zerstückten und die anwesenden Mitglieder mißhandelten. In Philippopoli, Nasgrad und an anderen Orten sind die Sozialisten „internirt“ worden, d. h. unter Polizei-Aufsicht gestellt, und werden in der Stadt, die sie nicht verlassen dürfen, auf Schritt und Tritt von Polizei begleitet. All diese Maßregeln verhindern aber nicht die Fortschritte der Propaganda.

Im Anfang der jetzigen Session der „Sobranje“ (Deputirtenkammer) wurde, wesentlich dank den Bemühungen des sozialistischen Blattes „Drugar“ („Genosse“) und der

*) Panizza stand aber erwiesenermaßen im russischen Sold und auch die Macebonier, die Weltschiff tödteten, fanden unzweifelhaft mit russischen Agenten in Verbindung. N. d. V.

*) Die Bulgaren haben, gleich den Russen, noch den alten Gregorianischen Kalender, der 12 Tage hinter dem unferigen jurid ist.

Arbeitergesellschaft „Brüderlichkeit“, in Sofia eine mit vielen Unterschriften bedeckte Petition um ein Arbeiter-Schutz-Gesetz an die Volksvertretung gerichtet. Diese Bewegung scheint, so bescheiden auch unsere Forderungen sind, die Regierung erschreckt zu haben. In Aussehen wurden Arbeiter, welche die Petition verbreiteten und Unterschriften sammelten, von der Polizei mit Verhaftung bedroht. Trodem hat die Petition viele Unterschriften erhalten. In Sofia allein haben über 500 Arbeiter unterzeichnet, desgleichen über 1000 in Philippopoli, Ruschik, Barua, Tirnowa, Urowia. In den zwei Hauptzentren unserer Textil-Industrie: Grabowo und Silewesow waren bereit zu Tausenden ihre Unterschriften zu geben. Das paßte Herrn Stambulow nicht in den Kram. Am Abend des 16./28. November brach eine Horde von Polizisten und Gendarmen in das Lokal des Vereins „Brüderlichkeit“ ein, haften wie die Wilden, erbrachen und durchsuchten alle Kassen und Schränke, nahmen alle vorhandenen Petitionsbögen und Petitionsformulare weg und verhafteten etliche 40 Mitglieder, darunter den Präsidenten des Vereins, und verschiedene Studenten. In derselben Nacht wurden auch in Philippopoli und an anderen Orten Polizeitagias und Verhaftungen vorgenommen. Und bis heute ist Keiner freigelassen. Was macht man mit unseren Kameraden? Es ist tiefstes Geheimniß. Diejenigen aber von uns, die schon in den Händen der Polizei waren, können sich denken, wie mit unseren gefangenen Kameraden umgesprungen wird. Unsere Polizei ist noch schlimmer als die russische. Sie prügelt die Gefangenen bei dem geringsten Anlaß. Nicht mit Stöcken oder der Knute, sondern mit „Sandfäden“, die keine Spuren hinterlassen und den Körper weit mehr erschüttern und gefährden. Man wird mit diesem furchterlichen Instrument unbarbarisch auf Leib und Rücken geschlagen, und häufig auf die Brust. Ein harter Schlag auf die Brust hat sofort Blutspucken zur Folge, und zieht, wenn wiederholt, fast sicher den Tod nach sich. Der Arzt, dem die Leiche vorgelegt wird, stellt dann „Schwindel“ fest. Und man läßt die Gefangenen hungern. Zwei, drei Tage lang erhalten sie oft nichts zu essen und nichts zu trinken, und dann, um den Durst zu steigern, wird Salzfisch verabreicht. Schreit der Gefangene nach Wasser, so wird er ausgelacht, bis man glaubt, er sei „müde“ geworden. Dann kommt der Untersuchungsrichter vor die Zelle und läßt frisches Wasser anbieten unter der Bedingung, daß ein Geständniß abgelegt wird. Weigert der Gefangene sich, so dauert die Qual fort, bis das Fieberdelirium kommt oder — das Geständniß.

So macht man in Bulgarien Komplote!
Um unseren unschuldigen Kameraden die Sympathien des Publikums zu entziehen, hat man ausgeprengt, die Gefangenen seien „Anarchisten“.

In ganz Bulgarien giebt es keinen einzigen „Anarchisten“. Es sei denn, daß wir das Gesindel, welches im Solde Stambulow's und seiner würdigen Feinde und Lehmeister; der russischen Diplomaten stehen, als Anarchisten bezeichnen wollten.

Das ist die Wahrheit über Bulgarien.

So weit unser Korrespondent, dessen Mittheilungen wir keinen Kommentar hinzuzufügen haben. Bezüglich des „Sandfades“ sei erklärend bemerkt, daß dieses unheimliche Instrument in verschiedenen Ländern im Gebrauch ist — besonders in einigen Theilen Spaniens, wo der Sandfaden — sablero — ein einfacher, etwa 10 oder 15 Pfund schwerer Sandfaden, der an einem Stricke geschwungen wird — für die tödlichste und heimtücklichste Mordwaffe gilt — denn er wirkt sicher und hinterläßt am Körper des Opfers keine sichtbaren Spuren.

„Wer unterschreibt?“, so fragt der Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit“ aus Anlaß unserer Notiz „Ein Typus?“ im „Vorwärts“ vom 25. November. Wir bedauern diese Frage deshalb, weil sie uns zum zweiten Male zwingt, den Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit“ als den zu bezeichnen, der unterschreibt.
Einer Unterschreibung haben wir ihn nicht in bezug auf seine Kritik unseres Artikels „Sozialliberal“ zu zeihen, wie er in Nr. 10 der „Neuen Zeit“ behauptet, sondern in bezug auf seine Einwürfe auf unsere Notiz „Akademisches Denunziantenthum“. Freilich wird bestritten, daß im Artikel der „Neuen Zeit“ an diese Notiz überhaupt gedacht wurde. Wir drucken deshalb diese Stelle aus Nr. 8 der „Neuen Zeit“ ab:

Männer wie Lassalle und Marx und Engels sollten uns zu hoch stehen, als daß wir gleich vor Entzünden tommeln, wenn irgend ein deutscher Professor ihnen eine verstoßene Verbeugung macht. Auch die allzu enge Befassung mit periodischen oder nichtperiodischen Schriften, die unter der hochtönenden, aber unsichtbaren Flagge der reinen Wissenschaft sich dem ausdrücklichen Bekenntniß, sei es zur kapitalistischen, sei es zur sozialistischen Welt entgegen, scheint uns für die Arbeiterklasse von sehr zweifelhaften Werthe zu sein. Und niemals haben wir in das gewaltige Galle über „Denunziation“ einstimmen können, wenn in den bürgerlichen Professoren-Zänkereien der eine dem anderen den Verwurf „marxistischer Ideen“ macht.

Wer weiß, daß wir Beiträge aus Schmoller's Jahrbuch, einer periodischen „wissenschaftlichen“ Zeitschrift zum Anlaß der Notiz „Akademisches Denunziantenthum“ genommen haben, steht ein, daß nicht wir, sondern der Briefschreiber der „Neuen Zeit“ unterschoben hat.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission hat gestern Mittag noch eine zweite Sitzung abgehalten, in der über den Antrag Sebel auf Fassung einer Resolution für Erweiterung des Militär-Invalidentgesetzes Beschluß gefaßt werden sollte. Bevor man in die Verhandlung der Resolution eintrat, wurde seitens des Referenten Dr. Pieschel angeregt, den vorgeschlagenen Antrag des Abg. Singer gefaßten Beschluß zu § 6 des vorliegenden Gesetzesentwurfes rückgängig zu machen, da durch denselben zweierlei Recht geschaffen worden sei, er stehe mit den Bestimmungen des § 115 des Invalidentgesetzes vom 27. Juni 1871 in einem gewissen Widerspruch. Der Referent beantragte, einen Zusatz zu § 6 anzunehmen, der die Gültigkeit der Bestimmungen des Gesetzes von 1871 auch für das vorliegende Gesetz ausspreche. Diesem wurde zugestimmt.

Hierauf entstand eine lebhafte Debatte darüber, ob die von den Abgg. Pieschel, Sebel und Schädler eingebrachte Resolution angenommen werden solle oder nicht. Mehrere der Regierungskommissare bekämpften dieselbe mit Hinweis auf die unübersehbaren materiellen Mehrleistungen, welche die Verwirklichung der Resolution dem Reich auflege. Die Abgg. v. Karborst und Gröber schlossen sich dieser Auffassung an, die Vertheidigung der Resolution durch die Abgg. Pieschel und Sebel blieb erfolglos, dieselbe wurde mit neun gegen sieben Stimmen abgelehnt.

Im Laufe der Verhandlungen wurde mitgetheilt, daß die gewünschte Kodifikation der Militär-Invalidentgesetzgebung im Reichskanzleramt fertig gestellt sei und die Vorlage nächstens den Zuspannungsgang antreten werde.

Die Wahlprüfungs-Kommission erklärte in ihrer ersten Sitzung am Mittwoch Abend die Wahlen der Abgeordneten Hofang (V. Magdeburg), Wender (Büßfeld), Winterfeld-Menklin (Reg.-Bez. Potsdam), Jellen (Prensburg), Wollschläger (Pole), Brodmann (1. Reg.-Bez. Trier), Wellstein (Koblenz), von der Deden (7. Hannover), Peggine (Kiel), Haus (Aschaffenburg), Anker (Memel), Zimmermann (1. Münster), Hilpert (6. Mittel-franken), Graf von Mirbach (7. Reg.-Bez. Gumbinnen), von Leipziger (2. Reg.-Bez. Merseburg), Weiß (Hart) für gültig. Gegen die Wahlen der genannten Abgeordneten lagen Proteste vor, welche theils sich nur auf ganz nebensächliche Punkte bezogen, theils zurückgezogen sind (der freisinnige Protest gegen den Grafen von Mirbach's Wahl, oder zu spät eingingen (von Leipziger), oder bei denen die von den Protestherberern in Aussicht gestellte Begründung nicht eingegangen ist).

Die Entscheidung über die Wahl des Abgeordneten Harm (Eberfeld), gegen welche ebenfalls ein verspätet eingegangener Protest vorliegt, wurde ausgesetzt. Der Wahlkreis Eberfeld gehört zu jenen Kreisen, welche durch Zuthellung von Orten, welche früher anderen Kreisen einverleibt waren, geändert worden sind, ohne Rücksicht auf die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften.

In der Sitzung vom Donnerstag Vormittag beantragte die Kommission die Wahl des Abgeordneten Pichler (Passau). Pichler ist mit einer Stimme Majorität gewählt und erfolgt die Kassirung dieser Wahl zweifellos.

Gegen die Sonntagdrage vor Weihnachten. Der Abg. Werner hat, unterstützt von 36 anderen Abgeordneten verschiedener Fraktionen, folgende Anfrage beim Reichstag eingebracht: „Sind die verbündeten Regierungen geneigt, angesichts der allgemeinen schlechten Geschäftslage dieses Jahres für die in § 106 der Gewerbe-Ordnung angeführten Gewerbe eine Verlängerung der Geschäftsstunden bis Abends 10 Uhr am 24. und 31. Dezember d. J. einzutreten zu lassen?“
(Wir verweisen auf unseren Leitartikel, der diese Wünsche behandelt.)

Anträge der Deutschen Reformpartei. Dr. Bödel hat mit Unterstützung der Deutschen Reformpartei im Reichstage drei in Gesetzform eingeleitete Anträge eingebracht. Sie beziehen sich auf die Abänderung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes in der durch die Novelle vom 29. Juni 1881 umgestalteten Fassung, betreffend Abänderung der Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte vom 7. Juli 1879, betreffend Abänderung der Zivilprozeß-Ordnung vom 30. Januar 1876.

Arbeitsplan des Reichstages. Ueber die nächsten Sitzungen des Reichstages ist vorläufig wie folgt bestimmt worden: Am Donnerstag wurde die erste Beratung des Stempelsteuer-Gesetzes zu Ende geführt. Am Freitag ist katholischer Feiertag. Am Sonnabend und Montag gefangen, wenn überhaupt Sitzung stattfindet, kleine Sachen zur Verhandlung. Am Dienstag beginnt die zweite Lesung der Handelsverträge und wird am Mittwoch fortgesetzt. Am Freitag fünfziger Woche findet die dritte Lesung der Handelsverträge statt, dann beginnen die Weihnachtserien. Der Seniorenkongress wird heute über diesen Plan noch im einzelnen befinden. Nach vorstehendem Plan wird also die erste Beratung des Tabaksteuer-Gesetzes und des Weinsteuer-Gesetzes erst nach Neujahr stattfinden.

Parteinachrichten.

Die Gesolge unserer Leipziger Genossen bei den diesjährigen Gemeindevahlen verdienen an dieser Stelle erwähnt zu werden. Leipzig ist zwar seit langem nicht mehr eine Hochburg des Nationalliberalismus, der auch dort längst abgewirkt hat, aber es ist die Hochburg der vereinigten Reaktionsparteien Sachsens. In keiner Stadt Sachsens, ja wir können sagen Deutschlands ist die „reaktionäre Masse“ so gut organisiert, hat sie durch ihre Kriegen und Beterwirtschaft so vollständig von allen einflussreichen Stellen Besitz genommen, und verfügt sie über größere Machtmittel und ein größeres Maß von Rücksichtslosigkeit als gerade in Leipzig. Deshalb kann diese Feste auch nicht durch Ueberrumpelung gewonnen werden, wie weiland Dresden. Es bedarf einer regelmäßigen Belagerung. Und diese wird durch unsere Genossen seit nun 20 Jahren — die doppelte Zeit der Belagerung von Troja — planmäßig geführt. Immer weiter werden die Kampfgräben vorgetrieben. Jede Wahl stellt einen bedeutenden Fortschritt fest. Und niemals sind erfreulichere Fortschritte festgelegt worden als bei der vorjährigen Gemeindevahl: nämlich verglichen mit dem Vorjahr 1000 Stimmen mehr für unsere Partei, und 700 weniger für den Ordnungsbrei. Und da hat das „Leipziger Tageblatt“ den traurigen Muth — oder ihr's Galgenhumor? — zu sagen, wir hätten eine Niederlage erlitten, weil wir noch keinen unserer Genossen in die Stadtverordneten-Versammlung gebracht! Nun — im nächsten Jahr werden wir Ernte halten.

Und bald wird auch bei den Reichstagswahlen das tolle Banner auf die Pleißenburg aufgepflanzt. Da aber Leipzig vielleicht die festeste Stellung unserer Feinde in Deutschland war, so zeigt sich an Leipzig auch, daß es in Deutschland keine feindliche Festung giebt, die wir nicht erobern können.

Ebenso unaushaltbar sind die Genossen in München vorgegangen und wird hier in Zukunft wenigstens ein sozialdemokratischer Hecht die Ruhe der Gatten, die im Münchener Rathhaus bisher „unter sich“ waren, hören. Vater Birk tritt als Erster in das Stadthaus ein; bei der nächsten Wahl werden ihm sicher noch mehr folgen, denn die sozialdemokratischen Stimmen haben seit der letzten Wahl um 122 pCt. zugenommen, während alle anderen Parteien zurückgegangen sind. So dringt die Sozialdemokratie unausgesetzt vor; um ihren Siegeslauf auszuhalten, vergessen die Gegner alle frühere „Lodsenschaft“ und verbinden sich zum Kampf gegen den „gemeinsamen Feind“, so daß, was auch in München der Fall war, die wackerlichsten Kartelle zusammengeknüpft werden. Nur schade, daß auch dies nichts mehr hilft!

Eine Konferenz der Vertrauensmänner des Wahlkreises Ost-Prignitz fand am 26. November in Prißwalk statt. Um die Agitation besser betreiben zu können, beschloß man, den in Prißwalk bestehenden Wahlverein über den ganzen Kreis zu erstrecken. Zu Punkt 2: Die Presse, wurde beschlossen, das Volksblatt für Ost- und Westhavelland als offizielles Parteiorgan anzuerkennen und für dessen Verbreitung zu agitieren. Die von Berlin erschienenen Parteigenossen Jacoben und Riez machten darauf aufmerksam, daß die Genossen des Kreises die Berliner Parteigenossen des 6. Wahlkreises in ihrer Agitation in den Kreisen Ost- und West-Prignitz regen unterstützen sollten. Als Kreis-Vertrauensmann wurde Genosse Luy wiedergewählt, mit dessen Haltung sich die Delegirten vollständig einverstanden erklärten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Genosse Gewehr, Eberfeld, hat am 5. Dezember seine 16wöchentliche Gefängnisstrafe, die ihm wegen „Beleidigung“ der Eberfelder Polizei subdiert worden war, angetreten.

Briefkasten der Redaktion.

Rudolf, legen Sie sofort Verurung ein und übermitteln uns das Erkenntniß; die Verurteilung erscheint unberechtigt. Ihren Brief haben wir Abg. Herbst als Beitrag zur Behandlung Invalident übermitteln.

G. M. S. 1. Ja. 2. Amtsgericht. 3. Eine Frist ist gesetzlich nicht bestimmt. 4. Jedem Kinde 1/20.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Freitag, den 8. Dezember. Opernhaus. Lammhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Schauspielhaus. Die kluge Käthe. Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld. Berliner Theater. Graf Waldemar. Fessing-Theater. Frau Frau. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Bettelstudent. Residenz-Theater. Die Dragoner. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Die eiserne Jungfrau. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi. Viktoria-Theater. Die sieben Haken. Alexanderplatz-Theater. Am Altar. National-Theater. Tischlein deck dich. Eslein streck dich. Knüppel aus dem Sack. Hierauf: Das Käthchen von Heilbronn, mit dem Vorspiel: Das heimliche Gericht. Theater Unter den Linden. Der Mikado. American-Theater. Die Trodenwöhner oder das Kind in der Kommode. Die Gründung Roms in der Mäckernstraße. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192. Volksvorstellung für Erwachsene und Kinder zu bedeutend ermäßigten Preisen. Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Tischlein deck dich, Eslein streck dich, Knüppel aus dem Sack. Zaubermärchen in 8 Bild. v. G. Prudens. Regie: Hugo Hummel. Hierauf: Das Käthchen von Heilbronn. Romantisches Nitterchauspiel in 5 Akten und einem Vorspiel: Das heimliche Gericht. Von Heinz Kleist. Regie: M. Samst. Kaffeneröffnung 6 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 Uhr. Morgen: Volksvorstellung für Kinder und Erwachsene. Die Pappasos. Zaubermärchen in 6 Bildern. Hierauf: Der Glöckner von Notredamo.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. Zum 30. Male: Die eiserne Jungfrau. Poffe mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville. Musik von Louis Varney. Anfang: 7 1/2 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: Die eiserne Jungfrau.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwant in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi. Parabolische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benzo Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Heute zum 52. Male: Die Gründung Roms in der Mäckernstraße. !! Auf vielseitigen Wunsch !! Die Trockenwöhner oder: Das Kind in der Kommode. !! Neue Aufführung !! !! Zur 10. Vorstellung !! Auftr. sämtl. Spezialitäten. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Victoria-Brauerei.

Eckowstraße 111-112. Freitag, den 8. Dezember 1893: Letzte Soiree der Stettiner Sänger vor Weihnachten. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Urkomisches Programm. Morgen Sonnabend: Grosse Extra-Soiree im böhmischen Brauhause mit darauf folgendem Tanztränken.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 Annonstr. 42/43 Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Francis Era am asiatisch. Lustapparat. Arthur Valeno, der fünfjährige Wunderknecht. Im vierten Stock. Charakterbild in 1 Akt. Entree: Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., Matt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße darunter der Schußkanal der Augen des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch. Geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Welt u. größt. Etablissement. Neues Programm. Täglich von 6 1/2 Uhr ab: Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Kegelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree. Carl Koch.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Freitag, den 8. Dezember 1893, Abends 7 1/2 Uhr: Erste gr. Komiker-Vorstellung. Auftreten sämtlicher Clowns in ihren besten Nummern, u. a.: Mr. Ybbs, Clown-Imitator. Gebr. Krasnoki, exente. musik. Clowns. Herr Merkel mit seinem Esel „Pipifax“. Mr. Lavater Lee. Die gr. Tromplinsprünge mit Brillant-Feuerwerk etc. Ferner Bal et Concert hippique, vorgeführt von Herrn R. Renz. Maestoso und der Steiger Alap, geritten von Fr. Oceana Renz. Das Springsperd Blitz, geritten von Fr. Renz-Stark etc. Zum Schluss: Subdignungsgruß an Berlin. Gr. Parade-Schauspiel v. Dir. Fr. Renz, mit Aufzügen, Festspielen, Solo- und Ensemble-Tänzen von 80 Damen. Preise der Plätze wie gewöhnlich. Sonnabend: Große Vorstellung. Sonntag: 2 Vorstellungen. Fr. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Freitag, den 8. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. Extra-Vorstellung. Besonders hervorzuheben: Gastauftreten der berühmten Fechterinnen Geschw. Ferno.

Damen-Hurdle-Race, geritten von 14 Damen. Pas de deux gracieux, ausgeführt von Fr. Emma und Herrn Adolf Schumann. Vorführung der 8 in Freiheit befreiten Kapphengste durch Max Schumann. Das Eugone Troupe. Grand Pas de Valse von 20 Damen. Meistkünstlerin Miss Margerithe. Damen-Roley Miss Oxford. Tandem mit zwei Schulspferden, geritten von der Schulreiterin Mlle. Eugenie Lecasson. Auftreten sämtlicher Clowns und des Miniatur-Angust Mr. Secard u. f. w. Sonnabend: Gr. Vorstellung. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachmitt. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

Bereinszimmer m. Piano ist zu verg. Beuthstr. 11. G. Langtatt. 61489

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: Grosse Spezialitäten-Vorstellung von nur Ränklern I. Ranges: Bernhard Leitner, Athlet und Preisringer. Kraftproduktion m. 2 Pferden. Familie Ueberle, Parterre-Gymnastiker. Gebr. Palmer, Gymnast. Jahrsproduktion. Signorina Kathi, Drahtseilkünstlerin. Fr. Möller, Schlangendame. Fr. Torci Kör, Ungarische Sängerin und Tänzerin. Georg Cordes, Gesangshumorist. Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entree: Sonntags 75 Pf., Wochentags 50 Pf. A. Zimmermann.



Passage-Panopticum. Ein Weihnachts-Märchen von Dr. Jul. Lohmeyer. Musik von Th. Krause. Sofort oder später helle Fabrikräume mit Doppeltür, Fahrstuhl, für jeden Betrieb geeignet, zu vermieten Gerichstr. 2. Näheres beim Verwalter Breitung oder Friedrichstraße 104a, I. 562b

Otto Plath - ich weiß Rath!

Sol' zum heutigen Biegenfest 5906. Noch mehr Knickerer aus dem Rest. Die Gratulanten Berlin I 16-20.

Todes-Anzeige.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unsere uns unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante, die Wittwe Johanna Kleinert geb. Mayer, am 5. d. M. nach kurzem Krankenlager im Alter von 69 Jahren plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Dez. Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle d. Matthias-Gemeinde in Säbende aus statt. Um stillen Beileid bittet 52982

Im Namen der Hinterbliebenen Ferdinand Kleinert, Sägowstr. 113. Berlin W., den 6. Dez. 1893.

Castan's Panopticum. Ohne Extra-Entree. Die 17jährige Siamesin „Krao“ der Uebergang vom Affen zum Menschen.

Neue freie Volksbühne. „Die Jugend“ von Max Halbe 453/3 Sonntag, 10. Dezember: I. Abtheilung. Sonntag, 17. Dezember: II. Abtheilung. Sonntag, 31. Dezember: III. Abtheilung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Versammlung für Weißentee am Sonnabend, den 9. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Klebs, Köhliche u. Charlottenburgerstr.-Ecke. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. J. A.: Der Geister.

Vertrauensmänner-Versammlungen

Die nächsten finden statt: Südosten: Montag, den 11. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Oranienstraße 180. Südwesten: Montag, den 11. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Lüdke, Zoffenerstraße 10. Moabit: Dienstag, den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Ahrens' Brauerei, Thurmstraße 26. Wedding-Gesundbrunnen: Mittwoch, den 13. Dezember, Abds. 8 1/2 Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstr. 23. Osten: Montag, den 18. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in den Konfordia-Festsälen, Andreasstr. 64, Krautstr. 38 (oberer Saal). Rosenthaler Vorstadt: Montag, den 18. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstraße 68. Tagesordnung in allen Versammlungen: Berathung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in unserem Gewerbe. Ausgabe der statistischen Fragebogen. Um recht zahlreiches Erscheinen in allen diesen Versammlungen ersucht Die Ortsverwaltung. 481/12

Achtung! Ortskrankenkassen! Achtung!

Sonntag, den 10. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in den Concordia-Festsälen, Andreasstr. 64: Oeffentliche Versammlung zwecks Besprechung über Verschmelzung sämtlicher Ortskrankenkassen in Berlin in eine einzige Ortskrankenkasse für Berlin und Vororte. Referent: Carl Gutheit. Die Vorstände, Arbeitgeber und versicherten Mitglieder aller Berliner Krankenkassen, die die Nothwendigkeit einsehen, daß für Berlin bessere Krankenkassen-Zustände geschaffen werden müssen, werden dringend ersucht, an dieser Versammlung theilzunehmen. 567b Die Kommission. Martin. Dähne. Gutheit. Buchholz. Albert. Schiele. Seidel.

Oeffentliche Versammlung der Fr. Vereinigung der Bauarbeiter Berlins

am Sonntag, den 10. Dezember, Vorm. 11 Uhr, im Saale der Habel'schen Brauerei, Bergmannstr. 5-7. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paetzl. 2. Diskussion. 3. Wahl eines zweiten Schriftführers und eines Zahlstelleneinhabers für Südwesten. 4. Abrechnung vom 3. Quartal 1893 und vom Stiftungsfest. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 129/11 Um recht regen Besuch bittet Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Zentrale Nord.)

Sonntag, den 10. Dezember, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 179: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Warnst über: Alters- u. Invalidenversicherung. 2. Wahl der gesammten Verwaltung. 3. Wahl eines Bibliothekars. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Jedes Mitglied ist verpflichtet, pünktlich zu erscheinen. Die Verwaltung. 485/8

„Zum Prophet“

Größtes Confectionshaus Berlins.

Laut Abschluß mit unserer Fabrikantenvereinigung ist unser Welt-haus gezwungen, bis Weihnachten noch einen garantirten Umsatz zu erzielen und offeriren von heute ab in einer Vielfeitigkeit, Masse und Auswahl, wie es bisher noch keinem Publikum geboten worden ist.

Abtheilung I. Winter-Paletots in Double mit Tuchfutter v. 8 M. an I. Double m. Kamusfutt. 12 „ Diagonal m. gefir. Serge 13 „ Velours m. Chlotzfutter 14 „ Duffel mit Steppfutter 16 „ Ratiné mit Atlas 18 „ Floconné mit Janella 16 „ Friso mit Tuch 29 „ Montagnac m. Seiden 30 „ Kammgarn mit do. 32 „ Paletots exquisit 45 „

Abtheilung II. Reisemäntel v. 12 M. an Kaiser-Paletot 10 „ Ulster 15 „ Ulster m. halb. Pelarine 18 „ Ulster m. ganz. Pelarine 27 „ Kaiser-Mäntel 27 „ Hohenzollern-Mäntel 27 „

Abtheilung III. Komplette Anzüge in blau Cheviot v. 8 M. an Buckskin 9 „ Krimittschauer 14 „ Diagonal 18 „ Belour 20 „ Satin 26 „ Kammgarn 19 „ do. rayé 26 „ Gehrockjacon 30 „ do. hochfein 36 „

Abtheilung IV. Hosen - Hosen und Westen in Tuch v. 3 M. an Winterbuckskin 5 „ schwarzem Tuch 6 1/2 „ Kammgarn 8 „ Hof u. West. i. ged. Stoff 8 1/2 „ Hofe u. Weste hochfein 14 „ Nouveautés-Hosen 9 1/2 „

Abtheilung V. Juppen fürs Haus v. 6 M. an Boden-Juppen 7 „ Bed.-Jagd-Juppen 11 „ Inter.-Jac.-Juppen 15 „ Spec. in Juppen besseren Genres. Abtheilung VI. Schlafroöde

in Double v. 7 M. an Schlafroöde in Satin 9 „ Schlafroöde in Vel. 10 1/2 „ i. Double Face 15 „ i. Friso Mont. 20 „ i. Floe. 21 „ m. Steppfutter 22 „ i. Türlisch 29 „

Abtheilung VII. Westen, einzelne v. 1 1/2 M. an Schwarze Tuchwesten 8 „ Weiße Westen 2 „ Hocheleg. Westen 4 „

Abtheilung VIII.

la. Anaben-Anzüge v. 2 M. an in Cheviot 8 „ in Diagonal 4 „ Haute-Nouveautés-Anzüge, wie solche nur Spec.-Gesch. führen. Ib. Burschen-Anzüge v. 5 M. an in Cheviot 5 1/2 „ in Satin v. 6 „ hochfeine 8 „ Ib. Jünglings-Anzüge 7 „ i. Cheviot 8 „ Diagonal v. 11 „ i. Kammg. 14 „ hocheleg. 18 „

IIa. Anaben-Paletots 2 1/2 „ Palet. m. Blüsch 6 „ Palet. m. Pelar. 7 „ Schwalow's 8 „ Kaiser-Mäntel 2 1/2 „ Haute-Nouveautés-Paletots zu jedem Preise. IIb. Burschen-Paletot Herr. Jac. b. u. v. 5 M. an Schwalow's 6 „ m. Pelarine 7 „ Menchilow's 9 „ IIc. Jüngl.-Palet. 7 „ do. m. Pelar. 11 „ Jüngl.-Ulster 8 „ Kais.-Mäntel 7 1/2 „ Hohenzollern-Mäntel 13 „

„Zum Prophet“

am Dönhoffplatz, Ecke Leipziger-u. Kommandanten-Strasse. Frach-Verleih-Institut.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 7. Dezember 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Riquel, Graf v. Posadowsky, v. Nibel.

Eingegangen sind die gesammelten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Erhebung von Reichs-Stampel-Abgaben wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Hahn (natl.): Meine politischen Freunde unterscheiden bei dieser Vorlage zwei Dinge, die eigentliche Börsensteuer und die anderen neuen Stempelabgaben. Bezüglich der letzteren können wir manches von dem unterschreiben, was der Abg. Singer gesagt hat; es werden die kleinen Leute dadurch belästigt und belästigt werden, wie durch das Klebegebot, unter dessen Wirkungen die Ordnungsparteien bei den Wahlen zu leiden gehabt haben. Einige meiner Freunde können der Quittungssteuer überhaupt nicht zustimmen; andere halten es für nötig, Abmilderungen zu machen, damit die kleineren Leute entlastet werden. Denn es ist nicht richtig, daß die kleinen Leute Quittungen sich nicht ausstellen lassen. Bezüglich der Börsensteuer kann die nationalliberale Partei, wenn die freisinnige Vereinigung, welche von der Börse so sehr unterstützt worden ist, durch ihre berufenen Vertreter sich für die Börsensteuer erklärt, in bezug auf den Schutz der Börse nicht weiter gehen. Durch das Aktiengesetz haben sich die Verhältnisse der Börse gebessert, nicht weil die Menschen besser geworden sind, sondern die Beförderung war sehr zwangsweise durch die Gesetzgebung herbeigeführt. Herr Singer behauptet, daß ein großer Prozentsatz der Edelsten der Nation in den Spielerprozeß in Hannover verwickelt seien. Dieser Prozentsatz der Edelsten der Nation ist aber ein ganz verschwindender gegenüber dem Prozentsatz der Männer aus dem Alten Testament (Unruhe links, Zustimmung rechts), die daran beteiligt sind. Sie (zu den Sozialdemokraten) und außer Ihnen die Freisinnigen haben den hannoverschen Prozeß bemerkt, um dem Offizierkorps etwas anzuhängen. Aber wir antworten Ihnen darauf einfach: Hast Du meinen Lieutenant, so habe ich deinen Juden. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) In Herrn Lager (zu den Sozialdemokraten) gehören die jungen Leute zu denjenigen, welche Sie als halbbrüchige Jungen bezeichnen, die in Ihren Verammlungen Kobau machen (Widerspruch links) und die Sie zu Ihrem Bedauern nicht in Fucht und Schranken halten können. Ich muß es energisch zurückweisen, daß so vielfach einzelne Vorkommnisse im Offizierkorps ausgebeutet werden gegen den ganzen Stand. (Zuruf: Stempelabgaben.) Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, dies auszusprechen zu dürfen gegenüber dem Abg. Richter und anderen Leuten, welche fast gar keine Gelegenheit haben. . . . (Präsident v. Levetzow: Ich bin zwar zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Debatte in den Schranken zu halten, wie ich es gern möchte, aber ich bitte Sie doch, nicht allzuweit von der Sache abzuweichen) . . . welche fast gar keine Gelegenheit haben, sich über das Offizierkorps genügend zu orientieren und deshalb zu einem Urtheil gar nicht ermächtigt und berechtigt sind. Durch eine höhere Beförderung der Börse können ihre Schäden nicht beseitigt werden, das kann nur eine organische Gesetzgebung thun, die eine Börsenorganisation ins Auge faßt, eine Revision des Aktiengesetzes von 1884 und ein Bankdepotgesetz. Es fehlt an einer gemeinsamen gleichmäßigen Börsenorganisation. Jetzt in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges wäre es Zeit, für einen wirtschaftlichen Aufschwung einen Schutz des Publikums vorzubereiten. Das Publikum ist überhaupt zu mancher Spekulation verleitet worden und nicht aus eigener Initiative darauf gekommen. Die Provinzialbankiers haben vielfach ihre Ausgabe darin erblickt, das Publikum zur Spekulation zu veranlassen. Die Zurückhaltung des Ullmingschältes würde für die Börse allerdings bedenklich sein, aber nicht für das Publikum. Das allgemeine Publikum sollte man überhaupt möglich von der Börse fernhalten. Die Börse wird das neue Gesetz schon ertragen können. Von der Politik, sogar von der Kolonialpolitik hat niemand größeren Vortheil gehabt, als die Börse. (Zustimmung rechts.) Die deutsche Landwirtschaft hat von dem großen nationalen Aufschwunge Deutschlands nicht den Vortheil gehabt wie die Börse. Im Gegentheil: durch die Entwicklung des Verkehrs haben wir uns mehr und mehr fremde Konkurrenten geschaffen, die wir früher nicht hatten. Die patriotische Auffassung gewinnt in kaufmännischen Kreisen immer mehr an Umfang, wenigstens finden sich überall Ansätze dazu. Das kann man daraus sehen, daß die Börsenmänner geneigt sind, den preussischen Lieutenants ihre Lächer zu geben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit): Ich kann der nationalliberalen Partei nur meinen aufrichtigsten Glückwunsch aussprechen für den hörbaren Ruck von ihren formalistischen Anschauungen des politischen „laissez faire, laissez aller“ zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen. (Zustimmung rechts.) Das wird ihnen neue Lebenskraft zuführen, wenn es nicht bloß ein scharfer Anlauf, sondern eine dauernde Umstimmung gewesen ist. Ich habe außerordentlich viele Berührungspunkte mit dem Vordredner; der antisemitische Zug ist in seinen Ausführungen zum Ausdruck gekommen, wenn auch nicht in derjenigen Klarheit, wie ich es mir wünsche. In sein Lob des Patriotismus der Börse kann ich nicht einstimmen. Die 17 Börsenfirmen haben eine do ut des-Politik getrieben; sie hoffen wieder etwas zu bekommen. (Zustimmung rechts.) Die Frage liegt nahe, ob nicht eine Reform der Börse an Haupt und Gliedern notwendig ist. Der Finanzminister Riquel wird hoffentlich sein großes Talent und seine große Arbeitskraft darauf richten, sobald als möglich ein Börsenorganisations-Gesetz zu schaffen. Jetzt genügt die Börse den Anforderungen nicht, die man vom volkswirtschaftlichen Standpunkt an sie stellen kann, wie die Fälle Böhm, Wolff, Sommerfeld u. s. w. beweisen. Herr Nebel hat abweichend von Singer sich gegen die Börsensteuer deshalb erklärt, weil der Staat nicht aus einem an sich unmoralischen Geschäft Einnahmen ziehen dürfe, und Herr Richter sagte: Eine Steuer macht ein unmoralisches Institut nicht besser. Die Börsenquote soll selber ein schwaches Resultat ergeben haben, aber das deutsche Volk kann wenigstens eine Veröffentlichung aller Verhandlungen verlangen, damit man sieht, wie die Sachverständigen über die Ausschreitungen der Börse denken. Wir möchten wissen, ob die Regierung noch an der Auffassung des früheren Ministers Maybach von dem Giftbaum der Börse festhält oder hier ähnliche Anschauungen noch vorhanden sind, wie bei dem Reichskanzler über den Antisemitismus. Der Reichskanzler hat uns vorgeworfen, unser Antisemitismus richte sich am letzten Ende gegen das Kapital. Gerade diejenige Partei, deren Beifall sich der Reichskanzler durch seine Ausführungen zuzugewandt, beweist das Gegenteil. In sozialdemokratischen Versammlungen wirft man uns vor, wir bekämpfen nur das jüdische Kapital, die Sozialdemokraten das Kapital überhaupt. Das nützliche Kapital arbeitet in der Landwirtschaft und in der

gefunden Industrie produktiv, das schädliche Kapital plündert, ohne wirkliche Arbeit zu leisten, das Publikum aus und ist hauptsächlich an der Börse zu finden, und wenn dieses Kapital sich meistens in den Händen der Juden befindet, so können wir nicht dafür. (Zustimmung rechts.) Der Reichskanzler sagt: Alles Erzeugen der Unzufriedenheit kommt heute der Sozialdemokratie zu gute. Wäre es wirklich wahr, dann gäbe es in Deutschland keinen mächtigeren Förderer der Sozialdemokratie als den Reichskanzler. (Beifall bei den Antisemiten.) Denn so viel Unzufriedenheit wie durch seine letzte Rede gegen den Antisemitismus können alle Antisemiten und Sozialdemokraten in 10 Jahren nicht fertig bringen. Glücklichlicherweise liegt es nicht so schlimm; die Unzufriedenheit kommt nicht der Sozialdemokratie, sondern sehr viel dem Antisemitismus zu gute. (Sehr wahr! bei den Antisemiten.) Vom Parteistandpunkte aus können wir mit dieser Erregung von Unzufriedenheit sehr zufrieden sein. Die antisemitische Bewegung thut schon der Sozialdemokratie Abbruch. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie können mir keinen nennenswerthen Agitator nennen, der von uns zu Ihnen gekommen ist; aber umgekehrt haben sich viele von Ihnen abgewendet, um von der internationalen zur Bethätigung der nationalen Unzufriedenheit überzugehen. (Heiterkeit.) Wenn die Börse von Ausschreitungen gereinigt wird, dann ist sie ein nützliches und notwendiges Organ. Herr Richter meinte, an der Börse wären auch Antisemiten vertreten. Allerdings giebt es an der Börse auch Antisemiten: Das sind die christlichen Angestellten semitischer Firmen, Telegraphen- und Postboten. Aber Geschäft machen sie dort nicht. (Heiterkeit.) Herr Richter meinte, daß man wieder Räubergeschichten von der Börse erzählen würde. Ja was kann man denn sonst für Geschichten von der Börse erzählen? (Heiterkeit.) Raub und Plünderung ist ja doch die Hauptthätigkeit der Börse auf ihren großen Fischen gegen das Nationalvermögen. (Heiterkeit.) Ueber den mühelosen Erwerb an der Börse kann Herr Meyer in den Prozeßhandlungen gegen Böhm nachlesen. Wie hat da der ehrliche Ehrlich . . . nomen et omen! . . . verdient. (Zustimmung rechts.) Herr Singer wollte einmal trivial sein und daß ist ihm ausgezeichnet gelungen. (Zustimmung rechts.) Der Prozeß Böhm hat gezeigt, wie die Jodder leben; da mag Herr Singer seine Verbesserungsvorschläge machen. (Zuruf Singer: Ehrenscheine!) Herr Singer macht sich wieder zum Träger von Insinuationen, die ich parlamentarisch nicht bezeichnen kann und die ich mehrmals schon als bewusste Unwahrheit bezeichnet habe. Er macht sich dadurch zum Genossen von Wucherern. (Abg. Singer: Unverschämte Frechheit! Große Unruhe; der Abg. Schmidt-Ebersfeld begiebt sich zum Vizepräsidenten v. Vuol, um mit diesem zu sprechen; Abg. v. Liebermann bemerkt dies und fährt zum Abg. Schmidt-Ebersfeld fort:) Lassen Sie doch den Präsidenten entscheiden, ob ich zur Sache spreche und mischen Sie sich nicht in meine Angelegenheiten. (Abg. Schmidt-Ebersfeld: Unverschämtheit!) Herr Schmidt hat als Mitglied des Hauses nicht die Aufgabe, den Präsidenten darauf aufmerksam zu machen, daß ich nicht zur Sache spreche. (Abg. Richter: Natürlich! wenn der Präsident nicht aufpasst!) Der Präsident wird Ihnen schon antworten.

Vizepräsident v. Vuol: Ich habe wohl gehört, daß der Redner einem der Herren auf dieser Seite bewusste Unwahrheit vorgeworfen hat. Ich muß diesen Ausdruck ernstlich rügen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (fortfahrend): Wenn der Abg. Singer von einem nobilis officium spricht, dann verweise ich ihn an die Mantelkassabritanten, da hat er genug zu thun. (Unruhe links; Inse: Auf! Auf!) Die Sozialdemokraten und der Freisinn haben ein besonderes Wohlwollen gegen die Börse. Natürlich: Wer erst Kostgänger wird, mit dessen Selbständigkeit ist es bald vorbei. Herr Richter hat sich die Eingabe der Frankfurter Börsenfirmen in einer Weise zu eigen gemacht, als wenn er selber der Verfasser wäre. Ist das Differenzgeschäft wirklich nicht so furchtbar verbreitet, warum wehrt man sich denn so sehr gegen diese Steuer? Beim Termingeschäft tritt das effektive Geschäft vollständig in den Hintergrund gegen das Spielgeschäft. Darin zeigen sich die Ausschreitungen der Börse besonders. Alle solche Uebelstände müssen durch eine Reform der Reichsbank beseitigt werden, und diese wird hoffentlich noch früher kommen, als die Privilegierung derselben abläuft. Man sagt: „Zwischen dem realen Termingeschäft und dem reinen Differenzgeschäft sei kein Unterschied zu machen“; der Anschauung hat auch Graf Kanitz Ausdruck gegeben; ich würde es bedauern, wenn er seine Arbeitskraft nicht mehr der Börsenreform zur Verfügung stellen sollte. Die Emissionssteuer soll ohne Organisation der Börse nicht möglich sein. Dann müßte man gerade dieser Emissionssteuer wegen die Organisation herbeiführen, damit es nicht möglich ist, solche fragwürdigen Papiere wie die Serben, Argentinier, Mexikaner, Portugiesen, Spanier, Griechen unter das Publikum zu bringen. Es giebt ein ungeheures Kapital, welches immer da aufstaut, wo vorübergehend ein schneller Verdienst zu machen ist. Da wird das Kurstreiben begünstigt, welches nicht im Interesse des Publikums liegt. Ein wirtschaftlicher Vortheil kann es nicht sein, daß man mehr Baaren handelt, als vorhanden sind, daß man doch nicht gemachenes Getreide handelt, daß man Zucker handelt, dessen Rüben noch auf den Feldern stehen. Der Getreidebau lohnt allerdings, aber nicht den Landwirthen, sondern den Börsenspekulanten, sonst hätte man längst Aktiengesellschaften für Getreidebau. Redner verweist auf zwei Broschüren über das künstliche Kurstreiben, wofür ein Geheimbund an der Börse bestehen soll; die Regierung werde hoffentlich diese Dinge aufklären. Wenn die Behauptung wahr wäre, dann ist das Börsenspiel viel verwerflicher als das Spiel des ollen ehrlichen Seemann mit seinem Roulette mit der doppelten Regel, der diesen Leuten gegenüber eigentlich mit der Tugendprobe ausgestattet werden müßte. Ich hätte gewünscht, daß die Regierung einzelne Vorlagen über die verschiedenen Stempel gemacht hätte; denn mit der Quittungssteuer, wie sie jetzt ist, wird mancher die Börsensteuer nicht annehmen. Die Börsensteuer kann möglichst hoch sein, denn die Börse ist es, welche die Sozialdemokratie hoch zieht, und durch die Beseitigung ihrer Ausschreitungen werden Sie der Welt einen großen Dienst erweisen. (Beifall rechts.)

Vizepräsident v. Vuol: Nach dem stenographischen Bericht hat Herr v. Liebermann zu dem bereits gerügten Ausdruck gegenüber dem Abg. Singer noch hinzugefügt: „Sie machen sich zu Genossen von Wucherern.“ Ich muß diese Aeußerung ebenfalls noch nachträglich tabeln und rufe deshalb den Abg. Liebermann v. Sonnenberg zur Ordnung. Ich muß ferner den Zwischenruf des Abg. Singer rügen, weil er dem Abg. v. Liebermann Unverschämtheit vorgeworfen hat. Ich habe diesen Zwischenruf vorher nicht gerügt, weil ich die vorhergegangenen Aeußerungen auch nicht gerügt habe, weil ich nicht genau wußte, daß sie sich auf ein Mitglied des Hauses bezogen.

Abg. Singer: Mein Zwischenruf ist nur erfolgt, weil der Herr Präsident den Ausdruck des Redners nicht gerügt hat.

Abg. v. Komierowski (Pole) schließt sich namens der Polen den Ausführungen des Zentrumsredners an; namentlich die eigentliche Börsensteuer sei dringend notwendig.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich bin selbst noch nicht im Besitz des Berichts der Börsenquote-Kommission, obgleich die Protokolle schon lange vorliegen. Sobald das der Fall sein wird, wird der Bericht nicht bloß sondern

das ganze Material überhaupt veröffentlicht werden. Ob sich ein großer Leserkreis dafür finden wird, lasse ich dahingestellt.

Abg. v. Blöy (dt.): Mit gemischten Gefühlen hat die Landwirtschaft den Steuerentwurf entgegen gesehen; mit Freude hat sie das Stempelgesetz aufgenommen, das hauptsächlich in der Kommission noch verschärft wird. Eine scharfe Börsensteuer in Verbindung mit einer Börsenreform ist eine Forderung des Bundes der Landwirthe. Wir fordern: eine Börsenreform, Wandel in der Währungsfrage und Wiederherstellung des Silberpreises, Aufrechterhaltung des 5 M. - Zolls für Getreide. Sind uns diese Forderungen erfüllt, so erkennen wir das dankend an und werden erst nach und nach mit anderen Forderungen kommen. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat uns vorgeworfen, daß wir keine schöpferischen Ideen gehabt hätten. Wir sind ja erst neun Monate alt. (Präsident v. Levetzow bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Es handelt sich darum, die Landwirtschaft wieder steuerfähig zu machen. (Präsident v. Levetzow bittet den Redner nochmals, bei der Sache zu bleiben.) Der Stempel für Anlaufgeschäfte, Giro- und Ueberweisungen ist entschieden zu niedrig. Im Gegensatz zum Grafen Kanitz halte ich eine Emissionssteuer für notwendig, schon zur Fernhaltung der erottischen Worte. Bei Einführung dieser Steuer könnten wir vielleicht den Quittungs- und Frachtkosten entbehren.

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Der Vordredner hat einen Emissionsstempel verlangt. Diese Frage ist unter Zugiehung von Sachverständigen eingehend erwogen worden, aber wir sind auf große feuerrechtliche Bedenken gestoßen. Der Effektenstempel für inländische Werthe hat schon den Charakter eines Emissionsstempels. Ein besonderer Emissionsstempel würde eine Doppelbesteuerung enthalten. Für fremde Papiere giebt es drei Möglichkeiten: Entweder die gesammte Emission zu besteuern, was leicht von anderen Staaten zu Repressionen führen könnte, oder das im Inlande emittirte Quantum zu besteuern. Diese Quoten könnten wir aber nur erfahren durch Recherchen bei den emittirenden Bankiers, und es würde bedenklich sein, dieselben durch gesetzliche Bestimmungen zur Auskunft darüber zu zwingen. Die dritte Möglichkeit wäre das französische Verfahren, wonach der Finanzminister ganz subjektiv entscheidet, welche Quote bei fremden Emissionen als in Frankreich emittirt anzunehmen ist. Bei unseren Institutionen aber würde der Reichstag wohl nicht dem Reichskanzler oder der Reichs-Finanzverwaltung eine solche Vollmacht erteilen. Der Betrag der fremden Papiere, der in Deutschland emittirt ist, ist nicht so groß, wie man annimmt. Nach amtlicher Auskunft des Reichsbank-Direktoriums sind in den letzten sechs bis sieben Jahren durchschnittlich nur 405 Millionen jährlich in Deutschland emittirt. Wenn der Reichstag dazu kommen sollte, an stelle des Frachtkampels für Geds und Giro-Anweisungen auf große Beträge einen Wortstempel zu setzen, so würde die Reichsregierung sich dagegen nicht ablehnend verhalten, sobald solche Vorschläge feuerrechtlich möglich sind.

Abg. Osann (natl.): Herr Hahn hat nicht in allen Punkten namens unserer Partei gesprochen. Wir betrachten die antisemitische Agitation als eine Verirrung. Der Grundgedanke der Börsensteuer ist uns durchaus akzeptabel, ich bestreite aber dem bayerischen Finanzminister, daß nur durch diese Steuervorlagen der notwendige Bedarf gedeckt werden kann. Eine Anzahl meiner Freunde hat sich nicht überzeugen lassen, daß eine Emissions-Einkommensteuer unausführbar ist. Die Verschiedenartigkeit der Gesetzgebung in den einzelnen Staaten kann uns nicht juristisch binden, es muß ein einheitliches Gesetz für das Reich geschaffen werden, auf grund dessen nachher die Einkommensteuer ganz gleich erhoben wird. Wenn wir jetzt auch nicht mit diesem Gedanken durchdringen, er wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. In 5 oder 10 Jahren sind wir gezwungen zu diesem Gesetz. (Zustimmung.) Die Einkommensteuer-Gesetzgebung in Bayern ist noch so wenig entwickelt, daß gerade dort ein reiches Feld für diese Steuer vorhanden ist. Einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten, von dem der preussische Finanzminister gesprochen, kann ich nun vollends in einem Reichseinkommensteuer-Gesetz nicht erblicken. Die Zölle und Verbrauchssteuern des Reichs werden ja auch von den Beamten und Behörden der Einzelstaaten für das Reich erhoben, warum sollte es nicht auch mit der Einkommensteuer der Fall sein. Realsteuern den Kommunen, direkte Steuern den Staaten und indirekte Steuern dem Reich sind doch kein unsehbarer Satz. Als Kontrolle der Reichseinkommensteuer müßte eine Reichs-Erbchaftssteuer erhoben werden. Warum ist man dem Gedanken, den der Reichskanzler mehrfach als in Ausarbeitung begriffen bezeichnet hat, nämlich Luxussteuern anzuführen, nicht näher getreten? In England sind solche Luxussteuern vorhanden. Warum nimmt man aus England bloß das, was die Massen drückt, und nicht das, was bloß einzelne drückt? Nicht bloß Equipagen und Reitpferde brauchen besteuert zu werden. Die Lantienen der Verwaltungsräthe und Direktoren der Aktiengesellschaften, das ist ein ganz gewaltiger Luxus. Die Steuerfrage ist ein Gegenstand der Unterhaltung zwischen Wählern und Abgeordneten geworden. Die Militärvorlage ist angenommen worden wegen des Uebergangs zur zweijährigen Dienstzeit, und weil die Kosten bespart werden sollten aus Einnahmen, welche die Leistungsfähigen ausbringen sollen. Wenn der Reichskanzler seinen damaligen Standpunkt in sonderbar verschobenen Worten dahin geändert hat, daß er jetzt behauptet, er habe das nicht gesagt, sondern nur versprochen, danach zu trachten, so meine ich, er hätte seine Finanzminister vor seiner Erklärung fragen sollen. Aber seiner seiner Kommissare hat damals eine Aenderung gemacht, daß man mit solchen Steuervorlagen kommen würde. Wenn das Volk Männer gewählt hat, welche die Militärvorlage angenommen haben, dann darf es auch die Einführung des ausgefallenen Wechsels verlangen. Allein, was hier geboten wird, ist nur entwerthete Währung. Es wird weiter nichts übrig bleiben, als z. B. die Börsensteuer zu verschärfen, zunächst bezüglich der Emissionen. Die Schwierigkeiten werden überwunden werden; gerade auf diesem Gebiete muß den maßlosen Ausschreitungen entgegengetreten werden, durch welche unser Volk Millionen verloren hat. Die inländischen Emissionen können leicht besteuert werden und wer mit solchen ausländischen Papieren in Deutschland Geschäfte machen will, der läßt sich durch den Emissionsstempel nicht abschrecken. Die Schwierigkeit der Besteuerung der Zeitgeschäfte ist nicht zu verkennen. Aber greifen wir doch einmal hinein, dann wird man ja sehen, was herauskommt. Es wird zuerst mancher Unschuldige mitgetroffen werden. Aber dieser Unlug, der nicht bloß an den Börsen spielt, der durch ganz Deutschland geht, die Jagd nach dem Glück, muß verhindert werden; denn diejenigen, welche bei dieser Jagd verunglücken, fallen der Sozialdemokratie zu. Man könnte sogar soweit gehen, die Spieler und Spekulanten mit Strafe zu belegen. Die Lotterieloose sollten, wenn man nicht eine Reichs-Lotterie einführen will, stärker belastet werden, nicht mit 8, sondern mit 10 pSt. Gegen die Quittungs- und Frachtkampessteuer sind ein Theil meiner Freunde, weil sie eine Belastung der Massen sind. Nur im Nothfalle könnte man zu diesen Steuern greifen, und für diesen Nothfall müssen wir solche Steuern reserviren. Wir wissen nicht, was uns die Geschichte bringt. Ich bitte also, die Gedanken der Reichs-Einkommen- und Reichs-Erbchaftssteuer nicht von der Tagesordnung verschwinden zu lassen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentl. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Dezbr. Nachmittags 5 Uhr.

Die Herren Färstenau, Hirsfeld und Kamlau haben die Wahl resp. Wiederwahl zu Stadträthen angenommen.

Die Inhaber der Baufirma Kayser und von Großheim haben zu der Vorlage, betreffend die Verbreiterung der Rosenstraße, an die Versammlung ein Schreiben gerichtet, wonach sie bitten, es bei einer Verbreiterung der Rosenstraße auf 20 Meter (statt der vom Ausschusse beschlossenen 22) bewenden zu lassen.

Zur Verbindung der Perleberger- resp. Stromstraße in Moabit mit der Wilhelmshavenerstraße hatte der Magistrat die Anlegung einer Verbindungsstraße auf dem Grundstück Stromstr. 51 - Wilhelmshavenerstraße 11 vorgeschlagen. Der für die Vorlage niedergesetzte Ausschuss hat nach vorangegangener Besichtigung an Ort und Stelle beschlossen, den Magistratsantrag, der auf eine Verlängerung der Perlebergerstraße hinausläuft, abzulehnen und der Versammlung die Anlegung der Verbindungsstraße im Zuge der Bughagenstraße und Waldenserstraße direkt zur Marktstraße zu empfehlen. Zu diesem Zwecke wäre das Grundstück Stromstraße 51, auf dem sich zur Zeit ein Pferdebahn-Depot befindet, anzukaufen. Dasselbe ist 2158 Quadratmeter groß und für 260 000 M. angeboten; die Quadratmeter käme auf ca. 1700 M. zu stehen, während für Stromstr. 51 ca. 1900 pro Rente, im Ganzen 292 000 M. gezahlt werden sollen. Es wurde ferner erwogen, daß früher oder später auch die nördlich gelegene Wielestraße eine Verlängerung bis zur Stromstraße unbedingt nötig habe, und daß diese beiden Projekte entschieden der Vorzug vor der Magistratsvorlage verdienen. Der Ausschuss hat seinen Beschluß einstimmig gefaßt und den Stadtr. Vogelbein zum Berichterstatter ernannt. Derselbe theilt mit, daß inzwischen die Besitzer des Grundstückes Stromstr. 51 ihre Forderung auf 270 000 und zwölf Stunden nach diesem Angebot sogar auf 255 000 M. ermäßigt haben, daß der Ausschuss aber bei seinem Vorschlage, den er nach wie vor als den zweckmäßigeren betrachtet, stehen bleibt.

Die Ausschussanträge werden ohne Debatte angenommen. Die Bewilligung eines einmaligen Beitrages von 300 M. für die Festschule des Fachvereins der Malex erfolgt ohne Debatte.

Gegen den Neubau einer Turnhalle auf dem Grundstück der Viktoriaschule, Prinzenstraße 51, spricht Stadtr. Wagner und beantragt Ausschussberatung.

Stadtschulrath Färstenau beantwortet den Antrag. Nach kurzer weiterer Debatte geht die Vorlage an einen Ausschuss.

Von neuem sucht der Magistrat bei der Versammlung die grundsätzliche Zustimmung zur Verbreiterung der Königsstraße auf der Südseite unter Beseitigung der dem Markt vorgebauten Häuser Schloßplatz 7-16 nach. In der Vorlage wird weißlich dargelegt, weshalb eine Verbreiterung auf der Nordseite, wie sie die Versammlung in ihrem Beschlusse vom 5. Oktober empfohlen, dem Magistrat unthunlich erscheint. Insbesondere werden folgende Gründe angeführt:

1. Die wegen des Haupt-Postamtes kaum mögliche Verbreiterung der Königsstraße auf der Nordseite, zwischen Heiligegeiststraße und Spandauerstraße; 2. die größere Rücksichtigkeit dieser Verbreiterung; auf der Nordseite müßten etwa 701 Quadratmeter, auf der Südseite nur etwa 593 Quadratmeter erworben werden; 3. in ästhetischer Beziehung die unschöne Vergrößerung der vorliegenden Ecke auf der Ostseite der Spandauerstraße, Nordseite der Königsstraße von etwa 2 Meter auf 3,5 Meter; 4. die ungewollte Einführung der Pferdebahn aus dem Theile der Königsstraße östlich der Spandauerstraße in denjenigen Theil der Königsstraße westlich der Spandauerstraße, wie solche in dem der Vorlage beigefügten Plan eingetragen ist. Ebenso würde der Vortheil, welchen die zurücktretende Hausfluchtlinie des Rathhauses auf der Südseite der Königsstraße und auf der Straße zwischen Spandauerstraße und Jüdenstraße in so glücklicher Weise darbietet, bei einer Verbreiterung der Königsstraße auf der Südseite voll ausgenutzt werden, bei der auf der Nordseite aber gänzlich unverwerthet bleiben. Es könnte, meint der Magistrat, vielleicht bei dieser Sachlage die Ansicht hervor treten, daß zwischen der Post und der Spandauerstraße die Verbreiterung auf 17 Meter an der Südseite in Aussicht genommen werden könne. Dann würde aber auch auf der Südseite die Fluchtlinie der Alten Post gegen die Fluchtlinie östlich der Poststraße um etwa 3 Meter vorspringen, und es würde in die Pferdebahngasse eine dem Verkehr äußerst lästige Konturfurde gelegt werden müssen, da alsdann die Kanten der beiden Straßenecken um etwa drei Meter von einander abweichen würden.

Sodann ist Mitteilung gemacht über ein Angebot der sogenannten Alten Post, wodurch es der Stadtgemeinde ermöglicht wird, für 3 440 000 M. in den Besitz des ganzen Grundstücks zu kommen; es würde dadurch möglich sein, vielfach Schwierigkeiten, die bei der früheren Verhandlung der Angelegenheit hervorgehoben wurden, zu vermeiden, sowie gleichzeitig dem vorhandenen großen Bedürfnisse nach Bureauräumen auf längere Jahre abzuhelfen. Endlich sind auch mit der Großen Berliner Pferdebesitzers-Gesellschaft Verhandlungen wegen eines Beitrages zu den Kosten des ganzen Unternehmens angelaufen. Der Magistrat hat seinen früheren Antrag auf grundsätzliche Zustimmung zu dem Projekt B wiederholt und hervorgehoben, daß diese grundsätzliche Entscheidung übrigens dringend sei, weil vor derselben die erforderlichen Brückenbauten nicht begonnen werden können, um die Schiffahrt durch die Mühlendamm-Schleufe zu ermöglichen. Schließlich sagte er hinzu, daß bei einer zur Aye der der Königsstraße schiefwinkigen Anlage der neuen Kurfürstenbrücke und bei Erhaltung der Häuser am Schloßplatz ein Antrag auf Umgestaltung einer Pferdebahn gänzlich aussichtslos ist. Auf der Kolonnadenanlage will der Magistrat nicht unbedingt bestehen.

In einer Nachtragsvorlage giebt der Magistrat bekannt, daß der Kommerzienrath Israel für das von den Grundstücken Königsstraße 11-14 und Spandauerstr. 26 abzutretende Terrain von etwa 164 qm 2000 M. für den qm fordert, dagegen aber zu dem Unternehmen einen Beitrag von 100 000 M. leisten will. Die Forderung der Großen Berliner Pferdebesitzersgesellschaft hat erklärt, daß sie neben der für die Ueberführung der Pferdebahn über die Linden in Aussicht gestellten Million noch einen besonderen Beitrag für die Verbindung Spandauer- und Breite Straße in Aussicht zu stellen nicht in der Lage sei.

Stadtr. Meyer beantragt Ausschussberatung.

Stadtr. Singer: Bei Durchsicht der Vorlage habe ich bedauert, daß unsere Geschäftsordnung und verhindert, einen Antrag zu stellen, den ich sehr gern gestellt hätte, über die Vorlage zur Tagesordnung überzugehen. (Oho!) Nachdem die Versammlung vor einigen Wochen mit Majorität beschlossen hatte, die grundsätzliche Zustimmung zu dem Projekt vor vollständiger Klärung der finanziellen Seite der Sache nicht zu geben, ist es wunderbar, daß dieselbe Vorlage uns wieder präsentiert wird. Neue Gründe für die Nothwendigkeit der Zustimmung habe ich vergeblich gesucht. Nur ein Unterschied liegt vor: In dieser Vorlage fehlt der Hinweis, daß die Vorlage einstimmig vom Magistrat beschlossen worden ist. In der Zwischenzeit ist ja das Mögliche geschehen, um die Vorlage schmachvoller und mündgerechter zu machen in der Presse und sonst. Die Nachtragsvorlage deutete uns an, daß Liebesgaben für die Verbreiterung angeboten sind und angenommen werden sollen. Kurz, man hat die Sache nach allen Richtungen hin zu positiven verfaßt. In der Presse hat man das Projekt der Pferdebahn über

die Linden mit der Verbreiterung der Königsstraße und des Schloßplatzes verquilt, so daß jetzt ein ganzes Konglomerat von Forderungen und Wünschen vorliegt, die alle sich auf die Verwirklichung dieses Projektes stützen. Die Vorlage führt ästhetische Rücksichten für die Verbreiterung auf der Südseite an. In der vorigen Beratung aber hat die Versammlung doch sehr deutlich erklärt, daß sie Schönheitsrücksichten für so bedeutende Ausgaben als ausreichend nicht ansieht und dieselben nicht in den Vordergrund gestellt wissen will. Der Magistrat deutet nur an, daß die „alte Post“ als Verwaltungsgebäude für die Stadt eingerichtet werden könnte. Auch aus diesem Grunde kann doch nicht hergeleitet werden, daß nun die Königsstraße auf dieser Seite verbreitert werden muß. Ich finde auch den Preis für die „alte Post“ keineswegs billig. Hält der Magistrat den Kauf für zweckmäßig, so kann das Haus ja doch angelauft und zu Bureauzwecken eingerichtet worden; dazu ist doch der berühmte Kolonnadengang nicht nötig. Die Furcht, daß die neue Vorlage ebenso wie die frühere doch im wesentlichen zur Folge haben wird, daß das Projekt der Verbreiterung des Schloßplatzes und die Anlage der Schloßterrasse zur Ausführung gelangt, wegen der Versammlung wiederholt Stellung genommen hat, besteht noch heute fort. Kommen die Pläne des Magistrats zur Annahme, fallen die Häuser des Schloßplatzes der Verschönerungsflucht zum Opfer, dann leben alle die Bedenken, welche uns gegen das Schloßplatz-Projekt eingebracht haben, wieder auf. Ich bewundere den Muth des Magistrats, in einer Zeit schweren Notstandes, bei hereinbrechendem Winter, in einer Zeit, wo die nächste Zukunft der Stadt sehr schwere finanzielle Aufgaben stellt, uns immer wieder mit solchen Projekten zu kommen. Auf die Hoffnung, daß die Kommunalsteuerreform neue Einnahmen erschließen wird, kann man sich doch nicht verlassen. Die Bürgererschaft verlangt doch für die Einführung der neuen Kommunalsteuer die Aufhebung oder den Entschlaf anderer, wie der Miethsteuer. Dieser Gesichtspunkt tritt doch den übrigen noch hinzu. Trotzdem verlangt der Magistrat wiederum von uns die grundsätzliche Zustimmung und behält sich alles Uebrige vor. Wie in einer geordneten Finanzverwaltung solche Vorschläge gemacht werden können, ist mir nicht verständlich. Das Allererste ist doch, daß man sich über die finanzielle Wirkung neuer Projekte vergewissert. Kommerzienrath Israel will 100 000 M. zuschießen und fordert 2000 M. für den Quadratmeter. Ausgaben, welche die Stadt als nothwendig erkannt hat, sollen doch überhaupt nicht von Geschehen von Privatleuten abhängig gemacht werden. (Zwischenrufe.) Ernsthafte Vortheile gewinnt die Stadt in diesem Falle aber nicht, weil die Forderung von 2000 M. doppelt so hoch ist als der Preis des Grundes und Bodens, wie ihn der Magistrat uns f. J. mitgeteilt hat. Wir wollen uns nichts schenken lassen, aber auch nicht über den Kopf bezahlen (Unruhe), und das würde geschehen, wenn wir dieses sogenannte Geschenk annehmen. Es ist der Stellung der Stadt nicht entsprechend, sich auf solche Anerbietungen freiwilliger Spenden einzulassen. Das die Pferdebahn keinen Beitrag giebt, freut mich, weil dies das Zustandekommen des Projektes erschwert und weil es meine Stellung zu dem Privatbetriebe der Pferdebahn aufs Gründlichste rechtfertigt. Die Pferdebahn zieht Millionen aus dem Berliner Publikum, will aber jetzt nichts geben, weil die Koncession bald abläuft. Die Stadt nehme die Betriebe in eigene Regie, dann braucht sie sich nicht in die Lage von Bittenden bei Privatgesellschaften zu bringen und braucht sich auch nicht abweisen zu lassen. Ich bedauere, daß Ausschussberatung beantragt ist, direkte Ablehnung wäre das Richtige. Was soll denn aus der Ausschussberatung herauskommen? Wollen Sie die Vorlage jetzt annehmen, dann gratulire ich Ihnen dazu, daß Sie in wenigen Wochen anderer Meinung geworden sind; dann würde die Vermuthung zur Wahrheit werden, daß eine Reihe von Kollegen nach den Stadtverordnetenwahlen ja sagen würde, während sie vor denselben nein sagten. (Große Unruhe.) Auch der Hinweis auf die Pferdebahnverbindung und die Spreeregulirung verlangt nicht, denn es hat sich in der Lage dieser Fragen nicht das Gerüchte geändert. Der geschlossene Vertrag über die Ausführung der Spreeregulirung muß ausgeführt werden; wir können uns nicht nach den Wünschen richten, welche alle 2 Jahre im Plutonium sich ändern und heute diesen, morgen jenen ästhetischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen. Wer nicht die Absicht hat, der Vorlage näher zu treten, kann eine Ausschussberatung nicht für nothwendig halten; wer sie annehmen will, handelt nicht so, wie es das Interesse der Bürgererschaft verlangt. Geben wir die prinzipielle Zustimmung, dann sind wir nachher zu Ausgaben gezwungen, die wir vorher nicht übersehen haben. Ich kann daher nur wünschen, daß die Vorlage im Ausschuss und in der Versammlung fällt. Wir stehen mit der Vorlage an einem Wendepunkte. Wollen Sie die Entscheidung in städtischen Angelegenheiten in den Händen der Versammlung belassen, dann müssen Sie die Vorlage ablehnen (Oho!). In weiten Kreisen der Bürgererschaft (Lärm) — lesen Sie doch die Blätter Ihrer Richtung, da werden Sie das bestätigt finden — macht sich ein großer Mißmuth darüber geltend (Unruhe), daß zu dieser Vorlage der Magistrat eine Stellung eingenommen hat, die man sonst von Behörden, die neben einander zu arbeiten berufen sind, nicht gewohnt ist. Der Versammlung bleibt nichts übrig, als ihre Ablehnung zu wiederholen, damit der Magistrat endlich erkennt, daß die Versammlung nicht gewillt ist, nach vier Wochen ihr Nein in ein Ja zu verwandeln.

Stadtbaurath Sobrecht: Die Versammlung hat nicht bloß die Vorlage des Magistrats abgelehnt, sondern ihn auch ausgedeutet, eine Vorlage über die Verbreiterung der Königsstraße auf der Nordseite zu machen. Diese Frage behandelt die neue Vorlage in der Hauptsache. Wir halten die Verbreiterung auf der Nordseite für verfehlt und waren verpflichtet, unsere Ansicht darüber wiederum auszusprechen. Wir haben aber mit der Vorlage ferner ausgesprochen, daß wir alles gethan haben, was möglich ist, um den Bau der Kurfürstenbrücke nicht zu präjudicieren. Ist die Brücke erst gebaut, dann liegt die Sache für alle Zeit fest, und es wird nicht mehr möglich sein, die Königsstraße zweckmäßig zu verbreitern. (Sehr richtig!) Wenn heute erreichbar ist, so werde ich auch mehr verlangen; heute bin ich in der Lage, mich mit 17 m Breite der Königsstraße zu begnügen. (Zwischenrufe: Königsstraße 17, Rosenstraße 22 m!) (Große Heiterkeit.) Die finanzielle Bedeutung der Vorlage haben wir, so weit es ging, zu ermitteln gesucht; jedenfalls wird die Anlage nicht das kosten, was gefordert worden ist. Der Preis für die Enteignung wird unter diesen Forderungen bleiben. Ein Geschenk nehmen wir nicht an. Wir haben Ihnen Mittheilung gemacht von dem Schreiben des Herrn Israel. Wer hindert uns, diese Offerte abzulehnen und auch diese Grundstücke zu expropriieren? Unsere Berechnungen stellen sich immer mehr als richtig heraus; die ganze Anlage in Verbindung mit der Beseitigung der Häuser auf dem Schloßplatz wird 24 bis 3 Millionen kosten (Bewegung und Unruhe). Jeder jeden Anlauf, über jede Expropriation hat ja die Versammlung volle Freiheit des Entschlusses; wir wollen nur endlich festen Boden für die Ausführung des Brückenbaues gewinnen. Der Brückenbau braucht 2 Jahre und diese 2 Jahre haben wir Zeit zu jedem Schritt, der als Konsequenz des Baues sich ergeben würde. Von einer Nothwendigkeit, in diesem Winter bedeutende Summen aufzuwenden, ist gar nicht die Rede, das kann verschoben werden, aber die Brücke müssen wir bauen. Die Finanzen der Stadt sind nicht ungenügend, wir haben die Mittel, und Rücksichten auf die Finanzlage können uns von einem solchen Schritt nicht zurückhalten, wenn er nothwendig ist. Auf der anderen Seite wird man uns dann auch seitens der Staatsbehörden das Entgegenkommen erweisen, dessen die Stadt dringend bedarf. Wenn Herr Singer auf Prägnanzen hinweist, auf Schloßterrasse und dergleichen,

Präsident v. Lebehofen trägt es nachträglich, daß der Vordrucker von den sonderbaren, verschobenen Worten des Reichskanzlers gesprochen habe.

Herr Liebermann von Sonnenberg hat seine Inventionen gegen unsere Ansehungen gerade deshalb gerichtet, weil diese von unserem Fraktionsgenossen Singer zum Ausdruck gebracht wurden. Unsere Auffassung über die Ausbreitung richtet sich nicht nach dem Religionsbekenntnis oder der Klassenabstammung. So lange die kapitalistische Gesellschaft besteht, wird auch die Ausbreitung bestehen durch Juden und Christen. Diese Angriffe gegen die Juden waren daher garnicht am Platze. Der vorliegende Gesetzentwurf öffnet der Ungerechtigkeit Thür und Thor. Die Belastung des kleinen Geschäftsbetriebes durch die Quittungs- und Frachtsteuer ist ungerecht. Nach meinen eigenen Erfahrungen als kleiner Geschäftsmann werde ich mindestens 50 M. jährlich für Quittungs- und Frachtstempel zu bezahlen haben. Wie kann der durch die Einkommensteuer schon vollständig herangezogene kleine Geschäftsmann noch diese 50 M. extra bezahlen? Fragen Sie sich, ob ein Beamter etwas Nehrliches zu leisten hat. Für den kleinen Geschäftsmann ist es nicht gleichgültig, ob er 50 M. mehr in seinen Ausgaben einstellen hat. Als kleiner Geschäftsmann muß ich für 8 oder 10 einzelne Sendungen 8 oder 10 Mal den Frachtstempel bezahlen, während der große Fabrikant vielleicht für 12 Kost auf einmal den Frachtstempel nur einmal bezahlt. Die Kontrolle ist beim Frachtstempel ja leicht, weil die Beförderung von Gütern durch die Eisenbahnen, also hauptsächlich durch Staatsbahnen, erfolgt, aber beim Quittungsstempel werden sich der Kontrolle große Schwierigkeiten entgegenstellen. Man kann da nicht annehmen, daß jeder seine Pflicht und Schuldigkeit von selbst thun wird. Beim Wechselstempel wird ja jetzt schon zwecks Vereinfachung in großem Stil Defraudation getrieben. Die Sucht nach Ertragung von Reichthümern hält selbst gute Patrioten, auch gute Christen, nicht davon ab, auch in solcher Weise Vortheile zu ziehen. Eine Firma im Kreise Ummerschlag hat großartige Defraudationen getrieben. Bei der Untersuchung ist allerdings nichts herausgekommen, aber es liegen thatsächliche Beweise vor, die ich hier deponire, aus denen hervorgeht, daß ein System darin liegt. Ich hoffe, daß man den Schuldigen doch noch fassen wird. Die Listen der Militärvorlage müssen auf die Schultern gelegt werden, die sie tragen können. Gerade wegen des föderalistischen Charakters des Reiches dürfen sich die Einzelstaaten ihrer Beitragspflicht nicht entziehen. Eine Reich-Einkommensteuer würde wenigstens das eine Gute haben, daß man nicht mehr so leicht neue Ausgaben bewilligt, sondern sie genauer prüft, weil dann der Geldbeutel der Besitzenden in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Ich fordere die Edelsten der Nation auf, ihren Edelstein dadurch zu bewahren, daß sie so operativ sind, zu den Kosten beizutragen. Bei der Reich-Einkommensteuer in progressivem Sinne würden die Besitzenden nur so getroffen werden, wie sie getroffen werden können. Wenn Herr Miquel sein Einkommensteuer-Gesetz in Preußen lobte, so vergaß er dabei, daß die Progression desselben an der Stelle abprang, wo sie erst in Wirklichkeit angelegt werden mußte, daß die Progression wohl nach unten vorhanden ist, aber nach oben fehlt. Da hat sich Herr Miquel vor den Tränen der reichen Leute geneigt, anstatt die Millionen da zu treffen, wo sie vorhanden sind. Das Prinzip der Gerechtigkeit ist längst verlassen worden, und weil es verlassen ist, dokumentirt es sich selbst durch den Volkswillen. Wenn Herr von Liebermann sich freut, daß Agitatoren von uns zu ihm übergegangen sind, so beglückwünsche wir ihm zu diesen Agitatoren herzlichst, wir meinen denselben keine Ehre zu machen.

Befassen Sie sich nur mit der Reich-Einkommensteuer!

Schatzsekretär Graf v. Pofadowsky: Es ist verschiedentlich dem Reichskanzler der Vorschlag gemacht worden, daß er die bei der Beratung der Militärvorlage abgegebenen Versprechungen nicht vollständig gehalten habe. (Mehrer verlieren den Vorlaut der Erklärungen des Reichskanzlers vom 7. Juli gegenüber dem Abg. Bödel und vom 13. Juli gegenüber dem Abg. Nider.) Die Börsensteuer ist ergebiger gemacht worden; die schwächeren Schulden sollten gesenkt werden; dieser Versuch kommt bei der Tabakfabriksteuer zum Ausdruck, indem man an die Stelle der Gewichtsteuer eine Wertsteuer einführen will. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn wer billigere Zigarren raucht, zahlt weniger Steuern. Solche Erklärungen sind doch immer nur mutatis mutandis zu verstehen. Die Landwirtschaft ist von Steuern verschont geblieben; denn die Einkommensteuer trifft nur den Ueberschuß, nicht die Landwirtschaft. (Widerspruch.)

Herr Graf Arnim (R.P.): Meine Freunde geben dem Gedanken der Besteuerung der Börse ihre volle Zustimmung, haben aber den vorliegenden Gesetzentwurf weder richtig, noch der großen Bedeutung des Steuerobjekts entsprechend. Wir verhalten uns ablehnend gegen die Quittungssteuer und den Frachtstempel, an deren Stelle wir in der zweiten Lesung andere Steuern vorschlagen werden. Dem Grafen Pofadowsky erwidere ich, daß der Reichskanzler bei der Debatte über die Militärvorlage und gesagt hat, wir möchten nur Vertrauen zur Regierung haben, unsere Postulate würden berücksichtigt werden. Wir können nicht finden, daß diese Postulate hier zum Ausdruck gekommen sind, sondern fühlen uns in dem Vertrauen, welches wir dem Reichskanzler entgegengebracht haben, vollständig getäuscht. (Weißfall bei den Antisemiten.)

Herr Graf Arnim (R.P.): Die Börsensteuer trifft doch wohl nur die wohlhabenden Leute, aber auch dagegen sprechen die Freisinnigen und Sozialdemokraten sich aus; jede Steuer, die geeignet ist, Frieden und Eintracht zu fördern, wird von den Herren beklamt. Wenn man sieht, wie die Börsen zu Gunsten der geringen Kapital große Umsätze gemacht haben, so wird man begreifen können, weshalb die Börsensteuer so viele Freunde hat. Wir haben die Militärvorlage akzeptirt, wir werden auch die Mittel bewilligen, um die Kosten zu decken; aber ich hoffe, daß die Regierung nun auch dafür sorgen wird, daß die Börsensteuer wirksam wird. Das kann aber nur geschehen, wenn die Faktoren des wirtschaftlichen Lebens auch lebensfähig erhalten werden. In der Börsenquote-Kommission ist unser Minoritätsantrag gegenüber den Regierungsvertretern nicht durchgefallen. Eine Regierung, die so energisch die Interessen der Börse vertreten hat, kann keine Steuer vorlage machen, welche die Börse ruinirt. Ich bitte die Regierung, das ganze Material der Börsenquote wenigstens den Mitgliedern der Kommission zur Verfügung zu stellen; besonders die Verhandlungen innerhalb der Kommission, welche nach der Vermehrung der Sachverständigen stattgefunden haben, sind von Wichtigkeit.

Staatssekretär v. Württemberg: Ich kann mich in Bezug auf die Materialien der Börsenquote nur auf meine früheren Erklärungen beziehen. Denn Graf Arnim meint, daß die in der Börsenquote amwesenden Regierungsvertreter für die Börse eingetreten sind, daß man danach also nicht eine durchgreifende Beschlußfassung seitens der Regierung erwarten könne, so kann ich nur erklären, daß die drei Herren seine Instruktionen erhalten haben über den Standpunkt, welchen sie einnehmen sollten. Sie waren in die Kommission berufen, weil sie durch ihre amtliche Stellung in der Lage waren, Einsicht in die Sachen zu nehmen. Aus der Stellung dieser Vertreter kann also kein Schluß auf die Stellung der verhandelten Regierung gezogen werden, weil dieselben überhaupt noch nicht Stellung zu dieser Frage genommen haben. Wir erwarten den Bericht und dann wird die Sache weiter verfolgt werden.

Darauf schließt die Debatte mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. (Anträge des Centrums betr. Revision der Invalidenversicherung und das Genossenschaftsgesetz.)

So haben wir damit absolut nichts zu thun. Nehmen Sie den Antrag an; es ist unser Wunsch, der Stadt einen dauernden Nutzen zu erwirken. (Seiffal und Fischen.)

Stadt. Meyer I: Wendet sich die Meinung einer großen Versammlung, so wird man ihr daraus keinen Vorwurf machen. Kosten die Verwirklichung nur 3 Millionen, so können doch selbst die bisherigen Gegner dafür stimmen. (Lachen und Widerspruch.)

Ausführungsberechnung ist notwendig, damit wenigstens etwas Greifbares über die Geldfrage ermittelt wird.

Stadt. Bogtherr: Auch Herr Meyer I findet nur den Verkauf der „Alten Post“ als das Nothwendigste, welches die Verweisung an einen Ausschuss rechtfertigen soll. Er selbst hat aber auch an dieser Angabe alles Mögliche auszusehen. Der Stadtbaurath Hobrecht hat sich thatsächlich mit seinen Ausführungen im Jahre 1800 in den schroffsten Widerspruch verlegt. Damals erklärte Herr Hobrecht, daß ihm von dem Abbruch der Häuser am Schloßplatz nichts bekannt sei; damals befürwortete Herr Hobrecht ein Brückenbauprojekt, welches eine Verbreiterung der Königstraße nach Süden geradezu ausschloß. Der Ausschuss sprach damals ebenfalls ausdrücklich davon, daß die Verbreiterung der Königstraße nach der Festlegung der Baufluchtlinie auf der Südseite nur noch auf der Nordseite in Aussicht genommen werden könne. Selbstverständlich hat dann auch die Verbreiterung der Straße ebenfalls nach Norden zu erfolgen. Die Kosten mit 3 Millionen einzuschätzen, ist doch mehr als gewagt. In Wirklichkeit wird die Ausführung des Magistralprojekts das Doppelte kosten. Der Gedanke, die „alte Post“ als Bureaugebäude anzukaufen, ist dem Magistrat offenbar sehr gelegen gekommen. Wenn wir für 3/4 Millionen ein neues Verwaltungsgebäude kaufen wollen, braucht es nicht ein solches verachtet zu sein. Wenn nun bei der Verbreiterung der Straße auf der Nordseite die Ausführung der Pferdebahn für unmöglich erklärt wird, da dieselbe dann zu nahe an das Schloß gelegt werden müßte, so ist dieses Argument ganz besonders schief, weil auf der Westseite des Schloßplatzes die Pferdebahn um volle 6 Meter an das Schloß rückt. Von der Hauptsache, dem Verkauf der Häuser am Schloßplatz, ist heute gar nicht die Rede gewesen. Ich gewinne aus dem Verhalten der Behörden den Eindruck, daß diese samt dem Hausministerium und der Krone an der Verbreiterung der Königstraße absolut kein Interesse haben, sondern lediglich an der Beseitigung der Häuser auf dem Schloßplatz, von der wir wiederum nichts wissen wollen. Daß die Finanzlage Berlins nicht ungünstig ist, hätte ich lieber vom Kammerer gehört. (Unruhe und anbauender Lärm.) Derselbe Kammerer hat erklärt, die ungünstige Finanzlage verleihe die Ermäßigung der Gaspreise; hier, wo es sich um Eruasgaben, um kostspielige Liebesbarrieren handelt, ist das Geld plötzlich in Fülle vorhanden. Immer und immer wieder lehnt es die Stadt aus finanziellen Gründen ab, durchgreifende wirtschaftliche Reformen in die Wege zu leiten (Widerspruch); sie darf sich also auf derartige Ländereien und Spielereien nicht einlassen! (Große Unruhe und Plaus.)

Oberbürgermeister Zelle: Der Kammerer, der heute nicht anwesend ist, hält es als Kammerer für ganz unbedenklich, die hier geforderten Mittel aufzuwenden. Daß die Finanzlage der Stadt je gehindert hätte, nützliche und notwendige Aufwendungen zu machen, ist mir neu. (Stadt. Bogtherr ruft: Schmeißel!) Es handelt sich nicht um Spielereien. Bis zum Liebesdruck haben wir von dieser Stelle ausgeführt, daß es unmöglich ist, die wichtige Pferdebahnverbindung vom Rathhaus nach dem Werderschen Markt zu gewinnen, wenn wir nicht die beabsichtigte Verbreiterung in der vorgeschlagenen Weise vornehmen.

Die Vorlage wird darauf einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen.

Zum Stadtsindulss wird mit 80 von 88 gültigen Stimmen Stadtrath Meubrick gewählt.

Ueber die Vorlage betr. die Verbreiterung der Rosenstraße, sowie eines Theils der Neuen Friedrichstraße und der Klosterstraße berichtet Stv. Kullmann. Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt, jedoch also der Vertrag mit der Firma Koppel u. Co. dahin abgeändert werden soll, daß in zweijähriger Frist das zur Verbreiterung nöthige Straßenland der Stadt gegen 1500 000 M. Entschädigung zur Verfügung gestellt wird. Doch hat der Ausschuss eine Verbreiterung der Klosterstr. statt auf 19 auf 22 Mtr. für notwendig erachtet. Die Firma Koppel u. Co. resp. die hinter ihr stehende große Architektenfirma haben jedoch erklärt, daß eine solche Modifikation das ganze Angebot hinsichtlich machen würde, und bieten schließlich, wie das Eingangs erwähnte Schreiben zeigt, ein Kompromiß dahin an, die Verbreiterung bis auf 20 Meter auszuweiten.

Von verschiedenen Seiten wird ein dementsprechender Antrag eingebracht.

Stadt. Sachs II empfiehlt die Vorlage mit dieser Abänderung, woraus die Ausschussanträge demgemäß angenommen werden.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen schließt die Sitzung um 1/2 Uhr.

Tokales.

Versprechensbruch der Redaktion, Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts“ Am 1. Nr. 1508 bis auf weiteres.

Schwarze Listen gehören bekanntlich zum eisernen Bestand im Arsenal des Unternehmers. Die Art ihrer Anwendung ist ja nicht häßlich; sie sirkulieren geheim und aus sicherem Versteck wird der Arbeiter, der durch Erfüllung seiner proletarischen Pflicht sich beim Unternehmer mißliebig gemacht hat, menschengleich zu Boden gestreckt. Häßlich ist es, wie gesagt, nicht, einen Mann ohne Verhör, ohne ihm Gelegenheit zur Verteidigung gegeben zu haben, mit Weib und Kind dem Hungertode zu überantworten — in städtischer Begleitung steht der Unternehmer, der solches thut, ungefähr auf der gleichen Höhe mit dem Louis und Straßendiebstahl, der Nachts dem harmlosen Passanten auf menschenleerer Straße das Messer ins Gesicht stößt — aber die schwarzen Listen sind so überaus wirkungsvoll und darum kläglich auch die bürgerliche Presse aus vollem Herzen verurteilt, wenn ihre Anwendung sich auf den Arbeiter beschränkt. Aber nun ist es im Menschenleben häßlich eingerichtet, daß der Appetit beim Essen kommt. Große Enttäuschung herrscht zur Zeit in der bürgerlichen Presse, daß Unternehmer, die harmlose Arbeiter zum Hungertode verurtheilen, ihrem Wirkungskreis weitere Ausdehnung geben und auf die bürgerliche Gesellschaft hinübergreifen. Da ist vor kurzem ein Institut zur Wahrnehmung von Interessen der Schneider- und Herren-Konfektionsgeschäfte gegründet worden. Dies Bureau, so heißt es in bürgerlichen Blättern, bezweckt weiter nichts, als dem Arbeiter bei Strafe des Hungertodes unmöglich zu machen, sich gegen schamlose und unmenschenliche Ausnutzung seiner Arbeitskraft zur Wehr zu setzen. Wardon, nicht ganz so heißt es. Das Bureau bezweckt vielmehr, für den Fehler leichtsinnigen Kreditgebers (sic!) andere Büßen zu lassen. Das gekennzeichnete Institut (sic!) nun — nach diesen Blättern — eine Art Proscriptionsliste an, in die alle verdächtigen Arbeiter — nein, alle Schuldner, nicht bloß die leichtfertigen, eingetragen werden. Auf diese Liste die einmal monatlich erscheint, kann gegen Belag von zwanzig Mark jeder Interessent bei dem Institute abonnieren. Die Abonnenten haben das Recht, jeden mißliebigen Arbeiter, nicht bloß die eigentlichen Aufseher — Verzeihung, jeden Schuldner, aus welchen Gründen immer in diese schwarze Liste eintragen zu lassen, ohne daß das Institut in der Lage ist, die Wichtigkeit der Angaben zu prüfen. Nun wäre ja an sich gegen ein derartiges Institut, so meinen die Organe des Bürgertums weiter, nichts einzuwenden (aha!), wenn nicht durch die Unmöglichkeit

einer erschöpfenden und ausreichenden Kontrolle Mißbräuchen und Indiskretionen Thür und Thor geöffnet würden. Ein armer Teufel, der den besten Willen haben mag, sich mit seinem Hundelohndurchzuschlagen — will sagen seinen Schneider zu befreiben, dies aber nicht kann, kommt einfach in die Liste der Proskribierten und leidet Schaden ohne sein Verschulden. Und wer bürgt denn dafür, heißt es mit wohl angebrachter Entrüstung, daß nicht Leute nur aus Ranküne eingetragen werden. Die Listen dringen in die weitesten, zum Theil unberufenen Kreise, der Betroffene erfährt aber naturgemäß nur in den seltensten Fällen etwas davon.

Und so brüllt der bürgerliche Böse weiter. Wort für Wort paßt auch auf die gegen Arbeiter gerichteten schwarzen Listen — nur daß letzteren gegenüber sich die Schuldnerliste der Schneider und Konfektionäre ausnimmt, wie eine Ratte zum Tiger, wie ein rothger Schießpfeil aus der Kumpellammer zum Scharf und auf ungeheure Entfernungen hin treffenden Achtmillimetergewehr. Wie verurtheilen auch die Schneiderliste auf's schärfste; wie harmlos ist aber ihre Anwendung, sei es in bezug auf einen Kauf- und Kaufbold aus den Reihen der Edelsten und Besten, sei es auch in Hinsicht auf einen wirklich Unverschuldeten, wenn man sich die furchtbare Wirkung vergegenwärtigt, die die Ursubstanz des Unternehmertums ausüben. Hier rührt sich kaum ein Finger, dort aber entrollt man sich, weil ihre Wirkung auf bürgerliche Interessen hinübergreift.

Zum Charitee-Vorpost. In der am Dienstag, den 5. d., abgehaltenen Versammlung der Ortskrankenkasse der Böttcher Berlins wurde einstimmig beschloffen, sich dem Vorpost gegen die Charitee anzuschließen und fortan nur Kranke auf ihren ausdrücklichen Wunsch in dies Institut zu senden.

Noch einmal die hungernden Kinder. Aus Anlaß der bereits am Mittwoch erfolgten Eröffnung einer dritten „Kinder-Vollstättung“ in der Münchenerstraße beschäftigt sich die „Voss-Zeitung“ in der Nummer vom Donnerstag früh mit der Frage, ob die Noth unter den ärmeren Kindern in Berlin wirklich so bitter sei, und sie behauptet hierbei, daß die Zahl der mangelhaft ernährten Kinder verhältnismäßig klein sei. Das Blatt meint, glücklicherweise sei es eine Uebertreibung, daß in unseren Gemeinde-Schulen viele Tausende von Kindern hungerten. Es scheint also den Angaben des „Vereins für Kinder-Vollstättung“, auf dessen Anruf wir uns in unseren Ausführungen über die Noth unter den Proletarierkindern beriefen (vergl. unsere Mittwoch's-Nummer), sehr wenig Glauben beizumessen. Wir müssen den Artikel der „Vossischen Zeitung“ als gegen den Verein, nicht gegen uns gerichtet betrachten, da wir unsere Mittheilungen über die gegenwärtig bestehende Noth armer Kinder diebald ausführlich dem erwähnten Anruf entnommen haben und eben nur unsere Schlussfolgerungen daran geknüpft haben. Oder sollte der Angriff des „freisinnigen“ Blattes doch nach einer anderen Seite hin gerichtet sein? Der betreffende Artikel preist nämlich gleichzeitig das Vorgehen des Vereins als verdienstvoll und zweckmäßig. Weiter unten heißt es dann wieder, vielfach sei nicht der Mangel Schuld an der unzureichenden oder unzureichenden Ernährung eines Kindes, sondern die Abwesenheit der Mutter, die außer dem Hause arbeite und oft erst recht spät am Abend heimkomme. Das ist selbstverständlich richtig, aber das ändert doch nichts an der Thatsache, daß auch solche Kinder halb oder ganz hungern müssen. Daß die bürgerliche Presse die Wirkung der vom „Verein für Kinder-Vollstättung“ aufgestellten Behauptungen eben mit Rücksicht auf die Schlussfolgerungen, die sich daran knüpfen lassen, gelegentlich abzuschwächen suchen würde, hätten wir ja erwartet; aber daß das in Verbindung mit einem Bericht über die Mägen dieses Vereins selber geschehen würde, hätten wir nicht für möglich gehalten. Ueber die Eröffnung der dritten Küche berichtet ein anderes Blatt, die „Berliner Zeitung“, daß ganze Scharen von Kindern gekommen seien. Der Berichterstatter will gegen 600 gezählt haben, wobei wir annehmen müssen, daß er nicht die ganze Zeit von 12—2, sondern nur kurze Zeit anwesend gewesen ist. Im übrigen verweisen wir die „Vossische Zeitung“ noch einmal auf den Anruf, den wir ihren eigenen Spalten (Nr. 552 vom 25. November) entnommen haben. Dort kann sie es selber noch einmal nachlesen, daß täglich Tausende von Kindern ungenügend oder gar kein warmes Essen erhalten.“ (Die gesperrt gedruckten Worte sind auch im Original gesperrt gedruckt.) Wir glauben jedoch, daß die „Vossische Zeitung“ trotzdem ihre Haltung nicht ändern wird. Des Pudels Kern ist nämlich der, daß die an den Anruf von jedem denkenden Menschen zu knüpfenden Schlussfolgerungen für die bürgerliche Gesellschaft im allgemeinen und für die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin im besonderen sehr wenig schmeichelhaft sind. Das Blatt möchte aber zum mindesten die städtische Verwaltung von dem Vorwurf rein waschen, daß sie einen Theil ihrer Verpflichtung, die ärmeren Bevölkerung und ihre Kinder vor dem Verhungern zu schützen, der Privatwohlthätigkeit überläßt. Daher das dem Verein, trotz des Aergers über den Schwupper zu großer Offenheit, gespendete Lob und die wiederholte Versicherung, daß seine Thätigkeit zweckmäßig sei und anzureiche. Dabei auch die Bemerkung, daß die in Paris längst bestehenden Veranstaltungen zur Bekämpfung von Schulkindern in Berlin bei den hier „ganz anders gearteten“ Verhältnissen (wie so „anders“) zur Zeit nicht notwendig seien. Dabei kann sich die „Tante Voh“ die Kundmachung der Entdeckung nicht verwehren, daß, je mehr die Frauarbeit die Mutter aus dem Hause führe, um so mehr derartige Hilfsquellen zur Nothwendigkeit werden. Also gegen die Anstaltspeisung, mit der man sonst großen und kleinen Kindern vor dem „Zulassungsstaat“ greulich zu machen sucht, hat sie nichts; es darf nur nicht die Mägen treffen, und, was die Hauptsache ist, der Stadt keine Kosten verursachen.

Das Organ derer, denen es ein Greuel ist, das der gewöhnliche Mann überhaupt nothdürftig Schreiben und Lesen lernt, die fromme „Kreuz-Zeitung“, veröffentlicht zum Amüsement ihrer Leser folgendes „drohliche“ Schreiben eines Kranken an seinen Arzt:

Sie Der Arzt ich Leide seit acht Tagen Reizen in Allen Glieder so daß ich kaum in Bet liegen konnte auch frost durch Alle Glieder was alle zinklich wider ist aber Leider ein Schwarzer Duns das ich bitteres Bait habe zu otmen denn der Kaufwart wil auch nicht Rechtlos kan auch nicht Gut Schlafen Lieber Her Dokter ich bitte handtjoglich für Duns Ein zu Nichten ich glaube es ist der Willenga auch Erteilung. (Unterschrift.)

Die „Kreuz-Zeitung“ giebt bekanntlich vor, für sich und ihre Parteigenossen den Patriotismus ganz besonders in Erbpacht genommen zu haben. Als patriotisches und staatsverhaltendes Organ sollte dies Blatt sich hüten, solche Denkmäler von Deutschlands Ehre der Oeffentlichkeit preis zu geben. Es weiß doch, daß gerade in den Gegenden, wo Junker und Pfaff ein fast unbeschränktes Regiment führen, wo die Herrlichkeit mittelalterlichen Patronatsrechts beinahe noch unangestastet blüht, auch am meisten Kinder aufwachsen, ohne eine andere „Schulbildung“ genossen zu haben, als die in dem Schreiben, welches das Blatt ihren Dienermännern unfehlbar als Praxismodell ausdrückt manifestierte. Hui über Leute, die Justizschreiber sind, wie die, mit denen die „Kreuz-Zeitung“ ihre Leser amüßet!

Dem Polizei-Präsidenten empfehlen wir im Interesse der Sicherheit des Publikums den folgenden Fall zur eingehenden Untersuchung:

Ein uns vorliegendes ärztliches Attest lautet: Der Schlosser Herr Robert Schramm, Ballhofstr. 2, 81 Jahre alt, giebt an, am Montag, den 4. Dezember, um 10 Uhr Abends, auf der Polizeiwache des 81. Polizeiviertel's mißhandelt zu sein. Er will, nachdem er schon mehrere Mißhandlungen daseibst erfahren hatte,

schließlich so gestochen sein, daß er mit dem Gesicht gegen eine offenstehende Thür fiel. Er wünscht eine ärztliche Bescheinigung der dadurch erhaltenen Verletzungen.

Als objektiven Befund zeigte sich eine 1 1/2 Zentimeter lange, etwa 3/4 Zentimeter tiefe Wunde auf der linken Seite der Oberlippe mit glatten Rändern. Eine 2 Zentimeter lange Wunde mit unregelmäßigen Rändern befindet sich außerdem am Kinn. Die Umgebung beider Wunden ist stark geschwollen, das Gesicht ist mit Blut besudelt.

Weitere Verletzungen sind nicht festzustellen. Dem Befunde nach handelt es sich um zwei frisch entstandene Quetschwunden des Gesichts, und es ist demzufolge nicht unwahrscheinlich, daß die bestehenden Verletzungen auf dem von dem p. p. Schramm angegebenen Wege zu Stande gekommen sind.

Weitere Gefahren für die Gesundheit werden durch die vorhandenen Beschädigungen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht herbeigeführt.

Dieses bescheinigt der Wahrheit gemäß
Berlin, den 4. Dezember 1893.

(Unterschrift des Arztes.)

Die zahlreichen neuen Abfuhrunternehmer, welche sich gegenwärtig um die Gunst der Berliner Hauswirthe bewerben, haben zwar die Frage nach der besten Art der Müllabfuhr noch nicht endgültig gelöst; dagegen scheint es, als ob das Berliner Abfuhrwesen durch die neue Konkurrenz in nächster Zeit um einen wichtigen Schritt vorwärts gebracht werden wird. Die alten Unternehmer, die sich in dem Bestande ihrer bisherigen Kundschaft ernstlich bedroht sehen, haben sich entschlossen, einen seit Jahren von den Hauswirthen nicht bloß, sondern auch in weiten Kreisen der übrigen Berliner Bewohner gehegten Wunsch zu erfüllen und die Abfuhr des Hausmülls während der Nachtstunden zu besorgen, so daß die Abholung im Sommer um 6 Uhr, im Winter um 8 Uhr Morgens besorgt sein muß. Die Vorstellungen bei den Behörden, um den Erlaß einer Verordnung, welche die Müllabfuhr auf die Nachtstunden beschränkt, wurde bisher mit dem Hinweis auf die in Aussicht stehenden anderen Einrichtungen zur Abfuhr und Beseitigung des Mülls abgelehnt. Durch die freiwillige Entschließung der Abfuhrunternehmer würden die zahlreichen Klagen hoffentlich gegenstandslos, die seit Jahren über die vielen Nachtheile der am Tage bewirkten Müllabfuhr laut geworden sind.

Ein gutes Werk haben die vereinigten Angler Zegelors vollführt, indem sie aus freiwilligen Gaben, sowie aus dem Ueberschuß eines Vergnügens einen Fonds stifteten, der zur Anschaffung einer Rettungsleiter, die jetzt am See postirt ist, verwendet. Hoffentlich leistet die Leiter bei etwaigen Unglücksfällen auf dem See vortreffliche Dienste.

Verblagsnahme Leiche. Gestern Morgen um 6 1/2 Uhr wurde auf dem Flur des Hauses Nr. 11, Markstraße 4a die Leiche einer Frau aufgefunden, in der die in demselben Hause wohnende ehewerthelasse 50 Jahre alte Auguste Wade festgesetzt worden ist. Spuren äußerer Verletzung waren nicht wahrnehmbar, und man weiß auch nicht, wann die Frau den Hausflur betreten hat. Zur Aufklärung des Sachverhalts ist der Leichnam in behördliche Verwahrung genommen worden.

Ein Unglücksfall, welcher beinahe die Tödtung eines Menschen herbeigeführt hätte, ereignete sich Donnerstag Vormittag zwischen 10 und 11 Uhr in der Ludw. Löwe'schen Gewehrfabrik in Martinikensfelde. Der dortselbst beim Anschuß der argentinischen Gewehre von der argentinischen Kommission als Schießschülze beschäftigte Dreher Hausstein hatte soeben ein zum Anschuß gestelltes Gewehr geladen und gab damit in der Schießhalle daselbst den fünften Schuß ab, als in demselben Augenblick die Hülse des Gewehres zerbrach, das Geschloß nach hinten drang und dem Schießschülzen Hausstein gerade auf dem Kopfe eine ziemlich bedeutende Verwundung beibrachte. Der Verunglückte wurde in das in der Fabrik befindliche Krankenzimmer gebracht, dort von dem Fabrikarzt behandelt und nachher nach seiner Wohnung transportirt. Hoffentlich wird die Untersuchung ergeben, worin die Ursache des Unfalles zu suchen ist.

Wegen Brandstiftung und schweren Betruges verhaftet ist gestern der Kaufmann Albert Winkler. Er hatte drei Geschäfte, und zwar in der Lehrter-, Invaliden- und Heffischenstraße. Am 30. v. M. wurde über sein Vermögen der gerichtliche Konkurs eröffnet. In einer Nacht des September fand in seinem in der Lehrterstraße belegenen Laden ein Brand statt. Dem Handlungsgehilfen K., der sich bis 1 Uhr Nachts in einem in demselben Hause befindlichen Wirthshause aufgehalten hatte, war schon vorher ein Brandgeruch im Hause aufgefallen, und K. sah auch beim Fortgehen, daß es im Laden brannte. Mit mehreren Gästen verschaffte er sich Zugang zur Brandstelle und bemerkte auf dem Fußboden einen zusammengelegten Haufen Papier, das nach Petroleum roch und in hellen Flammen stand. Auch waren einige Regale bereits vom Feuer erfaßt. Es gelang indes dem Gehilfen, des Brandes mittels herbeigeholten Wassers Herr zu werden. Dann wurde ein zweiter Heerd im Keller unterhalb des Ladens, der mit dem Keller durch eine Fallthür in Verbindung steht, entdeckt. Hier machte man die merkwürdige Wahrnehmung, daß auf der Fallthür Winkler's Regensturm lag, obwohl der Gehilfe wußte, daß der Schirm bei Schluß des Geschäfts dort nicht gelegen hatte. Es ergab sich die sichere Annahme, daß W., was er freilich bestritt, noch nach Schluß des Ladens dort gewesen war. Da seine Vermögenslage schon damals ungünstig war, auch Waaren und Einrichtung gefährlich über den Werth versichert waren, so ist es ungewisshaft, daß Winkler das Feuer angelegt hat, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu bringen.

Der Totalisator. Wegen fortgesetzter Unterschlagung der Summe von insgesamt 8000 M. ist der Kaufmann Albert H. festgenommen, der als Reisender in einer Butter-Großhandlung angestellt war und mit einflussreichen Geldern unglücklich spekulirt und am Totalisator gespielt hat. Bei den Edelsten und Besten wird ein derartiger Neinfall vom nothleidenden Spirituspapa wieder gut gemacht.

Scheiterte Pferdebahnwagen will auch die Neue Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft vom 1. Januar nächsten Jahres ab auf der Linie Weihenfer-Mollenmarkt einstellen. Die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft spart immer noch.

Eine strenge Verkehrskontrolle ist seit neuerer Zeit das Kommissariat für das öffentliche Fuhrwesen Berlins. In allen Punkten der Stadt, an denen der Verkehr ein besonderes lebhaftes ist, sind Beamte postirt, die ihre Aufmerksamkeit lediglich dem Verkehr zuzuwenden haben, und die durch fünf Offiziere kontrollirt werden, deren Aufsicht der gesammte Verkehr untersteht. Es soll hierbei namentlich darauf gesehen werden, ob die Pferdebahnen und Omnibusse nicht überladen sind und ob vorhandene und in Dienst gestellte Material zur Bewältigung des jeweiligen Verkehrs ausreicht. Ist dies nicht der Fall, so müssen beispielsweise statt der einpännigen Wagen zweispännige eingestellt werden. Hieraus erklären sich auch die vielfachen Remonstranden der Fahrpläne. Ob auch die Arbeiter und Angestellten der Pferdebahn gegen die unerhörte Ausnutzung ihrer Arbeitskraft in Schutz genommen werden sollen — davon verläutet nichts.

Der „Hr. ehrliche Seemann“, ein in der Friedrichstraße ausgebotenes Vererbild, sollte nach Meldung eines Berichtserstatters vor einigen Tagen beschlagnahmt und die damit handelnden Personen zur Wache sistirt worden sein. Wie nun mitgetheilt wird, ist diese Beschlagnahme nur deshalb erfolgt, weil auf den Bildern der Name des Druckers und Verlegers fehlte. Nachdem diesem Fehler abgeholfen ist, dürfen die Händler die Bilder weiter verkaufen, und nun tönt im unteren Theile der Friedrichstraße wieder der Ruf: „Wo ist denn bloß der „Hr. ehrliche Seemann“?“

Eine Dynamit-Sprengung hat Mittwoch, in der Elbstrasse, Ecke der Rosenbalerstrasse, stattgefunden. Dorselbst wird zur Zeit ein Straßenbrunnen gebohrt, welcher bereits zu einer Tiefe von 40 m gediehen ist. Bei der Bohrung waren die Brunnenmacher auf einen grossen Stein gestossen, der am gestrigen Vormittag gesprengt werden mußte. Durch eine Röhre wurde eine Dynamitpatrone hinuntergelassen und mittelst elektrischer Drahtes zur Explosion gebracht. Die Erschütterung, welche die unterirdische Sprengung hervorrief, war so stark, daß die Fenster-scheiben der Häuser auf fünf Minuten Umkreis klirrten, die Personen, welche sich in den nächstliegenden Gebäuden aufhielten, an ein Erdbeben glaubten, da der Boden unter ihren Füßen wankte.

Arbeiterisiko. Zwischen Himmel und Erde schwebte am Mittwoch gegen Mittag ein auf einem Grundstück in der Friedenstrasse beschäufte gewesener Dachdecker. Derselbe hatte eine Reparatur auf dem Dache vorzunehmen, plötzlich verlor er das Gleichgewicht und rollte, einen fürchterlichen Schrei ausstossend, abwärts der Treppe zu. An der Dachrinne hielt er sich in seiner Todesangst fest. Es war ein ganz entsetzlicher Anblick und mit Spannung wurden die sofort ins Werk gesetzten Rettungsarbeiten beobachtet. Derselbe war um so schwieriger, als der in so gefährlicher Lage befindliche Dachdecker sich nicht rühren durfte, weil sonst die Dachrinne, die sich unter seinem Gewicht schon ganz bedeutend gebogen hatte, sicher gebrochen wäre. Endlich gelang es doch, den Verunglückten ein Seil um den Leib zu schlingen, an dem er dann emporgezogen und dem gefährlichen Tode entzogen werden konnte.

Kleine Ursache, große Wirkung. Die 53 Jahre alte eheliche Frau Johanna Köppen, Müllerstr. 22a, kamte sich vor einigen Tagen in einem Nachbarhause das Kleid in eine Treppe ein und fiel beim Weitergehen 4 Treppenstufen hin und trug eine Verletzung davon. Sie mußte nach der Charité gebracht werden, ist dort aber inzwischen infolge der innerlichen Verletzungen gestorben. Die Leiche wird zwecks genauer Feststellung der Todesursache voraussichtlich gerichtsarztlich geöffnet werden.

Das Eisenbahnunglück in Bitterfeld. Zu dem gestern gemeldeten Unglücksfall giebt das Eisenbahnbetriebsamt Anhalter Bahnhof bekannt: Gestern Mittag 1 Uhr fuhr der von Berlin um 9 Uhr 40 Minuten abgehende Personenzug in Bitterfeld auf eine im Hauptgleise stehende Reserve-maschine auf. Hierbei wurden 10 Reisende und 4 Beamte durch Schrammen und Kontusionen leicht verletzt. Der Materialschaden ist gering. Auf Grund der vorläufigen Untersuchungen dürfte schon jetzt mit Bestimmtheit behauptet werden können, daß die Schuld sowohl den diensthabenden Stationsbeamten, als auch den Führer der Reserve-maschine trifft. Ersterer hat es instruktionswidrig unterlassen, sich vor Einfahrt des Personenzuges zu überzeugen, daß das Hauptgleise frei war. Der Führer der Reserve-maschine hat infolge der Instruktion gefehlt, als er sich nicht vor Einfahrt des Personenzuges auf das Nebengleise begeben hat, welches zum Halten der Reserve-maschine durch die Fahrordnung vorgeschrieben war. Der allerdings ganz besonders starke Nebel dürfte weder dem einen noch dem anderen Beamten als Entschuldigung zur Seite stehen.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Mittags wurde in der Mendelssohnstrasse eine Frau, als sie bei zwei sich schlagenden Männern vorüberging, von einem derselben umgehoben und fiel so unglücklich mit dem Hinterkopfe auf das Pflaster, daß sie bewußtlos liegen blieb. — Auf der Kreuzung der Straußberger- und Passadenstrasse gerieth ein Arbeiter unter einen Bierwagen und erlitt außer mehreren unerheblichen Fleischwunden einen Bruch des linken Oberschenkels. — In der Greifswalderstrasse 44 brannte ein einstöckiges Gebäude.

Außerdem wurde die Feuerwehr im Laufe des 6. d. M. noch zweimal zu unbedeutenden Bränden gerufen.

Gerichts- Zeitung.

Der sozialdemokratische Stadtverordnete, prakt. Arzt Dr. Zabel, hatte sich gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I wegen Beleidigung der Reserveoffiziere der

preussischen Armee zu verantworten. Der Kriegsminister hatte den Strafantrag gestellt. Gelegentlich einer Wahlversammlung soll der Angeklagte davon gesprochen haben, wie der Militarismus in das Civilleben übertragen werde. Der Reserveoffizier genieße einen Vorzug, gleichviel, ob er klug oder dumm sei. Man finde häufig, daß sie ruppig und stolz nach unten, kriechend und devot nach oben seien. Diefen Bemerkungen wollte die Anklage auf den ganzen Stand der Reserveoffiziere bezogen wissen, während der Angeklagte behauptete, daß seine Ausführungen nur auf einen gewissen Typus der Reserve-Offiziere gemünzt gewesen seien, welche diese Eigenschaften besäßen, und daß sie innerhalb berechtigter Kritik sich hielten. Staatsanwalt Müller II war anderer Ansicht und beantragte eine Geldstrafe von 300 M. oder 30 Tage Gefängnis. Der Verteidiger, H. M. Heine, führte aus, daß die Worte sich nur auf die nicht militärdienstliche Thätigkeit der Reserve-Offiziere beziehen, denn nur so könnten die Ausführungen als Illustration dafür dienen, wie der Militarismus in das Civilleben übertragen werde. Wenn dies aber angenommen werde, so sei der Kriegsminister nicht berechtigt, den Strafantrag zu stellen.

Der Gerichtshof erkannte nach längerer Verathung auf Einstellung des Verfahrens. Der Angeklagte habe zweifellos nur das anferdienstliche Verhalten der Reserve-Offiziere kritisiert wollen und hieraus folgere, daß der Kriegsminister nicht legitimiert sei, den Strafantrag zu stellen. — Weßhalb nun ist Stadtverordneter Dr. Zabel mit solch abzuweisender Anklage erst beklagt? Weil der Kriegsminister anderer Ansicht war. Kosten konnten nach dem bestehenden Verfahren dem Kriegsminister nicht aufgelegt werden.

Soziale Uebersicht.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission hat bezüglich des Ueberhandnehmens der Arbeitslosigkeit und der dadurch von einer großen Zahl von gewissenlosen Elementen herbeigeführten Ausbeutung der Arbeitslosen beim Stellung- und Arbeitsuchen, an den Magistrat von Berlin folgenden Antrag gerichtet:

Der Magistrat von Berlin wolle beschließen: Die Zentralisirung sämtlicher in Berlin bestehenden Branchen- und Gewerkschafts-Arbeitsnachweise zum Zwecke einer geregelten Arbeitsvermittlung vorzunehmen.

In der Begründung wird angeführt: In Erwägung der Nothwendigkeit, daß die Stadtgemeinde der arbeitslosen und arbeitssuchenden Bevölkerung das Arbeitsfinden durch Errichtung eines städtischen Zentral-Arbeitsnachweises, der sich eventuell zu einem städtischen Arbeitsamt auszugestalten habe, möglichst erleichtern soll und angesichts der Thatsache, daß es eine große Zahl von Personen giebt, die durch das Ueberhandnehmen der Arbeitslosen die Nothlage dieser ausbeuten, d. h. ihnen gegen unverhältnismäßig hohe Gebühren Arbeit vermitteln wollen — in weiterer Erwägung der Pflicht der Stadtgemeinde, das Wohl aller ihrer Mitglieder im Auge zu haben, sie vor Uebervertheilung durch geeignete Maßnahmen und Einrichtungen und in Betracht dessen, daß die Mitglieder der Stadtgemeinde doch zu den Kosten zur Erhaltung aller Einrichtungen, die dem Gemeinwohl dienen, herangezogen werden — fordern die Arbeiter-Beisitzer des Berliner Gewerbegerichts und die Berliner Gewerkschaften die Errichtung eines städtischen Zentral-Arbeitsnachweises resp. die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes auf Kosten der Stadt.

Bezüglich der Organisation eines solchen würden folgende Punkte in Betracht zu ziehen sein: Das Arbeitsamt steht unter Aufsicht einer Kommission von Mitgliedern, die aus den Beisitzern des Gewerbegerichts und von diesen selbst zu wählen sind. Den Vorsitz dieser Kommission führt ein vom Magistrat zu ernennender städtischer Beamter eventuell der Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die Verwaltung und Leitung des Arbeitsamtes wird in gewerbliche Abteilungen geschieden (Metallindustrie, Bauwesen, Holzindustrie u. s. w.) und sind dazu befähigte, mit den Verhältnissen in ihrer Industrie vertraute Personen von den Arbeitern der betreffenden gewerblichen Abtheilung zu wählen und städtischerseits anzustellen und zu besolden. Das Arbeitsamt übernimmt außer der kostenlosen Arbeitsvermittlung für gewerbliche und kaufmännische Arbeiter beiderseits

Geschlecht, Dienstboten und Lehrlinge, die Aufstellung von Statistiken über Lohnverhältnisse, Lehrlingswesen u. s. w. auch die Auskunftsvertheilung über gewerbliche Fragen.

Die Erledigung des Antrages im Sinne der vorstehenden Ausführungen dürfte wohl geeignet sein, den sogenannten Stellenwucher, wie er z. B. ganz besonders den Arbeitern im Gastwirthsgewerbe, im Bäckerei- und Schlächtergewerbe, den Dienstboten und Hausdienern fühlbar wird, abzuschnitten.

Hier ist dem Magistrat nun Gelegenheit gegeben, eine Einrichtung zu schaffen, die der Ausbeutung der Kernkraft der Armen eine Schranke setzt. Wenn gleich es jedem Menschen freigestellt ist unter der heutigen Gewerbefreiheit, auch eine Stellenvermittlung zu betreiben, so zeigen sich doch auf diesem Gebiete derartige Auswüchse, daß die Gemeinden selbst Hand anlegen müssen, wenn sie nicht dem Stellenwucher, der ja nur unter einer bestimmten Voraussetzung und unter besonderen Verhältnissen gesetzlich geahndet werden kann, das Wort reden wollen.

Viel Zutrauen werden die Arbeiter bezügl. ihres Antrages zu den bürgerlichen Parteien im rothen Hause selbst nicht haben; aber hier ist diesen Parteien ja nun Gelegenheit geboten, etwas für die Arbeiter zu schaffen. Man wird vielleicht, wie es bei ähnlichen Anlässen war, von Beschränkung der Gewerbefreiheit (soll heißen Freiheit der Ausbeutung) reden und es wird beim Alten bleiben. Aber gleichwohl! Auf alle Fälle zwingen die Arbeiter durch diesen Antrag die liberale Stadtverwaltung, zu beweisen, ob sie gewillt ist, für die Arbeiter etwas zu thun.

Vermischtes.

* **Hungertod.** Kopenhagen, 3. Dezember. Aufsehen erregt in schwedischen wie überhaupt skandinavischen Studentenkreisen der vor einigen Tagen erfolgte Tod des Studenten der Theologie Hilmer Carlsson in Upsala. Der 27jährige junge Mann ist, wie die Untersuchung der Leiche ergab, an Hunger gestorben. Ganz mittellos, hatte er vergebens versucht, durch Unterrichtsgebühren seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Seit Juli hatte er, nach Aussage seiner Wirthin, von 20 Kronen gelebt. Vollkommen entkräftet, halb wahnsinnig und von Hallucinationen geplagt, fand er endlich in einem Krankenhaus Aufnahme, zu spät jedoch, um noch gerettet werden zu können. Die Frage, wie eine solche Noth seinen Kameraden und den Mitgliedern der Vereinigung, der Carlsson angehörte, unbekannt bleiben konnte, liegt nahe, und die schwedische Studentenschaft beklagt zu spät ihre Gleichgültigkeit, die ihre Kollegialität in ein so ungünstiges Licht stellte.

Aus Verzweiflung. Mainz, 5. Dezember. Letzte Nacht hat sich der Schlossermeister St. auf dem Flachmarkt erschossen. Der Mann, der früher in sehr guten Verhältnissen lebte, war ohne eigentliches Verschulden in seinen Verhältnissen zurückgekommen und hatte kürzlich auch seine Frau verloren.

Briefkasten der Redaktion.

22. Wiesbaden, Regierungsbezirk Wiesbaden, Provinz Hessen-Nassau.

Stolz 10a. 1. Seitens der Polizeibehörde können Vernehmungen, nicht aber Verordnungen von Zeugen stattfinden. 2. Unverständlich.

V. M. 96. Sobald die Berufsgenossenschaft Ihre Rente herabsetzt (wegen angeblich vermehrter Erwerbsfähigkeit), müssen Sie abermals beim Schiedsgericht klagen.

Krankenkassenauffrage. Die allgemeine Zuschuß-Kranken- und Sterbekasse (Sitz Mainz) hat in Berlin folgende Adressen: Bevollmächtigter H. Schulz, Memelerstr. 60a; Kassirer J. Dachs, Kottbusser Ufer 5. Mitglieder werden jeden Sonntag bei Tempel, Rangstr. 65, Vormittags von 9 bis 11 Uhr aufgenommen. Das Einschreibegeld beträgt 1,20 M. — Die Adresse der Offenbacher Krankenkasse ist: Frau Loh, Puttkamerstr. 7.

V. 2, Barnimstrasse. Der Bericht für uns nicht geeignet; derselbe gehört vielmehr in die „Märkische Volksstimme“ Frankfurt a. O.

V. 100. Wenn das Verhältniß noch andauert, liegt Verzögerung nicht vor.

Öffentliche Versammlung
des
Arbeiter-Vereins
für Rummelsburg u. Umgegend
Sonntag, den 10. Dezbr.,
Mittags 1 1/2 Uhr,
bei Gursch in Stralau.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ledebour über: „Welche Mittel fördern den Emanzipationskampf des Proletariats?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
111/3 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
der Töpfer
und verw. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Berlin.
Sonntag, den 10. Dezember,
Vorm. 10 Uhr:

Generalversammlung
bei Pyriok, Gipsstrasse Nr. 9.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Vorstands-Ergebniswahl. 3. Verschiedenes, Regelung der Zahlstellen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
927/8 Der Vorstand.

Metallarbeiter!
Die Sitzungen der Werkstatt-Vertrauensleute finden für den Norden jeden zweiten Sonnabend im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Hochstrasse 32, für den Süden jeden Sonntag vor dem 15. des Monats, Vorm. 9 1/2 Uhr, bei Rau, Staligerstr. 126, statt; diesen Monat also am 9. resp. am 10. Im Interesse unserer Organisation ist es notwendig, daß alle Vertrauensmänner die Sitzungen regelmäßig besuchen. Gleichzeitig werden die Kollegen der Werkstätten, in denen noch keine Vertrauensmänner sind, ersucht, unverzüglich solche zu ernennen.
Der Vorstand
des Verbandes aller in der Metall-industrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
R. Reumann,
Kottbusserstr. 2, Hof 3 Tr.

!! Roh-Tabak !!
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Grand,
in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-
Handlung,
Brunnenstr. 185.

Als anerkannt reelle und thätig-
sächlich billigste Einkaufsquelle
des Süd-Ostens für
**Gold-, Silber-,
Alfenidewaren** (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Pelzwaaren
Einzelverkauf 51351.
zu Groß-Preisen
direkt in der Fabrik von
Goebel & Reinecke,
Stallschreiber-Strasse 50/51, 1. Treppe,
Ecke Alexandrinen-Strasse.
Bestellungen und Reparaturen billig.

Für 52008
Apfelsinen - Händler
ist die billigste Bezugsquelle
M. Wypler, Alte Jakobstr. 52
in der Ecke (Laden)
zw. Stallschreiber- u. Sebastianstrasse.

**Teppiche!!
Portieren!!
Gardinen!!
Steppdecken!!**
kauft man am
billigsten in der Fabrik von
J. Brünn, Gastesdjer
Markt 4.
Stadtbahnhof Dorse.

Arbeiter-Bildungsschule (Nord).
Sonntag, den 10. Dezember, Abends 6 Uhr,
in den Germania-Sälen, Chaussee-Strasse 103:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Witz über: Die Pariser Kommune. 2. Diskussion. — Nach der Versammlung geselliges Beisammensein und Tanz.
Gäste, Damen und Herren, willkommen.
Die Schulkommission.

Johannisthal, Nieder-Schönweide und Umgegend.
Montag, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr,
im Saale der „Borussia-Brauerei“ zu Nieder-Schönweide:
**Öffentliche
Volksversammlung für Männer u. Frauen.**
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Vertrauensmanns. 2. Wahl der Lokal-Kommission. 3. Wahl der Revisoren. 4. Fortsetzung der Diskussion über den Kölner Parteitag.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Verband der Sattler und Tapezierer.
Sonabend, den 9. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
des Herrn Wienecke, Alte Jakobstr. 83:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Näther über: Den Kampf ums Dasein.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen.
Sonntag, den 10. Dez., Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Bötzw (v. d. Prenzlauer Thor):
Große öffentliche Versammlung.
Tagesordnung: Bericht der Kongress-Kommission sowie Berichterstattung der Kongress-Delegirten. Verschiedenes.
821/16
Die Kongress-Kommission der Tabakarbeiter.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
größtes Lager Berlins. Muster-
bücher gratis. Theilzahlung
gestattet. 500 Mark zähle
ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Musverkauf von Knaben-Anzügen,
Paletots, Jaquets und
Dosen 52805
S. Wittkowski, Drantienstr. 90.

Alte Stiepel gr. Ausw., Reparatur.
u. Best. reell u. billig.
Runge, Launestr. 2. 597h

Berein der Former.
Die Parteiparte des Vereins findet
am Sonntag, den 10. d. M. statt und
führt über Johannisthal, Grünau und
Friedrichshagen. Treffpunkt 9 Uhr
Morgens Schlesischer Bahnhof, Eing.
Nadaistraße. Um rege Beteiligung
bittet
Der Vorstand.
J. A. U. B. W. e. s.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 44351.
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Christbaumkonfekt,
reizende Neuheiten, nur genießbare
Waare, 1 Kiste, Inhalt ca. 430 Stück,
2,50 M. 1 Kiste, Inhalt ca. 270 große
Stücke, 3 M. Siegfried Brod, Berlin,
Bahmannstr. 37. 62/18

Gr. Vereinszimmer m. Piano Mont-
tag zu vergeben Pücklerstr. 49. 595b

Kanarienhähne 3,50 M., Weibchen
1 M., Dh. billiger, Goldfische 5 Pf.
595b Sager, Andreasstr. 39.

35-40 Pf. 1 Rindfleisch,
Hammelfleisch, Schweine-
fleisch billig Goltzow, Auguststr. 50a.

G. Malerin, Parteigen., w. z. 1. Jan.
1 möbl. Zimmer (Nordseite) zu mieten.
Off. u. M. P. m. Preisang. a. d. Exp. d. Bl.
Georgenkirchstr. 49 ist ein Vereins-
zimmer zu vergeben. 596b

Arbeitsmarkt.
Tüchtiger Bronceur zum Vernieren
gef. bei F. Jörn, Färbenstr. 5. 592b

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht. Kammer III. Sitzung vom 5. Dezember.

Bemerkenswerthe Entscheidung. Der Maler Wiener klagt gegen den Malermeister Mittag auf Zahlung einer Lohnentschädigung von 57 M. und auf Bezahlung einer Ueberstunde mit 75 Pf. Herr Mittag wendet gegen die Klage ein, Kläger sei ohne Kündigung engagiert worden, und beruft sich zum Beweise dieser Behauptung auf die ihm durch den Kläger bei seiner Annahme übermittelte Karte vom Zentral-Arbeitsnachweis der Maler Berlins, auf welcher die Worte stehen: „Kündigung findet nicht statt“. Wiener hält dem entgegen, daß wohl jene Karte, die er übrigens nicht beachtet habe, auf der Karte stehen möge, daß er aber vom Nachweisvorsitzer weder besonders auf sie hingewiesen sei, noch durch seine Unterschrift sie als verbindlich für sich anerkannt habe. Und so ihm gesagt: „Kündigung giebt es also nicht“, habe der Beklagte auch nicht. Demnach liege kein Kündigungsantrag vor. Als Zeuge wird Genosse Wendler, Vorsteher des Arbeitsnachweises der Maler, vernommen. Er behauptet, Wiener sei bekannt gewesen, daß auf Grund eines Versammlungsbeschlusses der Nachweis alle Stellen unter der Bedingung des Kündigungsantrages vermittelte. Allerdings habe der Arbeitgeber des Klägers, Herr Mittag, versäumt, die übliche Unterschrift auf jener Karte vom Kläger zu verlangen. Der Beklagte giebt noch an, mit Rücksicht auf die Worte der fraglichen Karte, welche auf die Kündigung Bezug nehmen, geäußert zu haben: „Na, das sind ja die alten Geschichten“. Es wird vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß diese Äußerung ohne Belang sei. Das Gericht verurtheilt den Beklagten zur Zahlung der Lohnentschädigung unter folgender Begründung:

„Das Gericht habe sich zwar der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß dem Kläger bekannt war, ihm sei die Ausschließung der gesetzlichen Kündigung beim Meister Mittag zugebucht; es habe aber im Urtheil auf die strengen Formen Rücksicht nehmen müssen, welche für einen Arbeitsvertrag notwendig sind. Es habe angenommen, daß eine die Kündigung ausschließende ausdrückliche Vereinbarung nicht zu Stande gekommen ist zwischen dem Kläger und dem Beklagten, daß ein wirkliches Uebereinkommen nicht vorlag. Ein Arbeitsvermittler könne die Arbeitsbedingungen für die Parteien nicht ohne direktes, gegenseitiges Einverständnis derselben feststellen. Mit seiner Mehrforderung von 75 Pfennigen — für die Zeit, welche er nach seiner Entlassung auf den Lohn warten mußte —, wurde Kläger abgewiesen.“

Wegen eines unbilligen Angriffs gegen ein unbescholtenes junges Mädchen stand gestern der Schuhmachermeister Malczynski vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Aus der Urtheilsverkündung ging hervor, daß Malczynski gelegentlich einer Vereinsfeierlichkeit einem jungen Mädchen nach der Garderobe gefolgt war und hier eine grobe schändliche Beleidigung gegen dasselbe begangen hatte. Das Urtheil lautete auf 600 M. Geldstrafe, der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

„Ein Gewaltthat der Berliner Polizei.“ Unter dieser Epithete erschien im August dieses Jahres ein Artikel, der einen wahren Rattenkönig von Prozessen und Strafverfahren zur Folge gehabt. Es wurde darin geschildert, daß die Hofamantien-Schranke unzulässiger Weise verhaftet worden sei, weil sie dem an sie abgegebenen Schutzmann nicht den Ausweis zu liefern vermocht habe, daß sie eine ihr wegen Gewerbevergehen auferlegte kleine Geldstrafe bereits bezahlt habe. Das Benehmen der Frau Kullite bei diesem Vorgange soll ein derartiges gewesen sein, daß sie wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beamtenebeidigung zur Verantwortung gezogen wurde. Am 14. August wurde sie in dieser Sache von dem Kriminalkommissar v. Arnim verantwortl. vernommen. Der Letztere soll sich dabei zu Auslassungen beleidigender Natur gegen das „Kleine Journal“ haben hinreissen lassen. Frau Kullite machte den Geschäftsleiter der genannten Zeitung, dem Redakteur Spitz und dem Rechtsanwalt Leipziger, von dem Inhalt ihrer Vernehmung Mittheilung, worauf diese beiden Herren auf dem Wege der Privatklage gegen den Kriminalkommissar v. Arnim vorgingen. Gestern fand die Verhandlung vor der 144. Abtheilung des Schöffengerichts statt. Die als Zeugin vernommene Frau Kullite gab folgende Darstellung ihres Ver-

börs: Der Beamte habe sie gefragt, wie sie dazu komme, den Vorfall im „K. Journal“ zu veröffentlichen, anstatt sich mit ihrer Beschwerde an das Polizeipräsidentium zu richten. Sie habe erwidert, daß sie diesen Weg für den richtigen gehalten habe. Dann habe der Beklagte von Arnim in schreiender Weise das „K. Journal“ mit den ärgsten Schimpfwörtern bezeichnet. Der Ausdruck „Schmutzblatt“ sei noch der gelindeste gewesen. Der Beklagte v. Arnim bestritt, daß seine Auslassungen so gelautet hätten, wie die Zeugin Kullite angegeben, jedoch mußte er zugeben, daß er den Ausdruck „Schmutzblatt“ gebraucht habe. Dies wurde auch von den beiden Schuppleuten, die bei der Vernehmung der Frau Kullite zugegen gewesen waren, bestätigt. Der Vertreter des Klägers Spitz, Rechtsanwalt Leipziger, führte aus, daß das Benehmen des Beklagten v. Arnim nicht dazu dienen könne, das Ansehen des Beamtenstandes zu erhöhen, es könnte demselben keineswegs das Recht zustehen, in dieser Weise über eine Zeitung herzugreifen, weil die zu Vernehmende nur von ihrem guten Rechte Gebrauch gemacht habe, dieselbe zur Veröffentlichung einer ihr widerfahrenen Unbill zu benutzen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Schwindt hielt mit Rücksicht auf die ganze Sachlage nur eine ganz geringe Strafe am Plage, event. daß er um Verurteilung, bis eine Anklage gegen das „Kleine Journal“ entschieden sei, welche mit dieser Sache zusammenhänge. Am 18. August d. J. sei nämlich das Verhalten des Beklagten v. Arnim im „Kleinen Journal“ kritisiert worden. Es komme darin folgender Satz vor: „Wir haben immer gehofft, daß ein preussischer Beamter Ehre genug im Weibe habe, um sich nicht mit der latinitarischen Tendenz der „Staatsbürger-Zeitung“ zu befreunden. Leider haben wir uns getäuscht.“ Wegen dieser beleidigenden Äußerung wurde der Beklagte von Arnim Widerklage erhoben haben, wenn der Staatsanwalt ihm nicht zugekommen wäre. — Der Gerichtshof hielt nur die Beleidigung für erwiesen, inwiefern sie von den beiden Schuppleuten bezeugt worden war und hielt hierfür ein Geldstrafe von 5 M. für eine ausreichende Sühne.

Soziale Uebersicht.

An die Mitglieder der Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen! Da wie am 1. Januar 1894 die freie Arztwahl einführen und verschiedene Delegirte und Mitglieder wünschen, daß die Kommission zur Einführung freier Arztwahl vorher Bericht über ihre Thätigkeit erstattet, so findet am 10. Dezember, Vormittags 10 Uhr, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder obiger Kasse in Volkshaus, Alte Jakobstr. 75, statt. Da an diesem Tage noch eine große Versammlung sämtlicher Ortsklassen Berlins stattfindet, so ersuchen wir sämtliche Delegirte und Mitglieder pünktlich zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich um 10 Uhr eröffnet. Alles Nähere siehe Inserat am Sonnabend.

Im Auftrag der Kommission.

Rud. Röhm.

Charlottenburg. Hiermit ersuchen wir alle diejenigen Parteigenossen, welche noch im Besitze von Kommunalwahl-Sammellisten sind, dieselben möglichst bis Sonntag, den 17. Dezember, mit oder ohne Zeichnung in die Ausgabestellen resp. an den Genossen Otto Goerke, Wilmersdorferstr. 48, IV, abzuliefern. Das Wahlkomitee.

Die Handhabung der Ausnahme-Bestimmungen über die an den Sonntagen vor Weihnachten und Neujahr zulässige Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe sind in den verschiedenen deutschen Vaterländern natürlich sehr verschiedene.

Die Gewerbeordnung bestimmt allgemein, daß für die letzten vier Wochen vor Weihnachten die Polizeibehörde eine Verlängerung der sonst zulässigen Beschäftigungszeit auf 10 Stunden gestatten darf. Die Stunden, während welcher diese Beschäftigung stattfinden darf, werden durch statutarische Bestimmungen oder, wenn diese nicht vorhanden sind, durch die Polizeibehörde festgesetzt. In Preußen ist eine ministerielle Anweisung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 10. Juni 1892 ergangen. Diese überläßt den Verwaltungsbehörden die Festsetzung der Stundenzahl, um welche eine Ueberschreitung der fünfständigen Arbeitszeit zulassen ist, setzt jedoch ausdrücklich fest, daß die Beschäftigung niemals über 7 Uhr Abends hinaus zulassen ist. Es ist demgemäß bisher in Preußen für keine Behörde gestattet, die gesetzliche Sonntagsruhe an den Sonntagen vor Weihnachten so zu modifizieren, daß es möglich wird, die Angestellten in Ge-

schäften über 7 Uhr Abends hinaus zu beschäftigen. In anderen Bundesstaaten ist dies wohl der Fall. Daß hier einmal der preussische Staat um ein Geringes mehr für die Arbeiter gethan, als die anderen Bundesstaaten, das findet natürlich nicht den Beifall der Offizien, die sich zum Sprachrohr der Unternehmer im Handelsgewerbe machen. So berichten die „P. N. Nachr.“ mit Genugthuung, daß der Stadtrath zu Gera die Beschäftigungszeit an den vier, Weihnachten vorausgehenden Sonntagen auf 10 Stunden verlängert und so vertheilt hat, daß die Stunden von 7 bis 9 Uhr früh, 11 bis 1 Uhr Mittags und 1/2 bis 1/4 Uhr Abends als Geschäftsstunden gelten sollen. Die Sonntagsruhe-Vorschriften werden demgemäß in Deutschland nicht einheitlich gehandhabt.

Im Fürstenthum Reuß j. L. erfreuen sich die Geschäftsleute einer anderen Behandlung als in Preußen. In Preußen ist diese Behandlung aber nur durch den genannten Ministererlass vom 10. Juni 1892 nothwendig geworden, daß Beschäftigung über die Verteilung der 10 zulässigen Beschäftigungsstunden auf die einzelnen Tageszeiten nicht. In einer Uebersicht auf diesem Gebiete würde es demnach seiner Gesetzumgestaltung, sondern nur einer anderen Verfügung der Minister bedürfen. Es braucht darin nur die eine Vorschrift über die Festsetzung der Grenze, bis zu welcher eine Beschäftigung an den Sonntagen vor Weihnachten gestattet werden darf, gestrichen werden und die höheren Verwaltungsbehörden werden in der Lage sein, nach eigenem Ermessen und entsprechend den besonderen Bedürfnissen der verschiedenen Ortschaften die zulässigen 10 Beschäftigungsstunden auf die Tageszeiten zu vertheilen.

Hoffentlich soll damit angedeutet werden, bemerkt hierzu die offiziöse „Korrespondenz“, daß die, wie von uns, so von allen Seiten geforderte Freigebung der Sonntage vor Weihnachten und Neujahr für das Handelsgewerbe bis zehn Uhr Abends zu erwarten sei.

Das bedeutet einen Wink mit dem Zaumfahl. Sollte sich der Herr Minister nicht erweichen lassen?

Ueber den Umtausch von Quittungskarten der Invaliditäts- und Altersversicherung giebt das Ministerium des Innern und das Handelsministerium folgende Anweisungen:

Versicherungspflichtigen Mitgliedern einer auf Grund der §§ 5 bis 7 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889, vom Bundesrath anerkannten besonderen Kasseneinrichtung, bei der die Beiträge nicht in der nach §§ 99 ff. a. a. O. vorgeschriebenen Form erhoben werden, ist die Quittungskarte auf ihren Antrag jederzeit aufzurechnen. (Ziffer 15 ff. der Anweisung vom 17. Oktober 1890.) Bescheinigte Krankheiten und militärische Dienstleistungen sind bei der Aufrechnung der Quittungskarte nur insoweit zu berücksichtigen, als sie für die Zeit zwischen dem Ausstellungstage der aufzurechnenden Quittungskarte und dem Tage des Eintritts in die Kasseneinrichtung nachgewiesen werden. Ueber das Ergebnis der Aufrechnung ist gemäß Ziffer 25 der Anweisung vom 17. Oktober 1890 eine Bescheinigung auszustellen, auf deren Vorderseite unten der Vermerk: „Eine neue Quittungskarte ist nicht ausgestellt worden“ zu setzen ist.

Eine neue Quittungskarte ist erst beim Ausscheiden der Versicherten aus der Kasseneinrichtung auf Grund dieser Bescheinigung auszustellen. Hierbei ist in die neue Quittungskarte die Zahl einzutragen, die auf die in der Bescheinigung bezeichnete Karte folgt. Wird die Bescheinigung nicht vorgelegt, so erhält die neue Quittungskarte die Zahl, welche auf die Zahl der für den Versicherten zuletzt ausgestellten Karte, soweit diese zu ermitteln ist, folgt, eventuell die Ziffer 1. (Ziffer 14 der Anweisung vom 17. Oktober 1890.)

Die Ausstellung und die Aufrechnung der Karten erfolgt in diesen Fällen stets kosten- und gebührenfrei.

Die Erhebungen über hungernde Schulkinder in Danzig haben ergeben, daß 6 pCt. der Schulkinder unterernährungsbedürftig sind. In Weiskens, wo die Vorklasse armer Schulkinder schon im Vorjahre stattgefunden hat, sind vom 21. Dezember 1892 bis 3. März 1893 50 Kinder mit einem warmen Mittagbrot bedacht worden. — Wir sind überzeugt, daß noch ein großer Theil Kinder von dieser „Wohltat“ fern

Solche Kasseneinrichtungen sind zur Zeit in Preußen: Die Pensionskasse für die Arbeiter der preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung in Berlin, die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse in Halle a. S., die Knappschaftskasse des Saarbrücker Knappschaftsvereins in St. Johann a. d. Saar und der Allgemeine Knappschafts-Verein in Bochum.

Bilderbücher und Jugendschriften.

Wer jemals in seinen reiferen Tagen unter Mühsal und hellempfindenden Gewissenskämpfen von sich schütteln mußte, was ihm an Borurtheilen, an kirchlicher Gebundenheit, an unfreier ergebener Demuth in seiner Kindheit eingepflanzt wurde, den muß das Verlangen besetzen: Erspäre denen, die nach dir heranwachsen, all die bedrückenden Zweifel, Sorge, daß die leimende erste Jugend sonnenfreundlich sich gestalte. Weibe sie in die Lehre ein, wie man stolzen und aufrechten Ganges über die Erde schreitet! Verleuchte die trüben Schatten einer Weltanschauung, die sich verdüstert auf das weich-empfindliche Kindergemüth legt und die in müder Enttäuschung das Weltenheil rühmt! Nach ein Ende mit dem kläglichen Singang: Entbehren sollst du, sollst entbehren! Was greifenhafter Anmuth ersann, das tangt nicht für die zarte Kinderseele, die der freudigen Glückverheißung, der erfrischenden Energie bedarf wie der grünen Roggen des warmen Regens.

Nicht segensreicher, als so Einfluß zu gewinnen über die naiven, Scheinbar so einfach gestalteten, und doch so feinfühligsten Kinderherzen. Nichts unglücklicher, als wenn die nächterne Spekulation sich aufstaut und einen an sich erwärmenden Gedanken, der Empfindungswelt der Jugend nahebringt, wozu die Erkenntnis der Erwachsenen sich emporgemühen hat, mit frohlichen Händen berührt. Es ist ein mühseliges Stück Arbeit, auszuatmen, was an schaler, todter Ueberlieferung sich des Kindergemüths bemächtigt hat. Es ist des Schweiges der Ecken werth, das junge Erdreich geistig zu befruchten. Je weitere Massen das Bewußtsein von nothwendiger Befreiung durchdringt, je inniger sich die Menschheit der uralten und wieder junggewordenen Volkstheorie erinnert: Raum für Alle hat die Erde und uns des Daseins zu freuen sind wir da, nicht es zu bejammern; um so zäher, um so leidenschaftlicher wird der Widerstand dicker sich erheben, die für sich die Herrenmoral, für sich alle Erdelust in Anspruch nehmen, und den Sklaven, den Märtyrer der Noth auf die Seligkeiten des Jenseits verweisen. Je schwieriger von Natur aus dem Verstand des Kindes Klassenunterschiede, die Gesetze nationaler Begrenzung, charministischer Hochmuth, wie er lässlich und systematisch kraft der staatlichen Gewalten großgefüttert wird, begreiflich sind, um so hitziger, um so eindringlicher wird gerade in den Schuljahren der Grund zur Unerlöschlichkeit in diesen Dingen gelegt. Hier gilt es, freier Menschlichkeit Weg und Ziel zu ebnen: und was wir als Jugendschriften in Wort

und Bild den Kindern in die Hand drücken, ist der ernsthaftesten Erwägung werth.

Wir ist eine ganze Reihe von Jugendschriften in den letzten Wochen, da Alles für den Weihnachtsmarkt sich rüsten, zu Gesicht gekommen. Keim verhältnismäßig ist die Auswahl dessen, was die Phantasie des heranwachsenden Geschlechts auf Grund einer neuen, dem Erdendasein zugewandten Anschauung erquickt und regsam beflehern kann, und das trotz der äppigen Spekulation, die auf diesem Gebiet sich breit macht, und mit flüchtig aufgeflesenen sozialistischen Brocken klappert, daß es eine Art hat. Aus dieser Gattung von Jugend-Litteratur möchte ich ein paar Beispiele herausheben.

Wenn ich von den Erfahrungen meiner eigenen Kindheit ausgehen darf, so weis ich zu berichten, daß mir das Ausdringlich-Verhastete am stärksten zuwider war. Vielleicht ist das Beispiel meiner Kindheit nicht im Durchschnitt zutreffend. Ich wuchs in Gebirgsabgeschiedenheit auf, zur Schule war es mehr als eine Stunde Wegs und später, als Knaben sonst, erhielt ich einen halbwegs geregelten Unterricht. Um so gieriger wuchs meine Lesewuth, als das Bücherthier überstanden war und ich buchstabieren konnte. Viel gekümmert hatte sich nie wer um mich und so lag ich, was mir wahllos überlassen war. Das Eine aber weiß ich genau: Die pastoralen Jugendschriften, die Ergänzungen einer Litteratur, deren einzige Weisheit auf fromme Unterwürfigkeit ausgeht, kriegte ich bald satt. Was war mir der stille, demüthig ergebene Leonhard, den man überall knuffte, und der dennoch in Bremen die schöne Adelheid, die Tochter eines Großkaufmanns heirathete und selber ein angesehener Herr wurde? Ich flüchtete lieber zu den aufregenden Märchen und Geschichten einer Dichtmagd.

Es mag sein, daß das Phantasiebedürfnis von großstädtischen Kindern im allgemeinen eingengter ist. Wer in der Stadt zu gehen gelernt hat der muß sehen, wo er hintritt und er darf mit offenen Augen nicht träumen. Allein so sehr verschieden abgestumpft sind die kindlichen Individuen nirgends, als daß nicht in ihnen Allen, in ihren hungrigen Seelen der Hang nach schwunghafter Phantasie thätigkeit bestehe. Und da hapert es am bedenklichsten. Die trodne Geschichtslitteratur mit sozialistischer Etikette thut es freilich nicht. Des Kindes Lebhaftigkeit durstet nach sinnlicher Anschauung, und da kommt man ihm mit steifen Reflexionen und moralischen Predigten. Vor mir liegt ein Wädelin: „Hans Ridders Abenteuer“ (im Verlage von Ernst Wieß, Leipzig). Hans Rieder war ein ruhiger, fleißiger Junge. Während seine Kameraden sich balgten, las er immer eine schöne Indianergeschichte oder dertel.

Hans Rieder war der Sohn eines Bergmanns und mußte es erleben, wie der Bergwerksbesitzer in tyrannischem Uebermuth seine Arbeiter marterte. Das ist grell-brutal aufgetragen, als ob grell-brutal künstlerisch-vollständig wäre. Hans Rieder wird Martore, erleidet Schiffbruch, kommt an eine einsame Insel, wo ein Indianerstamm haust und sich friedfertig von Bananen nährt. Nun hat er sein Ideal gefunden: „Wir Wilden sind doch bessere Menschen“. So läuft denn die Geschichte auf eine lägenhafte Verherrlichung primitiver Kultur hinaus; als ob die Mittel der Zivilisation und nicht der Mißbrauch dieser Mittel das Verderben wäre. Und 10 Pfennige bloß, 10 Pfennige kostet die ganze Geschichte. Das ist Volkslächer-Nahrung, und in seiner großen Manier, mit seinen großen Illustrationen kann es doch auch nicht geschmack- und schönheitsfördernd wirken! Auch hier, und hier zuerst gelte der Grundfah: Das Beste sei gerade gut genug für unsere Kinderwelt. Mit äußerlicher Deklamationen prunkt ein anderer Verlag, H. Hoffmann in Bantow, in einem Bilderbuch, Arm und Reich, einer geschmacklos übertriebenen verzerrten Nachahmung des Diebischen Bilderbuchs für Groß und Klein.

Ein Märchenbuch im Verlag von Hans Baake, das ja im Wesen gutgemeint sein mag, hat mir besonders deutlich gezeigt, wie's der gute Wille allein nicht macht, wie die lehrhafte Nüchternheit zum Demuthschuh wird für phantastische Lebendigkeit. Da ist z. B. ein Märchen drein vom mitleidlosen Reichen mit Namen Felsenhaut. Felsenhaut jagt eine arme Witwe mit ihrem kranken Kind als lästige Bettelbrut von seinem Hause. Der Himmel grohlt und Gewissensbisse reinigen den armen Reichen. Da hat mir die naive Volksmähr von der Frau Hätt am Inn in Tirol, in der ein gleicher Vorwurf behandelt ist, wegen ihrer starken himmlischen Kraft einen ungleich stärkeren Eindruck hinterlassen, als dieses wortreiche Kunstmärchen. Naiv thun und naiv empfinden ist zweierlei. Was das Volksgemüth in Jahrtausenden an Märchenweisheit geschaffen hat, das birgt Schätze in sich, die man heute nicht mit leichter Hand verstreuen und verzetteln sollte. Und die Befehrer moderner Weltanschauung, die Kämpfer in den Reihen des Proletariats, sollten nicht in die Fehler der Gegner verfallen, die der Jugend, deren Pflanzschläge nun einmal bestiger klopfen, mit kalten Abstraktionen und mit schulmeisterlichen Predigten kommen. Dieses Demuthes und in künstlerischer Sinne durchgearbeitet, als merkwürdige Marktwaare, der ein schreiend-sozialistisches Märchen umgehängt wird, damit sie Massenabfahnde finde.

Gebrauch machen würde, wenn allen diesen Unternehmen eben nicht das Odium einer „Wohltat“ anhaftete. Das wird aber so lange der Fall sein, als man das Verbrechen von Wittgenstein von dem Nachweis der „Bedürftigkeit“ abhängig macht, auch wohl darnach forscht, ob das Kind beziehentlich die Eltern dieser Gnade „würdig“ sind.

Die Verwendung jugendlicher Arbeitskraft nimmt in erschreckender Weise zu, während die bejahrten Arbeiter mehr und mehr verdrängt, als „zu alt“ auf's Plaster geworfen werden. Der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Köln giebt die Gesamtzahl der jugendlichen das heißt aller weniger als 16 Jahre alter Arbeiter im Regierungsbezirk Köln auf 6097 an. Es kommt auf je 11 Erwachsene ein jugendlicher Arbeiter. Das ungünstige Verhältnis findet sich für männliche Arbeiter in dem polygraphischen Gewerbe und in der Textilindustrie; es ist das 5:1 und 7:1. Für weibliche Arbeiter stellt sich in einzelnen Gruppen ein recht ungünstiges Verhältnis heraus. Namentlich gilt dies in der Ziegel- und Nahrungsmittelindustrie mit 8:1 und zwar in letzterer besonders hervorragend mit 27:1 in der Großindustrie, während in den Ziegeln gerade die mittleren und kleinen Anlagen eine sehr hohe Ausnutzung der jugendlichen Kräfte aufweisen. Das Verhältnis von erwachsenen weiblichen Personen zu den jugendlichen stellt sich für Großbetriebe auf 8:1, dagegen das der Mittel- und Kleinbetriebe auf 1,3:1 und 1,4:1! Die Verwendung von Kinderarbeit in größerem Maßstabe findet sich größtenteils in der Textilindustrie und zwar in erster Reihe in der Großindustrie der Kreise Sammersbach (Wollengewebe) und Bonn (Zuteilindustrie), daneben auch in der Industrie der Steine und Erde. Erstere beschäftigt 69 Prozent, letztere 22 Prozent aller in Arbeit stehenden Kinder.

Erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. In einer Aachener Fabrik brach vor einigen Tagen Feuer aus, wobei vier Personen ihr Leben einbüßten; wäre es der Feuerwehre nicht gelungen, im letzten Augenblick ein vergittertes Fenster zu öffnen, so würden die hinter demselben um Hilfe jammernden Arbeiter ebenfalls um's Leben gekommen sein; die Zahl der Verunglückten würde dann zwölf betragen haben. Am 8. Januar 1886 fanden in derselben Fabrik siebenzehn Personen den Flammenod. Gleich nach letztem Unglück erließ Herr Polizeipräsident Firsch von Aachen eine Polizeiverordnung, laut welcher in den Aachener Fabriken jedes zweite Fenster so eingerichtet werden sollte, daß es sich um seine Achse drehen oder in sonstiger Weise öffnen lasse. Außerdem sollten an diesen Fenstern Sperreisen angebracht werden, an welchen auf jeder Etage bereit zu haltende Rettungstaupe besetzt werden könnten. Wenn nun trotz dieser Verordnung in derselben Fabrik nach 6 Jahren wiederum es geschehen konnte, daß Arbeiter ihren Tod in den Flammen finden mußten, so ist dies entweder ein Beweis, daß jene Vorschriften nicht genügend, oder aber sie werden nur in loser Weise gehandhabt. Warum werden nicht alle Fenster so eingerichtet, daß sie geöffnet werden können? Müßten die Arbeiter hinter Gittern arbeiten wie die Zuchthäuser?

Wie besorgt ist hingegen der Besondere um sein eigenes theures Ich. Die Theater sind mit zahlreichen Notstücken und Ausgängen versehen; jede Gaststube ist vorzüglich mit Krast umhüllt, damit eine Katastrophe möglichst vermieden werde. Und ganz recht so; die technischen Vollkommenheiten aller unserer Erfindungen gehalten uns, unser Leben so gegen Gefahren zu schützen, daß Unglücksfälle auf ein äußerst geringes Maß beschränkt bleiben können. Aber ist das Leben des Fabrikarbeiters nicht ebenso wertvoll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geschützt zu werden? Sind aber jene Mittel, welche zum Schutze des Lebens des Arbeiters vorhanden sind, auch wirklich Anwendung? Die Berichte der Fabrikinspektoren belehren uns hierüber eines anderen. Sie müssen alle zugestehen, daß das Unternehmertum die möglichste Mühe sich giebt, selbst die allerneuesten Schutzvorrichtungen zu umgehen. Wozu auch das Leben derjenigen noch besonders schützen, die alle Verthe hervorzubringen; ob sie bei ihrem fargen Lohn langsam verhungern oder ob ihr Körper durch die Maschine verstümmelt wird, ist dem Kapitalismus vollkommen gleichgültig.

Zum Kapitel der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die freisinnige „Breslauer Zeitung“ enträthelt sich über einen Fall, der ihr aus der Gemeinde Jacobine im Kreise Ohlau gemeldet wird. Dort erhielt ein Nachwächter von dem Gemeindevorstand folgendes Schreiben:

Jacobine, 8. November 1893.
Sie haben sich bei der letzten Wahl in Ihrer Person als Nachwächter durch unziemende Handlungen in der Art vergangen, daß Sie in einer konservativen Gemeinde als Nachwächter nicht mehr fungieren können.
Es wird Ihnen infolge dessen auf Grund dieses, und bei Ihrem vorgerückten Alter, vom unterzeichneten Gemeindevorstand vom 15. d. M. ab, Ihr Dienst als Nachwächter und Begeleitungsbeamter in dieser Gemeinde gekündigt, so daß Sie am 15. Februar künftigen Jahres Ihres Gemeinbedienstes quitt, bezw. erledigt sind.
Sollten Sie bei Ihrem vorgerückten Alter den besagten Dienst den 1. Januar quittieren, so ist dieses ebenfalls annehmbar.
Ein Vertrag, er uns auf irgend eine andere Weise zu binden hätte, liegt nicht vor.

Der Gemeindevorstand,
(gez.) Fuchs, Dito, Grub.
An den Nachwächter Franz Winter
hier selbst.

Der alte Winter scheint sich also des Verbrechens schuldig gemacht zu haben, freisinnigen Anschauungen zu huldigen. Die „Bresl. Ztg.“ verfaßt darüber in die tiefste Entrüstung, sie schlägt den Ton stiller Empörung an, ob jener Bestimmungstüchtigkeit des Gemeindevorstandes. Daß wir selbstverständlich unbeschadet dessen, daß es sich hier um einen „Freisinnigen“ handelte, der wegen seiner Gesinnung gemäßigelt wurde, das Verfahren jenes konservativen Gemeindevorstandes verurtheilen, bedarf wohl kaum der Versicherung. Einem Harmonie-Organ aber, welches eine Partei vertritt, deren Anhänger in unzähligen Fällen sich gleichartiger Intoleranz gegenüber Andersdenkenden zu Schulden kommen lassen, steht es schlecht an, in Entrüstung zu verfallen, wenn einmal ihre eigenen Anhänger betroffen wurden. Wie die sogenannten „Freisinnigen“ handeln, wo sie die Macht haben, das möge die „Bresl. Ztg.“ aus folgendem Beispiel ersehen, was wir soeben zur Hand bekommen und welches nur eins unter vielen darstellt. Die „Märk. Volksstimme“ schreibt:
„Mit welchen Mitteln „freisinnige“ Unternehmer ihre Arbeiter drangsalieren, beweist folgender Fall. Bei Gebrüder Schäfer, in Firma Schäfer Söhne, arbeiten mehrere Mitglieder des Gesangsvereins „Vorwärts“. Letztere waren der Meinung, daß sie, wenn sie für einen Wochenlohn von 12-15 M. sich täglich zwölf Stunden für die Unternehmer geschunden hätten, nun nach dieser Zeit ihre eigenen Herren wären und über die Verwendung der ihnen noch zur Verfügung stehenden Zeit selbst entscheiden könnten. Nicht so dachten aber die Gebrüder Schäfer, welche kurz und bündig erklärten, daß die in Rede stehenden entweder aus der Arbeit oder aus dem Verein scheiden müßten. Daß die Betroffenen das letztere wählten, ist angesichts der schlechten Gewerkeverhältnisse erklärlich. Zur Charakterisierung der Gebrüder Schäfer sei erwähnt, daß dieselben Führer der „freisinnigen“ Partei sind und als solche auch die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit bei dem — Gewerkeverein pflegen.“

Von welcher zarten Rücksichtnahme die Großkapitalisten mitunter befehl sind, wenn es „die Wahrung ihrer Interessen“, d. h. des heiligen Profits gilt, das trat recht drastisch in der stattgehabten Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Tage, in welcher, nebenbei bemerkt, 23 Aktionäre

anwesend waren, welche 1616 Stimmen vertraten! Die Verwaltung theilte nämlich mit, daß die Gesellschaft sich um die von Siemens u. Halske projektierte elektrische Hochbahn nicht mitzubedenken habe, um mit dieser Firma nicht in scharfen Wettbewerb zu treten, da sie von ihr gleiche Rücksichtnahme erwarte. Die Firma Siemens u. Halske wird jedenfalls vollstes Verständnis für diese zarte Rücksichtnahme haben und als Gegenleistung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft einen anderweitigen fetten Wippen ungeschmälert überlassen. Eine Hand wäscht die andere und beide stehen sich gut dabei!

Eine neue Steuer, die hauptsächlich das Volk bedrücken würde, rüth die Magdeburger Zeitung“ an. Also nicht nur die Nahrung, auch die Kleidung des kleinen Mannes soll besteuert werden und zwar das Pfund um 10 Pf.

Die Fürsorge des preussischen Eisenbahnministers für die Arbeiter seines Ressorts kennt fast keine Grenzen mehr. Einem neuerlichen Erlaß zufolge sollen diejenigen Arbeiter, welche 50 Dienstjahre hinter sich haben und nicht im Besitze des allgemeinen Ehrenzeichens sind, ein Geldgeschenk von 100 Mark erhalten. Auch Arbeiter mit einer längeren Dienstzeit sollen diese Remuneration erhalten. Bisher wurde nach 25-jähriger Dienstzeit ein Geschenk von 80 Mk. und nach 50-jähriger ein solches von 60 Mk. gewährt. — Was sich wohl die im Besitze des allgemeinen Ehrenzeichens befindlichen Arbeiter, wenn sie 50 Jahre im Dienst sind, freuen werden, daß sie nicht die 100 Mk. in Empfang zu nehmen brauchen. Oder ob es doch wohl solche geben mag, welche das Ehrenzeichen gern für die 100 Mk. umtauschen würden?

Wer eine Altersrente haben will, muß auch nach § 157 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 den Nachweis liefern, daß er während der dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unmittelbar vorausgegangenen 141 Wochen hindurch in einem nach diesem Gesetze die Versicherungspflicht begründenden Arbeitsverhältnis gestanden hat. Dieser Nachweis wird besonders den nicht ständigen Arbeitern unendlich schwer; manche greifen dann in ihrer Noth zu Mitteln, die ihnen nicht die ersehnte Rente verschaffen, sondern die alten bisher unbescholtenen Bewerber ins Gefängnis bringen. Am 30. November d. J. verurtheilte das Kammergericht den Arbeiter G. zu 14 Tagen und seine angebl. Arbeitgeberin zu drei Tagen Gefängnis wegen Betruges resp. Verhülfe. Dem Angeklagten fehlten 12 Wochen, um die kritischen 141 Wochen nachzuweisen; Frau G. ließ sich erweichen und beschwänzte dem alten Rentendebitor, daß er 12 Wochen bei ihr gegen Tagelohn gearbeitet habe. Die Verweigerung ergab aber die Unrichtigkeit dieser Behauptung. Die Strafkammer verurtheilte dann den Greis und die angebl. Arbeitgeberin zu oben erwähneter Gefängnisstrafe; die Revision der Verurtheilten beim Kammergericht konnte von Erfolg nicht begleitet sein. — Auch ein Segen der Altersversicherung!

Die Altersversicherungs-Quittungsarten sind, wie das Reichsgericht neuerdings wiederum festgestellt hat, nicht bloße Legitimationspapiere im Sinne des § 363 St.-G.-B., oder bloße Zeugnisse über die Art und Dauer der Beschäftigungen des Inhabers, sondern — öffentliche Urkunden, auch schon vor der Einlebung der Marken, da durch sie die Versicherungsberechtigung und Verpflichtung von der zuständigen Behörde festgestellt und bescheinigt wird. Nach der Einlebung der Marken werden sie Urkunden, welche die Entrichtung der Zahl der Marken entsprechenden Beiträge beweisen. Wenn sich daher in den Motiven des Gesetzes zu § 108 die Bemerkung befindet, „das Quittungsbuch sollte niemals eine andere Bedeutung haben, als die eines Nachweises über die Dauer der Beschäftigung und den Berufszweig, in dem sie stattgefunden hat“, so sei dies nur dahin zu verstehen, daß die Quittungsarten nicht auch einen Nachweis über die Führung des Inhabers und die Qualität seiner Leistungen zu erbringen bestimmt seien.

In der „Ersten österreichischen Jute-Spinnerei und Weberei in Simmering“ ist ein Streik der Spinnerinnen ausgebrochen.

Sämmtliche 45 Spinnerinnen haben die Arbeit eingestellt. Ursache ist eine 20- bis 25-prozentige Lohnminderung. Forderungen sind: Zahlung des alten Lohnes, Einhaltung der Ruhepausen, Vergütung für das Putzen der Maschinen.

Von einer Kulturbüchse aus dem Ende des 19. Jahrhunderts wissen Wiener Tageszeitungen zu erzählen: In einem dortigen Krankenhause erlitten kürzlich eine alte, ihrem ganzen Auftreten nach den besseren Ständen angehörende Dame. Sie sei 68 Jahre alt, seit 20 Jahren Finanzvorkommnisse-Witwe. Der Grund ihres Kommens sei nicht, sich zur Pflege ins Hospital aufnehmen zu lassen, sondern drückende Noth, Gebrechlichkeit und Arbeitslosigkeit zwingen sie, ihren Körper dem pathologisch-anatomischen Institut zum Kaufe anzubieten, für welches, wie sie überzeugt sei, derselbe von großem wissenschaftlichen Werth sein dürfe. Nach weiteren Auseinandersetzungen, die keineswegs Geistesgehörtheit verrathen, bat die Witwe flehentlich, ihren Körper zur Sektion und Sektionierung nach ihrem Tode anzukaufen, die Noth zwinge sie dazu, mit ihrem Körper ein Geschäft zu machen. Die Erklärung des Arztes, daß ein Verkauf des Körpers für Sektionszwecke wohl möglich sei, jedoch in Oesterreich nicht vorkomme, machte auf die Greisin einen niederschmetternden Eindruck. Eredlich, grauhaft ist die Sprache, welche dieser Vorgang spricht. Nicht, daß die Thatfache selbst, nach dem Tode seinen Körper der Wissenschaft zur Verfügung gestellt zu wissen, etwas so gräßliches wäre; diese Voransicht verliert ihren Schrecken mit dem Umschreiten der arbeitlichen Weltanschauung. Aber die Gründe, welche die jedenfalls noch in religiöser Prädikation befangene alte Dame zu diesem Schritte trieben, lassen erkennen, wie oberflächlich unsere ganze Gesellschaftsordnung ist. Darum fort mit ihr!

Alle großbritannischen Kohlenminen zu einem einzigen Kohlenreicht zu vereinigen, ist bekanntlich ein Projekt Sir George Eliot's, welches durch den großen Kohlenstreik neue Nahrung erhalten hat. Sir George Eliot glaubt, die Kämpfe zwischen Unternehmer und Arbeiter dadurch beseitigen zu können, daß er die letzteren an dem Gewinn beteiligt wissen will. Vor kurzem fand in Newcastle ob Tynes eine Konferenz der größten und einflußreichsten Grubenbesitzer des nördlichen Englands statt, um diesen gigantischen Plan in Erwägung zu ziehen. Die Verhandlungen wurden mit Ausschluß der Presse abgehalten, aber es verlautet, daß sich die Versammlung nach gründlicher Erklärung des Planes durch Sir George Eliot selbst und nach eingehender Debatte über die wichtigeren Details zu Gunsten der Idee aussprach. Es wurde vorgeschlagen, das Projekt zunächst sektionsweise auszuführen, wobei jede Verjudungsaktion einen der großen kompakten Kohlenblöcke zu umfassen hätte. Ob durch die Verwirklichung dieses Planes der „soziale Frieden“ hergestellt werden würde, daran zweifeln wir zum mindesten. Nichts desto weniger oder gerade deshalb ist das Inkraftkommen dieses Abkommens nur herbeizuwünschen im Interesse der Konzentration und damit zugleich auch der schnelleren Umrüstung des Kapitals.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis hielt am 5. Dezember eine Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Meiß besprach die neuen Steuerentwürfe der Regierung, welche zur Zeit den Reichstag beschäftigen und fast das alleinige Tagesgespräch aller Volksschichten bilden. Redner behandelte eingehend die Verantwortlichkeit des indirekten Besteuerungssystems, die Haltung der

übrigen Parteien zu demselben und forderte am Schlusse seine hochinteressanten und mit Beifall entgegen genommenen Vorträge zur unermüdblichen, ungeschwächten Agitation für die Ideen der Sozialdemokratie auf. An der Diskussion beteiligten sich G. Schulz, König und A. Schweitzer im Sinne des Referenten. Von Ladeberg wurde bekannt gegeben, daß Biletts zu dem am 14. Januar (Sonntag) in der „Berliner Ressource“ stattfindenden Stiftungsfest zunächst bis zum 1. Januar nur an Mitglieder abgegeben werden. Nach Erledigung von Vereinsangelegenheiten unwesentlicher Bedeutung erfolgte Schluß der Versammlung. Das Andenken an Genosse Tölke ehrte die Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung in der üblichen Weise.

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 4. Berliner Wahlkreis am 5. Dezember war von über 1000 Personen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken Tölke's durch Erheben von den Plätzen. Hierauf referierte Dr. A. von über das Thema: Wie fördern wir die geistige Entwicklung? Die Erkenntnis unserer Ziele muß das Gemeingut der Masse werden, so ungefähr äußert sich der Redner, das ist das Ziel unserer Agitation. Das Menschenmaterial, welches der Kapitalismus erzeugt, ist hierzu wenig geeignet, sondern muß erst zum Denken erzogen werden. Dem Kinde wird in der Schule der Kopf gefüllt mit dem Kultus des Militarismus. Auch nach der Schulzeit verhindert der brutale Kampf um die Existenz ein Entschalten des Geistes. Redner zeigt dann an Beispielen, wie auch in Arbeiterkreisen mit dem Wort „Wissenschaft“ vielfach Unfug getrieben werde. Wenn z. B. die Gottidee eine Hypothese, und für die Naturwissenschaft überflüssig sei, so ist es unrichtig, die Religion, welche reine Gefühlsache ist, damit abzuthun, indem man sagt: „Die Wissenschaft hat bewiesen, daß kein Gott existirt“ u. Da sei die Frage zu stellen: Wie ist eine gründliche Aufklärung möglich? Die großen Meierate hält Redner nicht für geeignet, die Gedanken, welche im Gehirn des armen abgerackerten Arbeiters lagern, zum Leben zu erwecken, abgesehen davon, daß bei den Wahlvereinen, welche die eigentlichen Träger unserer Idee sein sollen, den Frauen der Eintritt verschlossen ist. Redner hofft, daß der kürzlich vom „Vorwärts“ (Nr. 275) veröffentlichte Organisationsentwurf das letzte Mittel sein wird, um größere Massen der sozialistischen Wähler zu überzeugten Genossen zu machen. (Beifall.) Genosse Mattutat als erster Redner in der Diskussion geht des näheren auf den genannten Entwurf ein und bemerkt, weil die Bande, welche den Einzelnen mit der Partei verknüpfen, seit dem Falle des Sozialistengesetzes etwas gelockert seien, bezweckt der Entwurf, den die Verfasser den Berliner Genossen zur Prüfung vorlegen, dieselben wiederum fester zu knüpfen. Der Wahlverein mit ca. 1500 Mitgliedern sei eine unzureichende Organisation gegenüber den 48 000 Wählern; die Genossen, welche an der Peripherie des Kreises wohnen, müssen nothwendigerweise vernachlässigt werden. Der Entwurf soll das beseitigen und dazu beitragen, die Genossen auch gesellschaftlich einander näher zu bringen. (Beifall.) Genosse Adler unterscheidet zwei Arten der Parteizugehörigen: solche die durch kritisches Denken dahin gebracht sind und die „Glaubigen“, die sogenannten Mittläufer, welche ihre Überzeugung nicht begründen können und deshalb mit Vorliebe große Meierate hören. Wenn Hinz und Kunz oder Müller und Schulze am Bierische polemisiert haben und selten eine Differenz in ihren Anschauungen zu Tage getreten ist, so wird deren Gesichtskreis auch nach dem neuen Entwurf nicht erweitert, falls nicht vorgeschrittene Genossen in den kleinen Zirkeln das treibende, leitende Element bilden. Im übrigen sei es zweifelhaft, ob genügend Kräfte für die Bezirksleitung vorhanden sind. (Beifall.)

L. de Bour betont, daß die großen beschließenden Versammlungen bestehen bleiben sollen, neben diesen tagen kleinere Versammlungen, für welche die Referenten von der vorhergehenden Versammlung aus dem Kreise der Anwesenden bestimmt werden. In Siedberg sei das mit Erfolg durchgeführt auch in Hamburg hat sich die detaillierte Eintheilung der Kreise gut bewährt.

G. de G. warnt, über diese Frage Beschlüsse zu fassen, bevor sie reichlich diskutiert sei. Flugblätter sind hier zum Theil mit derselben Schnelligkeit wie in Hamburg vertheilt worden; was die pekuniäre Leistung betrifft, so zählt Hamburg pro Kopf und Jahr ca. 18 Pf. an die Partei; Berlin dagegen 48 Pf. — Heymann: Durch den Entwurf wird der Wahlverein wieder der Zentralpunkt der politischen Aktion im Kreise. Die Massen sollen nicht nur mitrathen, sondern auch mitthun. Die Reform ist nicht verfrüht; große Kreise der Parteigenossen wünschen dieselbe. — In der weiteren Debatte, an der sich außer den vorgenannten Rednern noch Schöpflein, Ditte und Wengel beteiligten, weisnet Heymann darauf hin, daß der Kreis der jetzigen Organisation immerhin die verhältnismäßig größte Stimmenzahl bei den letzten Wahlen erhalten haben. Ein Antrag Heymann, einer Kommission die Vorarbeiten in dieser Frage zu übertragen, wird, weil Widerspruch erfolgt, zurückgezogen; der Antrag Mattutat, in der nächsten Generalversammlung die Frage weiter zu behandeln, angenommen. Die übrigen Punkte wurden von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem die Genossen Reuhaus, Kaiser und Henke zu Revisoren gewählt waren.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis tagte am 5. d. Mts. Nachdem das Andenken der Genossen Tölke und Schwegler in üblicher Weise gelehrt, hielt Genosse Sassenbach einen Vortrag über: „Der christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay“, welcher mit großer Interesse entgegengenommen wurde und dem eine ebenso anregende Diskussion folgte. Bekanntgegeben wurde sodann, daß über 14 Tage eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet, welche über die Verabsorbung der Protokolle vom Parteitage zu beschließen und in welcher Reichstags-Abgeordneter Bueh einen Vortrag halten wird. Sodann widmete der Vorsitzende dem Genossen Tölke einen besonderen Nachruf.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes hielt am 30. November eine Wanderversammlung in Charlottenburg ab. Fräulein Wabnitz referierte in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über das Thema: Die Frau in der Gewerkschaftsbewegung. In der Diskussion gab der Genosse Schulze einige Erlebnisse aus Schlesien zum besten. Sodann gelangte ein Antrag zur Annahme, in nächster Zeit in der Frauen-Bräuerlei eine öffentliche Versammlung einzuberufen. In ihrem Schlusswort richtete die Vortragende noch einmal an die Anwesenden die erste Ermahnung, sich der Organisation anzuschließen.

Die Frauen- und Pflücker-Arbeiter und Arbeiterinnen halten am 5. Dezember eine Versammlung, in welcher unter dem ersten Punkt der Tagesordnung ein Abschnitt aus Bebel's Buch „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ vorgelesen wurde. Eine Diskussion schloß sich daran an. Unter Verschiedenem theilte der Vorsitzende mit, daß er den Wienedischen Saal in der Alten Jakobstraße für die Versammlungen des Vereins gewonnen habe; dort wird die nächste Versammlung am Dienstag, den 2. Januar, stattfinden.

Im Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Bedergalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sprach am 4. d. M. Genosse Pinn über: „Alte und neue Moral“. Sodann berichtete der Vorstand über die Untersuchung, die er im Auftrage der vorausgegangenen Versammlung geführt hatte, um zu ermitteln, ob die in Nr. 265 des „Vorwärts“ veröffentlichte Verurteilung des Verfassers der „heimlichen Kontobücher-Fabrik“, Herrn Niederle, nach der Kollege Macal bei Alheim entlassen worden sei, weil er sich gegen die

Festgesetze aus dem Verlage von J. D. W. Diez in Stuttgart.

Naturwissenschaftliche Werke.

(Für die reifere Jugend geeignet.)

Welterschöpfung und Weltuntergang. Die Entstehung von Himmel und Erde. Von Dr. H. H. Müller. Dritte unveränderte Auflage. Mit 64 Abbildungen und 2 Sternkarten. Preis gebunden in Prachtband M. 3.00.

Die Pflanzenwelt. Das Pflanzenreich aus dem Gebiete der allgemeinen und speziellen Botanik. Von H. Bornmüller. Mit ca. 400 Abbildungen und 12 Farbentafeln. Preis gebunden in Prachtband M. 5.50.

Historische Werke.

Großer deutscher Bauernkrieg. Von Dr. Wilhelm Zimmermann. Reich illustrierte Volksausgabe. Preis gebunden in Prachtband M. 6.70.

Die deutsche Revolution. Geschichte der heutigen Bewegung von 1848 und 1849. Von Wilhelm Blos. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden in Prachtband M. 6.70.

Dramen und Gedichte.

Albert Dufks sämtliche Dramen. Herausgegeben von Ernst Kiel. — Inhalt des ersten Bandes: Albert Dufks sein Leben und seine Werke. — Die dramatische Dichtung in drei Aufzügen. — Ein Drama in fünf Aufzügen. — Inhalt des zweiten Bandes: Jesus der Christ, ein Stück für die Selbsthilfe in neun Handlungen mit einem Nachspiel. — Ein Drama, ein Bühnenstück in fünf Handlungen. — Preis pro Bd. M. 3.00, geb. M. 4.00.

Deutsche Arbeiter-Dichtung. Eine Auswahl Lieber und Gedichte deutscher Arbeiter. — Inhalt: Sechster Band: Gedichte von Wilhelm Kappeler, K. E. Frohne und Adolph Kappeler. — Fünftes Band: Gedichte von Jacob Andorff. — Viertes Band: In Reich und Götter, Gedichte von einem Namenlosen. — Dritter Band: Gedichte von Max Kegel. — Zweites Band: Gedichte von Andreas Schreyer. — Jeder Band ist einzeln zu beziehen. Preis pro Band elegant gebunden M. 1.00.

Bilderbuch für große und kleine Kinder für das Jahr 1893.

Inhalt: Der kochende Kessel. Gemalt von G. Joub. Farbiges Holzschnitt. — Der Acker und der Junge. Gedicht. — Im Schutzhause. Einleitung. — Der Acker. — Einleitung und Acker. Gedicht. — Hüben und Trüben. Erzählung. — Uns täglich Brot. Gedicht. — Das Trommelor. — Die Gasse. Gedicht. — Die verlorene Wahrheit. Ein Märchen. — Wäber. Gedichte. — Eine Erzählung aus dem Mittelalter. — Die heil'ge Hege. Ein Märchen. — Das Geheimnis der Kiste. Gedicht. — Der reiche Peter und der arme Klaus. Ein Märchen. — In Illustrationen bringt das Bilderbuch sieben Bilder in Schwarz und einundzwanzig Bilder in farbiger Ausführung. Das Bilderbuch ist auf Gaze geheftet, stark formatiert und mit farbigen Umschlag versehen. Preis 75 Pfennig.

Musik-Instrumente. Nur kurze Zeit.

Harmonikas, Leierkasten, Saiteninstrumente, Musikwerke alten und neuen Systems, Orgeln, Blasinstrumente etc. etc., sämtlich aus der rühmlichst bekannten Berliner Musikinstrumenten-Fabrik vormals Ch. P. Pletschmann & Söhne, werden zu Selbstkostenpreisen verkauft im neu eröffneten Laden Alexanderstr. 14, Carl Lorbeer.

Zu den Weihnachts-Feiertagen ist mein großer Saal noch zu vergeben. Albert Keller, Bergstr. 68.

Fabrik reeller Schuhwaren C. Hübner, 13 Rosenthalerstr. 13.

Herr. Zug-Arbeitsstiefel v. 5. — M. an. Damen-Lederzugstiefel von 4. — M. an. do. Zug-Doppelpf. sch. Faq. 6.50 do. Knopfstiefel 6.60 do. Schaftstiefel 5. — do. Tuchstiefel, Schnür. v. 3.75 sowie elegante Herren-, Damen- und Kinder-Pelz- und Tuchstiefel, Filz- u. Gummischuhe in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Damen-Mäntel

Seid. Plüsch-Jaquets, Capes, Abendmäntel, werden von heute ab auch einzeln zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft in der Fabrik, Unterwasserstr. 9, part.

Jamaica-Rum, echt u. saq. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.

Spiel-Waaren

Neues Club-Haus

Restaurant „Zur Gleichheit“

Damen-Mäntel-Fabrik Leopold Cohnreich, Berlin C. Königstr. 30, parterre und 1. Etage, Wegen vorgerückter Saison bedeutend herabgesetzte Preise. Abendmäntel in allen Farben neuester Façons, mit u. auch ohne Pelzbesätze à 8, 13, 17—45 Mk. Seiden-Plüsch-Jaquets durchweg auf Seide gefüttert, für jede Figur, selbst für sehr starke Damen passend à 22, 28, 34, 38 bis 80 Mk. Winter-Frauen-Mäntel, in Stoffen und Wollplüsch, Seidenplüsch, Seiden-Matellassé, Seiden-Brokat, wappirt und unwappirt à 15, 20, 25 bis 75 Mk. Lange Winter-Tuch-Paletots durchweg wappirt, mit, auch ohne Pelzbesätze in Farben: Tuchblau, braun, mode, russ. grün, schwarz à 10, 20, 25—75 Mk. Winter-Stoff-Jaquets nur Neuheiten à 6, 10, 12 bis 35 Mk. Winter-Capes in Stoff, Seidenplüsch und Matellassé à 12, 15, 25 bis 75 Mk. I. Geschäft: Königstr. 30, Ecke der Neuen Friedrichstraße. II. Oranienstr. 164, zwischen Moritz- und Oranienplatz. III. Landsbergerstr. 66, Ecke der Kurzstraße. IV. Neue Schönhauserstrasse, Ecke Weinmeisterstr. Sonntags geöffnet von 7—10 und 12—2 Uhr.

Arbeitsmarkt. Erster Redakteur. Für ein täglich erscheinendes Partei-Organ wird mit 1. April 1894 eine durchaus tüchtige Kraft (Partei-genosse) als erster Redakteur gesucht. Selbiger muß mit dem Wesen einer kathol. Bevölkerung und der Kampfweise der Zentrumspartei vertraut sein. Angabe der bisherigen Thätigkeit, sowie Gehaltsansprüche erforderlich. Fr. Offerten unter R. Z. an die Exped. des „Vorwärts“, Berlin, erbeten. 52912

Genosse Ad. Hoffmann (früher Zeitz) spricht am Sonntag, den 10. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale „Zum Freischütz“, Fruchtschiff 36a, über: „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“. Achtung! Zimmerer Achtung! Weissensees und Umgegend. Sonntag, den 10. Dezember, Nachm. 3 Uhr, bei Gauders, Hölkestraße 20: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Ziele. Referent: R. Millarg-Berlin. 2. Wie stellen sich die Zimmerer Weissenfees zum Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend? 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Einberufer. J. A.: Ernst Wiegand, Lothringersstr. 15 II. 589b 428/10

Cöpenick. Sonntag, den 10. Dezember, Nachmittags 1 Uhr, im Lokale des Herrn Klein (Stadttheater): Große öffentl. Volks-Versammlung. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Berichterstattung vom Köliner Parteitag und Diskussion. 2. Vortrag über: Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Ref. Genosse Faber-Berlin. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Entres 10 Pf. Für Agitation in Stadt und Land. Anfang nächster Woche erscheint im Verlage der „Münchener Post“: Sozialdemokratischer Katechismus für das arbeitende Volk. Von Ludwig Knorr. Preis 15 Pf. 64 Seiten in Taschenformat. Inhalt: 1. Kapital und Arbeit. — 2. Von der Lage des Volkes. — 3. Was will die Sozialdemokratie. — 4. Was über die Sozialdemokratie gefolgt wird. — 5. Statistisches. — 6. Die zehn Gebote des Kapitalismus. — 7. Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Für Berlin hat den Alleinvertrieb die Buchhandlung des „Vorwärts“ übernommen. Wiederverkäufer erhalten sehr hohen Rabatt.

Bitte lesen Sie! Jedem Genossen, der seinen Bedarf an Winter-Paletots, sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüte, Wäsche, Setten, gold- und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Waschkessel, Reise- und Holzstöcke u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft. A. Wergien, Schneidermstr. und Partivarenhändler, 127 Staliger-Straße 127 Bestellungen nach Maß werden billig und gut ausgeführt. Bitte recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 5055L

Kleider-Stoffe zum Geschenk Hauskleid 3,60 Foulé, reine Wolle, 6 Mtr. 8,50 in allen neuen Farben. A. Wronkow Berlin S., Oranienstr. 162

Sophastoff-Reste in Ripps, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig! Proben franko! 5150L Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Strickgarn, Strumpfwaren, Handschuhe, gestrickte Westen von 2,50 M. an, Unterjacken, Normalhemden, Unterbeinkleider, Cravatten, Kragen, Manschetten, Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche, Bett-Vorleger, Bettdecken, wollene Schlafdecken etc. Gummischuhe. Carl Braun, Berlin S., Kottbuser Damm 5. Bitte genau auf die Firma zu achten.

Central-Fleisch-Halle Detailverkauf zu Engros- u. Viehhofpreisen: Rindfleisch 50—60 Pf., Kalbfleisch 50—60 Pf., Schweinefleisch 55 bis 60 Pf., Hammelfleisch 45—55 Pf. Holzmarktstraße 19, Ecke Michaelkirch-Brücke.

Rechtsbureau des königlichen Amtsraths Dr. A. Altes Jakobstraße 180. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 49228 M. W. Walter, Zeughofstraße 3. Neue Hülsenfrüchte billigt. Wehl 52772 5 Pfd. 65 Pf., 5 Pfd. 85 Pf., 5 Pfd. 1,10 M. Neues Pflanzenmehl 2 Pfund 35 Pf. Neue Pflanzenmehl 2 Pfd. 35 Pf. 2 Pfd. 45 Pf., 2 Pfd. 55 Pf., 2 Pfd. 75 Pf. Zucker, fein und grob, 2 Pfd. 55 Pf. Thür. u. Braunschw. Fleischwaren. Braten-Schmalz à Pfd. 60 Pf. Sauerkohl à Pfd. 5 Pf. Salon-Öl 1 Liter 18 Pf. Petroleum 1 Liter 15 Pf.

Bürger, Handwerker, Arbeiter, überzeugt Euch! Neue Friedrichstr. 79a, 1 Treppe rechts, gradeüber der Panoramastrasse u. Bahnhof Alexanderplatz. Wegen Auflösung meiner langjährigen Herrenkleider-Fabrik verkaufe ich die noch vorhandenen grossen Bestände in Herren- u. Knaben-Garderoben vom Einfachsten bis zu den Eleganteften im Ganzen und im Einzelnen zu den niedrigsten aber festen Fabrikpreisen, gegen Baar. Verkaufszeit: werktäglich von 8—8 Uhr. Ich erkläre, daß ich jeden bei mir gekauften Gegenstand innerhalb drei Tagen gegen Rückzahlung des vollen Preises zurücknehme, wenn derselbe nicht außer der Probe getragen ist. Herm. Kobylinski sen. 358b